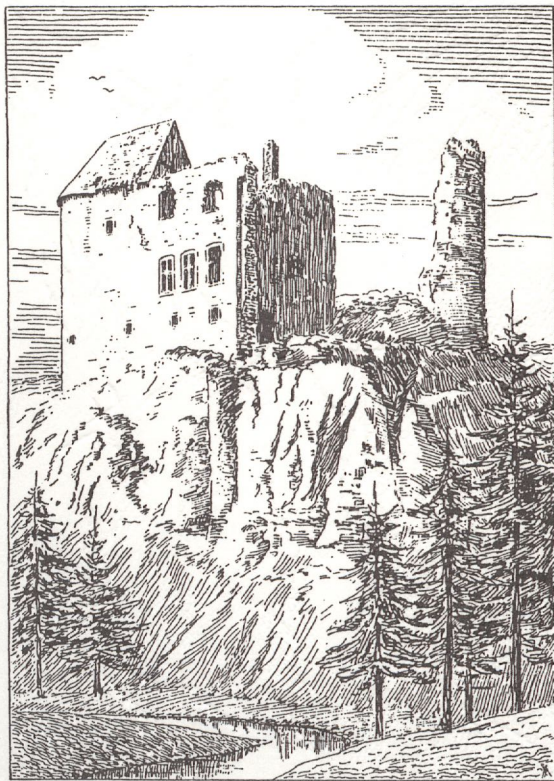


Im Göhlthal

Landschaft im Grenzraum Nordostbelgiens



ZEITSCHRIFT DER VEREINIGUNG FÜR
KULTUR, HEIMATKUNDE UND GESCHICHTE
IM GÖHLTAL

Nr 63 — August 1998

Inhaltsverzeichnis

Im Göhlthal

Alfred Jansen (†), Moresnet-Kapelle 5

Dr. Nikolaus Schmitz, Aachen Galmel und Schalenblende aus dem Altenberger Grubenfeld (T. 4) 10

Maria-Theresia Weinert, Aachen Auf der Höhe von Henri-Chapelle 28

Alfred Bertha, Hergenrath Vor 40 Jahren 29

Jakob Langohr, Bildchen Modder! 63

Albert Creutz, Eupen Gedenkstein in Raeren 65

H. von Schwartzenberg, Aachen Die Mühlen in Raeren 69

Hans Bahrs, Hamburg

Alfred Bertha, Hergenrath

Peter Noel, Bildchen

ZEITSCHRIFT DER VEREINIGUNG FÜR KULTUR, HEIMATKUNDE UND GESCHICHTE IM GÖHLTAL

Nr 63
August 1998

Veröffentlicht mit der Unterstützung des Kulturrates der
deutschsprachigen Gemeinschaft

Im Göhlstal
ZEITSCHRIFT DER VEREINIGUNG
FÜR
KULTUR, HEIMATKUNDE UND GESCHICHTE
IM GÖHLTAL

Vorsitzender: Herbert Lennertz, Stadionstraße 3, 4721 Neu-Moresnet.

Sekretariat: Maxstraße 9, 4721 Neu-Moresnet, Tel. 087/65.75.04.

Lektor: Alfred Bertha, Bahnhofstraße 33, 4728 Hergenrath.

Kassierer: Alfred Bertha, Bahnhofstraße 33, 4728 Hergenrath.

Postscheckkonto Nr. 000-0191053-60.

Générale de Banque: 248-0068875-35

ASRK: 001-1149241-61

Konto NL: AMRO-BANK: 46.37.00.090 Vaals/L

Konto BRD: Aachener Bank: 821 363 012 (BLZ 390 601 80)

Die Beiträge verpflichten nur die Verfasser.

Alle Rechte vorbehalten

Entwurf des Titelblattes: Alfred Jansen, Moresnet-Kapelle.

Druck.: Hubert Aldenhoff, Gemmenich.

Inhaltsverzeichnis

Alfred Jansen (†), Moresnet-Kapelle	Zum Umschlagbild von Alfred Jansen (†)	5
Dr. Nikolaus Schmitz, Aachen	Galmei und Schalenblende aus dem Altenberger Grubenfeld (T. 4)	10
Maria-Theresia Weinert Aachen-Forst	Auf der Höhe von Henri-Chapelle	28
Alfred Bertha, Hergenrath	Vor 40 Jahren: Das Ende „Bolleniens“	29
Jakob Langohr, Bildchen	Modder!	63
Albert Creutz, Eupen	Gedenkstein in Raeren	65
H. von Schwartzberg, Aachen	Die Mühlen in Raeren	69
Hans Bahrs, Hamburg	An einer Quelle	90
Alfred Bertha, Hergenrath	Neutral-Moresnet im preußischen Abgeordnetenhaus	91
Peter Noel, Bildchen	De öchte Ball	107

Die Burgruine Schimper (um 1904)

Zum Umschlagbild Die Burg Schimper in Moresnet*

von Alfred Jansen (†)

Wenn wir, vom Dorfzentrum kommend, vor der Göhlbrücke in Moresnet rechts abbiegen und dem Wasserlauf auf seinem rechten Ufer folgen, so sehen wir nach einigen hundert Metern das sanft hügelige Tal enger werden. Die Talhänge werden steiler und die Natur nimmt zu unserem Erstaunen sehr wilde und romantische Züge an: Zur Rechten erhebt sich, etwa 30 m hoch, eine fast steile, von Bäumen und Sträuchern bestandene Felswand. Auf der Höhe thronte einst die Burg Schimper, deren Fundamente mit dem felsigen Untergrund verschmolzen.



Die Burgruine Schimper (um 1904)

* Aus G. Poswick, Les Délices du Duché de Limbourg, Verviers 1951, S. 247-252

Wie die in der Fluglinie nur rund 3,3 km entfernte Eyneburg nahm auch Schimper eine dominierende Höhenstellung ein, eine ideale Lage zur Selbstverteidigung und zur Beherrschung des Tals. Höhenburgen sind im Herzogtum Limburg selten; hier sind die meisten festen Häuser in den Niederungen als Wasserburgen angelegt worden.

In der Westfassade sah man Anfang der fünfziger Jahre noch drei Kreuzsprossenfenster. Das um 1900 noch z. T. erhaltene Walmdach war inzwischen vollständig abgetragen worden. Ersteigen wir das Felsplateau und nähern wir uns Schimper von oben. Wir befinden uns sodann im Innenhof des Schloßgutes, dessen Gebäude der früheren Wehrmauer folgen und stumpfe Winkel bilden. Tiefe Gräben trennten einst die landwirtschaftlichen Gebäude von dem Rittersitz. Sie sind zugeschüttet worden, von der Zugbrücke bleiben keine Spuren. In der nach Osten gerichteten Fassade blieb noch ein hübscher gotischer Türrahmen aus hellem Kalkstein mit dreieckförmigem Türsturz. Die einfachen Schmuckmotive verliehen ihm eine seltene Eleganz.

Der Pallas (Wohntrakt) hatte die Form eines Rechtecks und war durch einen Mittelgiebel in zwei geteilt. Die Ostseite war in sehr schlechtem Zustand und große leere Höhlen hatten die Fenster ersetzt. Der älteste Teil der Burg war die südliche Hälfte; sie stammte möglicherweise aus dem 14. Jh. Im Innern sah man noch auf der Höhe des ersten Stockwerks die an der Wand klebenden Wangen eines offenen Kamins sowie vorstehende Steinsockel, auf denen früher die Balken ruhten.

Die Nordhälfte gehörte dem 17. Jh. an. Im Südosten sah man den halb zerfallenen Stumpf eines Rundturms, der gewiß einmal mit dem ältesten Gebäudeteil verbunden war. Nach der Legende - oder der Überlieferung - gehörte dieser Turm in die Zeit Karls des Großen. Doch sollte man der Einbildungskraft der Menschen mißtrauen ... Es ist höchstens erlaubt zu behaupten, daß Schimper schon um die Mitte des 14. Jhs. bestand. Nicht schlecht, oder?

1355 und 1369 begegnet uns ein gewisser Guy von Chinprier, Sohn des Henri, 1365 werden der Ritter Arnold von Sinper und der Knappe Giso von Simper, vielleicht dessen Sohn, genannt. 1403 wird Arnold von Chinprier, (ein Sohn des Vorgenannten?), mit Schimper, 1412 wird derselbe mit Gütern zu Eynatten belehnt.

Wenig später, spätestens aber gegen Mitte des 15. Jhs., scheint das Geschlecht derer von Schimper ausgestorben zu sein, denn als Herr von Schimper begegnet uns nun Johann von Palant. Dessen Schwester, verheiratet mit Johann III. von Withem, hatte einen Sohn, Werner, der



Louis Claes

1911/12

Burg Schimper (Zeichnung von Louis Claes, 1921)

1466 Herr von Schimper wird. Nach dessen Tod geht die Herrschaft Schimper auf die Schwester Maria von Withem, Ehefrau von Arnold von Ghoor, und anschließend - 1515 - auf deren Sohn, Daniel von Ghoor, über. Es folgen die Söhne Wilhelm (oder Reiner?) und Johann von Ghoor. Letzterer wird Herr von Schimper im Jahre 1555.

Beide Söhne scheinen ohne Erben gestorben zu sein, so daß Schimper an ihre Schwester Elisabeth von Ghoor fiel, die Franz Spies von Büllesheim heiratete. Durch diese Ehe kam Schimper für mehr als zwei Jahrhunderte an diese bekannte Familie, die über neun Generationen hier saß und durch verwandtschaftliche Bande weit verzweigt war: von Amstenraedt, von Hoensbroek, von Etzbeek, von Palant, von Beissel v. Gymnich sind einige der bekannteren Namen, die im Stammbaum der Spies vorkommen.



Das Wappen der Spies von Büllesheim zeigt auf schwarzem Schild einen gekrönten, zweischweifigen gelben Löwen begleitet von fünf Muscheln, darüber einen gekrönten Helm mit schw.-gelber Decke überragt von einem Löwen.

Die Spies von Büllesheim gehören dem katholischen Jülicher Uradel an und begegnen uns urkundlich zum ersten Male im Jahre 1256 mit "Godfried de Bulgensheim" als erzbischöflicher Marschall zu Bonn. Im 15. Jh. gehörten die Herren von Spies schon zur kurkölnischen Ritterschaft und im 17. Jh. treffen wir auf mehrere Linien zu Frechen, Bobbenheim und Schweinheim, die zur jülich-bergischen Ritterschaft gehörten.

Johann Hugo von Spies wird 1747 mit Schimper belehnt. Ihm folgt der Sohn Franz Hugo von Spies; nach dessen Tod verkaufen die Witwe und die Kinder die Burg und die dazugehörenden Ländereien an Marie-J. Hubertine de Lezaack, Witwe von Arnold-Antoine Thiriart de Mützhagen.

Damals schon war Schimper unbewohnbar geworden.

Durch Erbteilung kommt Schimper an den Sohn, Baron A. Hyacinthe D. J. de Thiriart, verheiratet mit Marie-Fr. Eleonore von Reul. Deren Tochter Sidonie de Thiriart heiratete 1853 den Ritter Guillaume de Harlez. Dieser starb 1907. Schimper kam zum Erbteil der mit dem Ritter Léon de Sauvage Vercour verheirateten Tochter Eléonore de Harlez. Da diese Ehe kinderlos blieb, fiel das Erbe an die Kinder des Bruders der Eléonore de Harlez, Ritter Charles-Ph. C. G. De Harlez de Deulin.

Galmei und Schalenblende aus dem "Altenberger" Grubenfeld Montangeologie und Bergbautechnik im Überblick (Teil 4)*

von Dr. Nikolaus Schmitz

Das im Untertagebetrieb am "Altenberg" praktizierte **Abbauverfahren** war ein sogenannter "Querfirsten-Bau", der auch als "Altenberger Querbau" bekannt und ebenfalls auf anderen Erzgruben der Region Aachen-Stolberg gebräuchlich war (SCHULZ 1886, ANONYM 1902, KLOCKMANN und HERBST 1910). In etwas abgewandelter Form ist ein solches Abbauverfahren als "abwärtsgeführter Stoßbau mit Versatz" auf modernen Goldgruben in Nevada/USA üblich (HELMS 1998). Dieses Verfahren wurde auf den VM-Gruben dort eingesetzt, wo stockartige, d.h. unregelmäßig geformte Erzkörper im standfesten Nebengestein (Kalk, Dolomite) auftraten. Mit diesem Verfahren war es möglich, das Erz auch aus kleineren Erznestern oder aus schlauch- oder taschenartigen Fortsetzungen des zentralen Erzstocks in das Nebengestein vollständig hereinzugewinnen, wenn auch mit hohem Personalaufwand - aber der spielte ja damals keine Rolle. Bei der Anwendung dieses Verfahrens wurden bereits "vor Ort" taube Nebengesteinsanteile ("Berge") aus dem abzufördernden Erz-Haufwerk herausgeklaut, um mit diesen "Versatzbergen" sofort an Ort und Stelle die entstandenen Abbauhohlräume zu verfüllen. Damit wurde ein "Zubruchgehen" (Einstürzen) dieser Hohlräume verhindert und gleichzeitig eine ansonsten notwendige Abförderung der Berge nach übertage auf die Halde vermieden. Reichten die Berge im Erzhaufwerk nicht aus, wurde Gesteinsmaterial aus tiefer gelegenen Sohlen, die gerade erst "ausgerichtet" bzw. zum späteren Erzabbau "vorgerichtet" wurden, heraufgeführt (74). So erklärt sich im übrigen die Tatsache, daß, abgesehen von den aufgehaldeten Rückständen der Erzaufbereitung, praktisch keine sonstigen Bergehalden im gesamten Konzessionsgebiet der VM vorhanden sind.

Beim Querbau, beispielsweise innerhalb eines kleinen Erzkörpers, wurde folgendermaßen vorgegangen (Abb. 27):

* Teil 1 in Nr. 55, S. 51 ff., Teil 2 in Nr. 56, S. 12 ff. und Teil 3 in Nr. 59, S. 8 ff. dieser Zeitschrift

Von einer durch den Erzkörper vorgetriebenen Strecke A aus wurden in Abständen von 10-15 m senkrecht und ca. 6 m weit nach oben gerichtete "Rollen" B (kleine Blindschächte) hochgebrochen. Von diesen Rollen (auch "Aufhauen" genannt) ausgehend wurde etwa 4 m über der Ausgangssohle A ein System sich kreuzender Abbaustrecken C mit jeweils 2 x 2 m Querschnitt bis an die jeweilige Grenze zum Nebengestein aufgefahen. Dadurch wurde der Erzkörper innerhalb einer 2 m dicken Abbauscheibe D in einzelne Blöcke E aufgeteilt.

Von den Endpunkten der Abbaustrecken C ausgehend wurde dann das Erz in aufeinanderfolgenden 2m breiten, nach rechts und links gerichteten Querstrecken F1, F2, ... hereingewonnen. Dabei wurde jede ausgeerzte Querstrecke mit den Bergen der nachfolgenden versetzt, so daß der Abbau von der Grenze zum Nebengestein aus allmählich ins Zentrum des Erzkörpers fortschritt. Das hereingewonnene Erz aus der 2 m mächtigen Abbauscheibe D wurde über die Rollen B auf die 4 m tiefer liegende Hauptfördersohle abgestürzt, von wo die Abförderung zum Hauptschacht und nach übertage erfolgte. War die erste Erzscheibe auf diese Weise abgebaut und mit Bergen versetzt, wurden die Rollen weiter nach oben verlängert und 2 m höher die nächste Scheibe in Abbau genommen.

Zum Schutz der Streckenbauten auf der Hauptfördersohle unmittelbar unterhalb des Abbaus blieb hier eine ca. 4m mächtige Scheibe des Erzkörpers ("Schwebe") G zunächst stehen. Da die Abbaurichtung beim Querbau in der Vertikalen von unten nach oben gerichtet war, wurde diese Schwebe erst beim späteren Abbau von der nächst tieferen Fördersohle aus als letztes hereingewonnen. Die Rollen dienten außer zum Abstürzen des Erzes aus dem Abbau nach unten auch als Zugang von der Fördersohle hinauf auf den Abbau. Sie wurden, falls zu wenig Berge vor Ort zum Versatz anfielen, schon frühzeitig zur nächst höheren Sohle hochgebrochen, damit von dort Fremdberge zum Versatz in den jeweiligen Abbau abgestürzt werden konnten. Die Rollen wurden zeitweise in Bruchstein ausgemauert, versuchsweise auch mit Stahlblechen ("Kesselblech") ausgekleidet. Am besten bewährte sich jedoch ein hölzerner Komplett-Ausbau, der mit Bandeisen ausgekleidet war.

Gut erkennbar ist im übrigen der scheibenförmige Abbau des Erzes unterhalb der 90 m-Sohle auf den jüngsten Grubenrissen des "Altenbergs" aus dem Jahre 1880 (siehe Abb. 26).

Die Erzgewinnung vor Ort erfolgte durch Bohr- und Sprengarbeit. Bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts mußten jegliche Sprenglöcher noch auf traditionelle Weise mit Fäustel und Handbohrer hergestellt

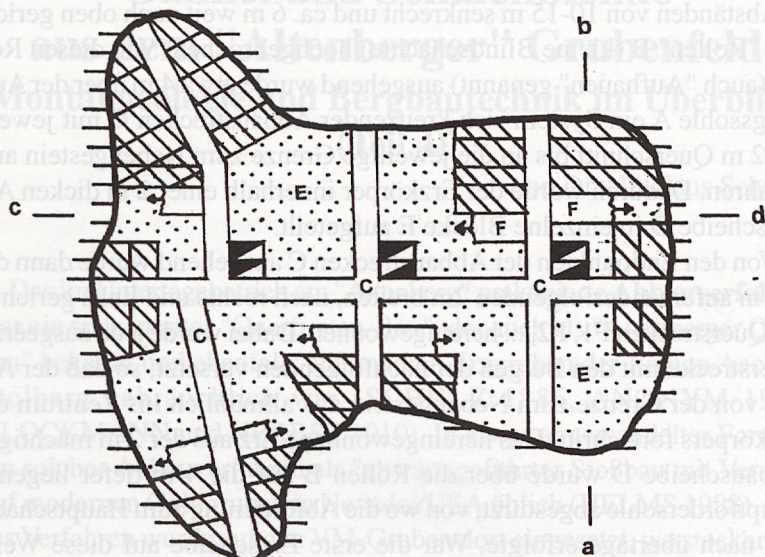
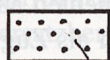
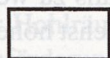


Abb. 27: (o. und nebenstehend) Altenberger Querbau (Prinzip) mit Horizontalriss einer Abbauscheibe und zwei Profilen (a-b, c-d)

Legende



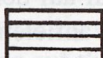
Erz



Grubenbaue



Versatz



Nebengestein



(Niveau der Fördersohlen)



Abbau-Strecken



Abbau-Blöcke



Schweben (4 m dick zum Schutz der Förder-Strecken unter den Abbauen)



Abbaurichtung innerhalb einer Erz-Scheibe



seitliche Grenze des Erz-Körpers



Erz- und Fahrrollen



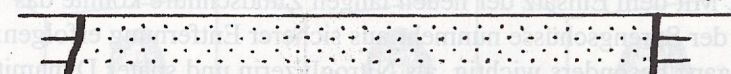
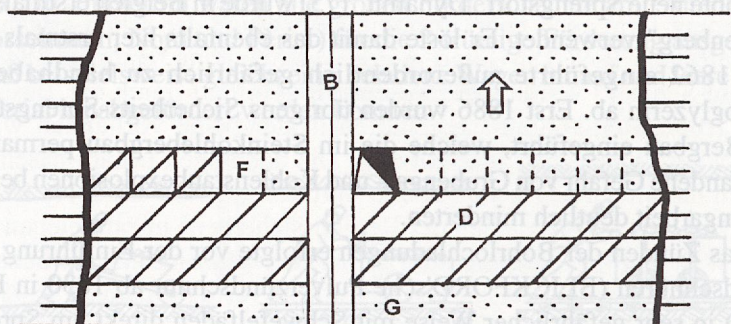
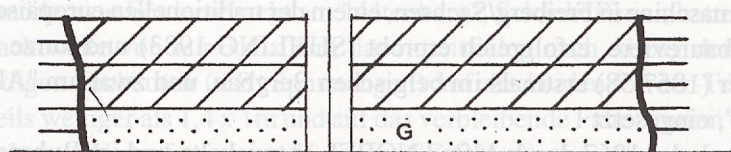
Abbau-Scheiben (2 m dick)



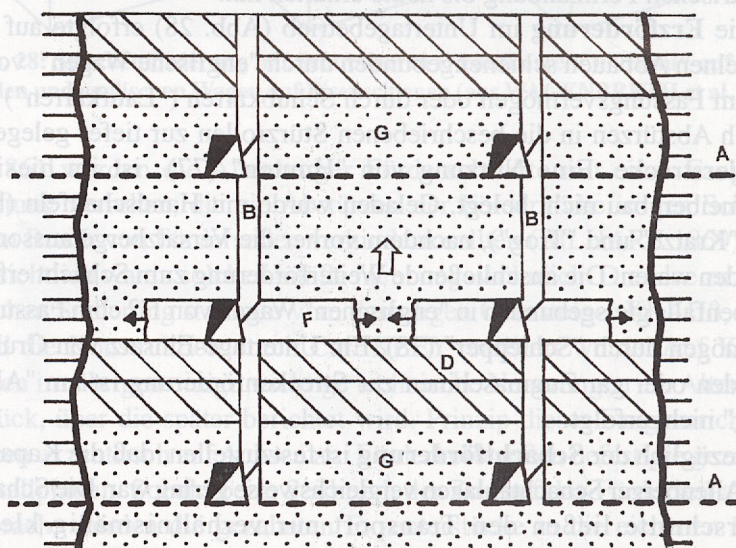
Quer-Strecken



generelle Abbaurichtung im Erz-Körper von unten nach oben



a - b



c - d

werden. 1856 wurde die erste mit Druckluft betriebene Gesteinsbohrmaschine in Freiberg/Sachsen, einem der traditionellen europäischen Bergbaureviere, erfolgreich erprobt (SUHLING 1983) und kurze Zeit später (1857/58) erstmals im belgischen Bergbau, und zwar am "Altenberg", eingesetzt !

Auch der 1867 durch Alfred NOBEL entwickelte und im Ruhrgebiet erprobte neue Sprengstoff "Dynamit" (75) wurde in Belgien erstmals am "Altenberg" verwendet. Er löste damit das ebenfalls hier erstmals und seit 1862 eingeführte außerordentlich gefährlich zu handhabende Nitroglyzerin ab. Erst 1886 wurden übrigens Sicherheits-Sprengstoffe im Bergbau eingeführt, welche die im Steinkohlebergbau permanent vorhandene Gefahr von Grubengas- und Kohlenstaubexplosionen bei der Sprengarbeit deutlich minderten.

Das Zünden der Bohrlochladungen erfolgte vor der Einführung von Zündschnüren (BLICKFORD'sche Pulverzündschnur ab 1830 in England) in sehr gefährlicher Weise mit Schwefelfäden direkt am Sprengloch. Mit dem Einsatz der neuen langen Zündschnüre konnte das "Abtun" der Sprengschüsse nunmehr aus sicherer Entfernung erfolgen; das war ganz besonders wichtig, als Nitroglyzerin und später Dynamit das Schwarzpulver ablösten. Aus dieser Zeit stammt auch der Warnruf "Es brennt" im europäischen Bergbau, der sich trotz der später eingeführten elektrischen Fernzündung bis heute erhalten hat.

Die **Erzförderung** im Untertagebetrieb (Abb. 28) erfolgte auf den einzelnen Abbauen schienengebunden durch "englische Wagen" von 1/8 cbm Fassungsvermögen oder durch Schubkarren ("Laufkarren") und durch Abstürzen in die beschriebenen Stürzrollen zur tiefer gelegenen Förderstrecke. Eine Nutzung von "Hunten" (77) ist im hiesigen Galmeibergbau nicht belegt. Geladen wurde mit Handschaufeln (bzw. mit "Kratze" und "Trog"), nachdem vorher die Versatzberge aussortiert worden waren. Die anschließende Weiterförderung zum Schacht erfolgte ebenfalls gleisgebunden in "englischen" Wagen von 1/2 cbm Fassungsvermögen durch "Schlepper" (78). Ein Untertage-Einsatz von Grubenpferden oder gar Zugmaschinen zur Streckenförderung ist am "Altenberg" nicht erfolgt.

Bezüglich der **Schachtförderung** ist festzustellen, daß die Kapazität der Altenberger Schachtanlagen vergleichsweise gering war. Die Schachtquerschnitte ließen den Transport nur verhältnismäßig kleiner Förderwagen zu und das auch nur einzeln, da die Fördergestelle ("Förderkorb") nur einetagig ausgelegt waren. Diese dienten gleichzei-

tig auch zur "Seilfahrt" (Personentransport) für jeweils 5 Mann. Selbst der modernste Förderschacht am "Altenberg", Schacht Pèrier, hatte eine Schachtweite von nur $3,4 \times 1\text{ m}$; davon entfielen nach Abzug der notwendigen Einbauten (z.B. Spurstangen) auf die beiden Förder-Trümer jeweils weniger als $1,4 \times 1\text{ m}$ und auf das verbleibende Fahr-Trumm (zum Hinab- und Hinaufsteigen auf Leitern - "Fahrten") nur mehr weniger als $0,6 \times 1\text{ m}$. Immerhin waren alle großen Förderschächte am "Altenberg" (Mosselmann, Nord und Pèrier) für die 2-trümmige Förderung ausgelegt, sodaß beispielsweise gleichzeitig beladene Wagen hinauf und leere bzw. Material hinabgefördert werden konnten.

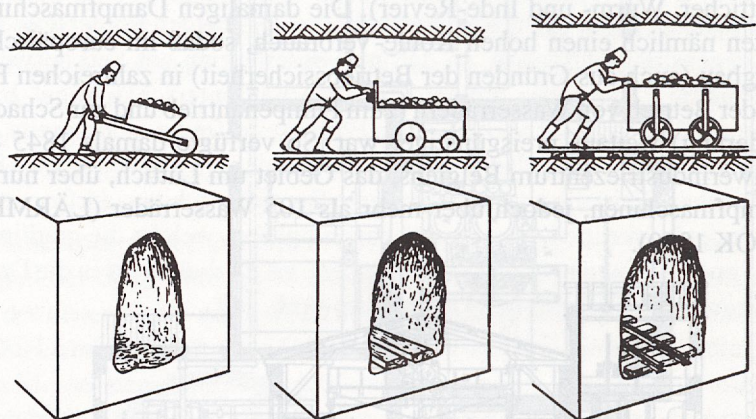


Abb. 28: Streckenförderung mit Schubkarren ("Laufkarren"), "Hunt" auf Holzbohlen und englischen Wagen auf Eisenschienen (aus WAGENBRETH et al. 1990)

1861 wurden die Altenberger Förderschächte mit einer Fangvorrichtung versehen, die ein Abstürzen der Förderkörbe in den Schacht beim Bruch von Förderseilen verhindern sollten (BILHARZ 1869). Offensichtlich waren solche Unfälle nicht ungewöhnlich. Die Idee zu einer solchen Sicherung stammte vom damaligen Obersteiger KRAUß, während die Konstruktion durch Carl KLEY realisiert wurde. Auf KLEY gehen im übrigen einige wichtige technische Neuerungen am Altenberg zurück, über die später berichtet wird. Prinzip dieser Fangvorrichtung waren exzentrisch auf Achsen am Förderkorb außen befestigte gezahnte Metallplatten. Sobald beim Seilbruch der Zug auf das Förderseil abrupt abbrach, wurden die gezahnten Exzenterstücke in die eichenen Spurlatten des Fördertrums verkeilt und brachten selbst einen voll belasteten Förderkorb von ca. 2,5 t Gewicht (850 kg Korbgewicht, 560 kg Wagen-

gewicht, 1000 kg Wagenladung) unmittelbar zum Stillstand. Dabei wurden die Spurlatten nur "unbedeutend beschädigt" und eine Stunde später, nachdem ein neues Förderseil aufgelegt war, konnte die Förderung im Schacht wieder aufgenommen werden. Die damals am Altenberg eingesetzten Drahtseile waren 3 cm dick und wurden von der Firma Felten und Guilleaume aus Aachen bezogen.

Der Einsatz von Dampfmaschinen am "Altenberg" in der Schachtförderung (wie auch beim kurzzeitigen Betrieb der schon erwähnten Förderrampe 1847-1851) und in der Wasserhaltung (erstmalig 1849 im Louise-Schacht) wurde ganz wesentlich gefördert durch die Tatsache, daß große Steinkohlen-Lagerstätten in der Nähe vorhanden waren (Lütticher, Wurm- und Inde-Revier). Die damaligen Dampfmaschinen hatten nämlich einen hohen Kohle-Verbrauch, sodaß im europäischen Bergbau (auch aus Gründen der Betriebssicherheit) in zahlreichen Fällen der Betrieb von Wasserrädern (zum Pumpenantrieb und zur Schachtförderung) weitaus preisgünstiger war. So verfügte damals 1845 das Schwerindustriezentrum Belgiens, das Gebiet um Lüttich, über nur 37 Dampfmaschinen, jedoch über mehr als 105 Wasserräder (LÄRMER, ROOK 1990).

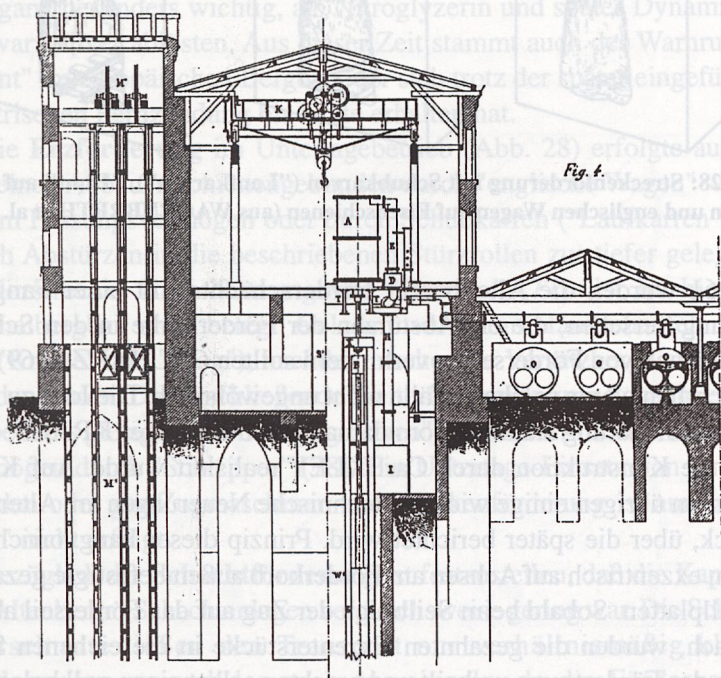


Abb. 29 (o. und S. 17): Doppelschachtenanlage "Pèrier/Le Hon" zur Förderung und Wasserhaltung (aus KLEY 1865)

Über die Art der auf den neuzeitlichen Förderschächten eingesetzten Dampfmaschinen kann der Verfasser derzeit keine präzisen Angaben machen. Für die Doppel-Schachtanlage Pèrier-Le Hon existiert ein Satz technischer Zeichnungen von C. KLEY (1865). Dort ist vor allem eine der bekannten WOOLF'schen Wasserhaltungsmaschinen im Detail dargestellt; zugleich existiert in den Plänen auch eine zeichnerische Wiedergabe der Fördermaschine von Schacht Pèrier (Abb. 29).

Darin ist erkennbar, daß diese, als Flur-Fördermaschine aufgestellt, aus zwei separaten, parallel angeordneten Dampfmaschinen bestand, die gemeinsam zwei auf einer einzigen Achse sitzende Seiltrommeln antrieben. Jede Seiltrommel bewegte über die zugehörige Seilscheibe über dem Schacht einen der beiden Förderkörbe. Die beiden Förderseile waren gegensinnig aufgelegt, so daß im Förderbetrieb ein Seil aufwärts, das andere gleichzeitig abwärts lief. Solche "unterschlängtige" bzw. "oberschlängtige" Aufwicklung der Förderseile findet sich bereits bei mittelalterlichen Haspelanlagen. Bei den beiden, in der seit etwa 1850 klassischen Weise liegend angeordneten Dampfmaschinen dürfte es sich um doppelwirkende Maschinen gehandelt haben, welche die gradlinige Hin- und Herbewegung des Kolbens über eine Kurbel direkt in die Drehbewegung der Seiltrommeln umsetzten (Abb. 30).

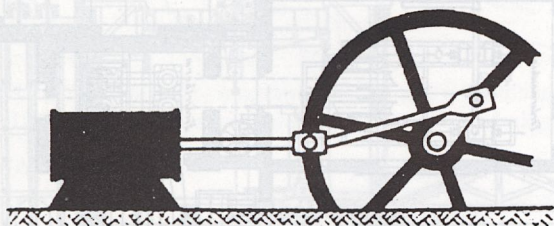


Abb. 30: Prinzip der liegend aufgestellten Flur-Fördermaschine
(aus WAGENBRETH und WÄCHTLER 1986)

Der erforderliche Dampf wurde in einer zentralen Kesselanlage erzeugt, aus der ebenfalls die Wasserhaltungsmaschine für Schacht Le Hon versorgt wurde. Über die Herkunft der Fördermaschine lassen sich zur Zeit nur Vermutungen anstellen. Vielleicht gibt der Name des Schachtes Anlaß anzunehmen, daß die Firma Pèrier (79) in Paris die Anlage geliefert hat, zumal sie auf dem Dampfmaschinen-Sektor im außerenglischen Europa bereits zu Ende des 18. Jahrhunderts führend war.

Die Kesselanlage war aus Sicherheitsgründen (Kesselexplosion!) außerhalb der Schachtgebäude in einem eigenen Kesselhaus installiert (siehe

Abb. 29). Vier Kessel standen in Betrieb; es handelte sich um Zweiflammrohr-Kessel, wie sie etwa ab 1850 gebaut wurden. Ursprünglich war der Einbau von zwei weiteren Kesseln vorgesehen. Der dafür vorgesehene Raum im Kesselhaus wurde stattdessen jedoch als Kohlemagazin genutzt. Der architektonisch interessante Rauchgaskamin mit quadratischem Sockel stand isoliert außerhalb des Kesselhauses vor dessen Rückfront.

Das Aufkommen leistungsfähiger Dampfmaschinen im Bergbau wirkte sich auch in der **Wasserhaltung** am Altenberg aus. 1851 wurde der traditionelle mehrhundertjährige Betrieb von Wasserkünsten eingestellt, nachdem im Dezember 1849 auf Schacht Louise eine 30 PS-Dampfmaschine von Cockerill, Seraing/Lüttich, installiert worden war (80). Der Schacht war seinerzeit außerhalb des Erzkörpers abgeteuft worden und hatte keinerlei Anbindung an das untertägige Streckennetz. Er wurde also als Wasserhaltungsschacht sozusagen wie ein "Tiefbrunnen" betrieben und diente dazu, den Grundwasserspiegel im Vorfeld der Lagerstätte abzusenken, was sich natürlich ebenfalls auf den Grundwasserstand im Erzkörper selber auswirkte. Erst mit Aufschluß der 65m-Sohle zu Beginn der 60er Jahre wurde der Schacht Louise weiter abgeteuft und auf der neuen Sohle mit dem Grubengebäude verbunden.

Die Dampfmaschine auf Schacht Louise war, wie die etwas später auf dem Mosselman-Schacht installierte, eine einfach- und direktwirkende Hochdruck-Dampfmaschine "ohne Contrebalanciers, ohne Expansion und ohne Condensation, wie man sie meistens auf den Gruben in Belgien findet" (KLEY 1965) (81). Ihr Zylinderdurchmesser betrug 0.68 m, ihr mittlerer Hub lag bei 1.8 m, sie machte pro Minute 6-8 Hübe und verbrauchte in 24 Stunden 6382 kg Kohle. Die von ihr angetriebene Pumpe (0.4 m Kolbendurchmesser) hatte einen Druck- und einen Saugsatz. Die Maschine auf dem Mosselman-Schacht war von der Firma Marcellis in Lüttich geliefert worden. Sie war mit einer Nennleistung von 100 PS, einem Zylinderdurchmesser von 1.2 m und einem mittleren Hub von 2.8 m deutlich größer dimensioniert. Sie hatte bei gleicher Arbeitsleistung wie die andere Maschine einen Kohleverbrauch von 7170 kg in 24 Stunden und trieb eine Pumpe (1 Druck- und Saugsatz) mit 0.5 m Kolbendurchmesser an.

Bei beiden Pumpen zeigte sich die technische Weiterentwicklung von der einfachen hölzernen Saug-Hub-Pumpe früherer Prägung mit ihrer eingeschränkten vertikalen Pumpleistung hin zu eisernen Kolben-Druckpumpen (Abb. 31).

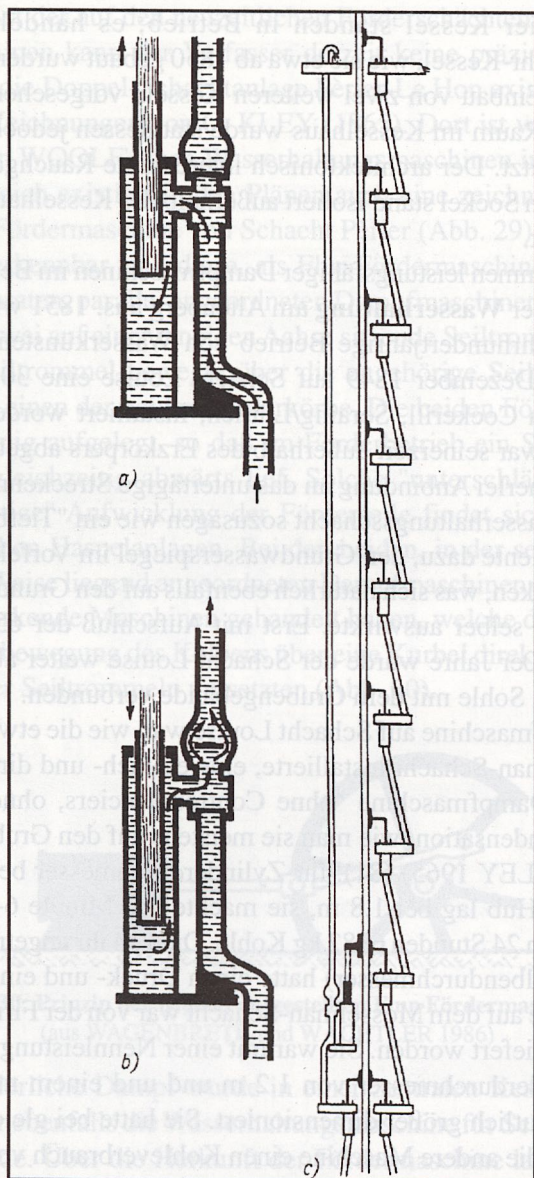


Abb. 31: Tauchkolben-Druckpumpe des 19. Jahrhunderts mit erheblich verbesserter Leistung gegenüber früheren Saug-Hub-Pumpen (aus WAGENBRETH et al. 1990)

- a) Kolben saugend
- b) Kolben drückend, dabei Eintritt des Wassers in die Steigleitung bei entsprechender Stellung der Ventile
- c) Ersatz von acht je 10 m hohen Saugsätzen alter Konstruktion durch einen einzigen 80 m hebenden Drucksatz

Diese Weiterentwicklung war ähnlich wie bei den Dampfmaschinen nur möglich aufgrund verbesserter Produktionstechniken in der Metallverarbeitung (z.B. paßgenau gegossene Pumpenkomponenten, gewalzte statt geschmiedete Bleche etc.), traten doch in den Steigrohren von Druckpumpen erheblich höhere Wasserdrucke auf als bisher technisch zu bewältigen waren.

Beide Maschinen hoben das zulaufende Wasser über eine Distanz von etwa 57 m aus dieser bis dato erreichten Teufenlage am Altenberg; sie "gehörten allerdings nicht zu den besten ökonomisch arbeitenden Maschinen, waren aber keineswegs zu den schlechtesten der Umgebung zu zählen." (KLEY 1965).

Etwa gleichzeitig mit der Dampfmaschine als Pumpenantrieb war in europäischen Bergbaurevieren vielfach auch ein anderer Maschinentyp zum gleichen Zweck im Einsatz, die **Wassersäulen-Maschine (WSM)**.

Es handelte sich hier ebenfalls um eine Kolbenmaschine, die allerdings durch den Druck einer entsprechend hohen Wassersäule (Rohrleitung in einem Schacht) auf den Kolben angetrieben wurde. Dabei wurde die Bewegung des Kolbens über ein Gestänge (Balanzier o.ä.) auf die Arbeitsmaschine (Pumpe) übertragen. Die Wassersäulen-Maschine (82) war wesentlich bequemer und vor allem sehr effektiv untertage einzusetzen; sie benötigte allerdings einen ausreichend tief gelegenen Aufstellungsort, um die Nutzbarkeit einer genügend hohen Wassersäule sicherzustellen (Abb. 32).

Am 7. September 1853 beantragte Max BRAUN, damals Oberingenieur am Altenberg, bei der Gemeinde Moresnet die Genehmigung zum Betrieb einer solchen Maschine, die am 13. Februar 1855 auch erteilt wurde. Daraufhin wurde diese Anlage bis zum 10. September des gleichen Jahres im Dechen-Schacht installiert und im Juli 1856 in Betrieb genommen. Vorher war jedoch die Versorgung der Maschine mit der erforderlichen Menge an Antriebswasser sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurden die beiden vom Tüljebach gespeisten Mühlenteiche der "Jans-Mühle" (83) zu einem einzigen mit 16 000 cbm Fassungsvermögen vereinigt, wobei die Höhendifferenz zwischen Überlauf und Abfluß (etwa der Dammhöhe entsprechend) 2,57 m betrug und die frühere Wasserstandshöhe beibehalten werden mußte.

Über einen 893 m langen Kanal, davon 215 m als Rösche unter dem Tüljebach hindurch, wurde das Wasser in einen gemauerten (1864 vergrößerten) Auffangteich geleitet. Dieser Teich befand sich unmittelbar gegenüber dem Haus Penning auf dem Gelände des heutigen Möbel-

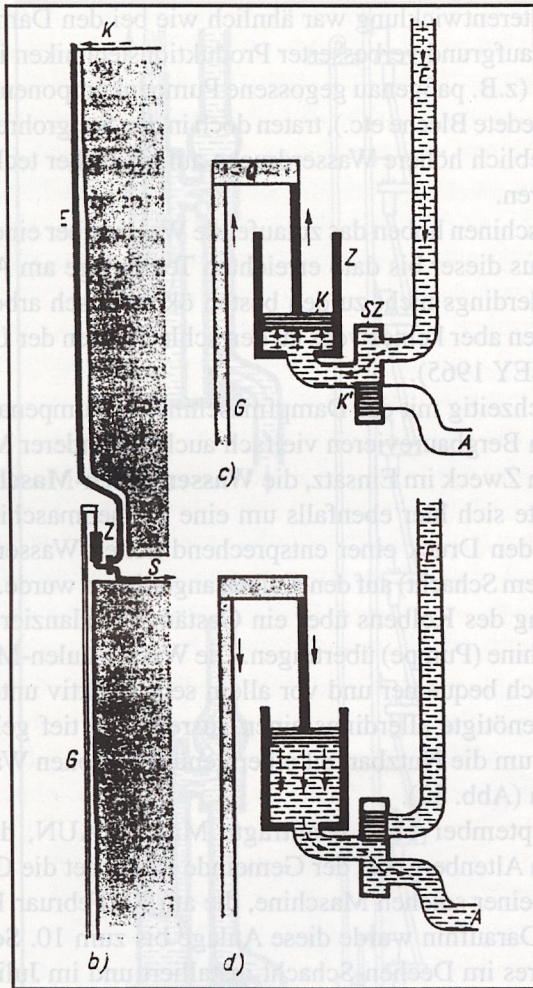


Abb. 32: Wirkprinzip einer Wassersäulenmaschine (aus WAGENBRETH et al. 1990)

b) Schacht mit Maschinenkammer, Zuflußgraben K und Abflußrösche S

c) Aufwärtsgang der Wassersäulenmaschine:

Der Wasserdruck im Einfallrohr E steht über den Steuerzylinder SZ mit dem Kolben K in Verbindung und treibt diesen im Zylinder Z nach oben. Diese Bewegung überträgt sich über das Querhaupt ("Traverse") Q auf das Schachtgestänge G. Der Steuerkolben K' sperrt derweil das Abflußrohr A.

d) Abwärtsgang der Wassersäulenmaschine:

Nach dem Umsteuern sperrt der Steuerkolben nun das Einfallrohr E und gibt dem Wasser im Zylinder Z den Weg ins Abflußrohr A frei. Das Gewicht des absinkenden Schachtgestänges G drückt über den Kolben K das Wasser aus dem Zylinder Z in das Abflußrohr A.

hauses Adler. Von dort wurde das Wasser über eine 170 m lange gußeiserne Rohrleitung dem Dechen-Schacht und der dort aufgestellten WSM zugeführt.

In 15-16 m Tiefe und etwas unterhalb der alten Wasserrösche von 1562 hatte man hier im Schacht eine Maschinenkammer angelegt (Abb. 33). Die Wassersäule lieferte somit bei einer Höhe von etwa 15 m einen Druck von 1,5 at zum Antrieb der Maschine, die das zulaufende Grubenwasser über die verbleibende Höhendifferenz von ca. 40 m aus dem Pumpensumpf unterhalb der 50m-Sohle des Grubengebäudes bis auf das Niveau der alten Rösche hob. Über diese flossen die gehobenen Grubenwässer mitsamt dem Antriebswasser der Maschine ab.

Konstruiert wurde diese WSM durch Carl KLEY (84), der sich dabei auf Erfahrungen stützte, die der Oberbergrat C.L. ALTHANS mit seinen eigenen Konstruktionen auf den Gruben "Pfingstwiese" bei Bad Ems/Lahn (1836) und "Centrum" in Eschweiler (1855) gemacht hatte (ALTHANS 1861). Die Altenberger Maschine ("direktwirkende Wassersäulenmaschine mit Gewichtsbalancier und Gegensäule, Kolbensteuerung mit Wassertriebwerk und Kolbenvorsteuerung") war der in Eschweiler sehr ähnlich, wenngleich weniger groß dimensioniert und durch KLEY modifiziert. Örtliches Problem war das geringe Antriebsgefälle zwischen Schachttöffnung und untertägiger Abflußrösche, so daß die Maschine 3 m unterhalb des Niveaus dieser Rösche im Schacht eingebaut werden mußte, um eine Wassersäulen-Höhe von ca. 15 m zum Antrieb der Maschine mitsamt des an ihr angehängten Pumpengestänges zu erreichen. Die Höhendifferenz von 3 m nutzte man technisch in einem eigenen Rohrsystem zum Aufbau einer weiteren kleinen Wassersäule, die beim Betrieb der Anlage das Gewicht des immer wieder zu hebenden Pumpengestänges (5 t) zu 75% ausbalancierte. Das Gewicht dieser "Gegensäule" reichte also nicht ganz aus, so daß der Rest durch einen traditionellen "Ausgleichsbalancier" (Schwingbalken mit einseitigem Gegengewicht) besorgt wurde.

Eine technische Besonderheit der Altenberger WSM war die zur Wasserhebung eingesetzte Pumpe samt Gestänge. Dieses Pumpengestänge im Schacht diente nämlich vermittlels einer sinnreichen technischen Konstruktion zugleich als Steigleitung für das hochgedrückte Grubenwasser, wobei die einzige Pumpe als "Rohrkolbenpumpe" gleichzeitig die Funktionen der früheren Saug-Hub-Pumpen und der zeitgemäßen Druckpumpen vereinigte. Das kombinierte Pumpen-Steigrohr-Gestänge bestand aus zusammengeflanschten Gußeisen-Rohren und war

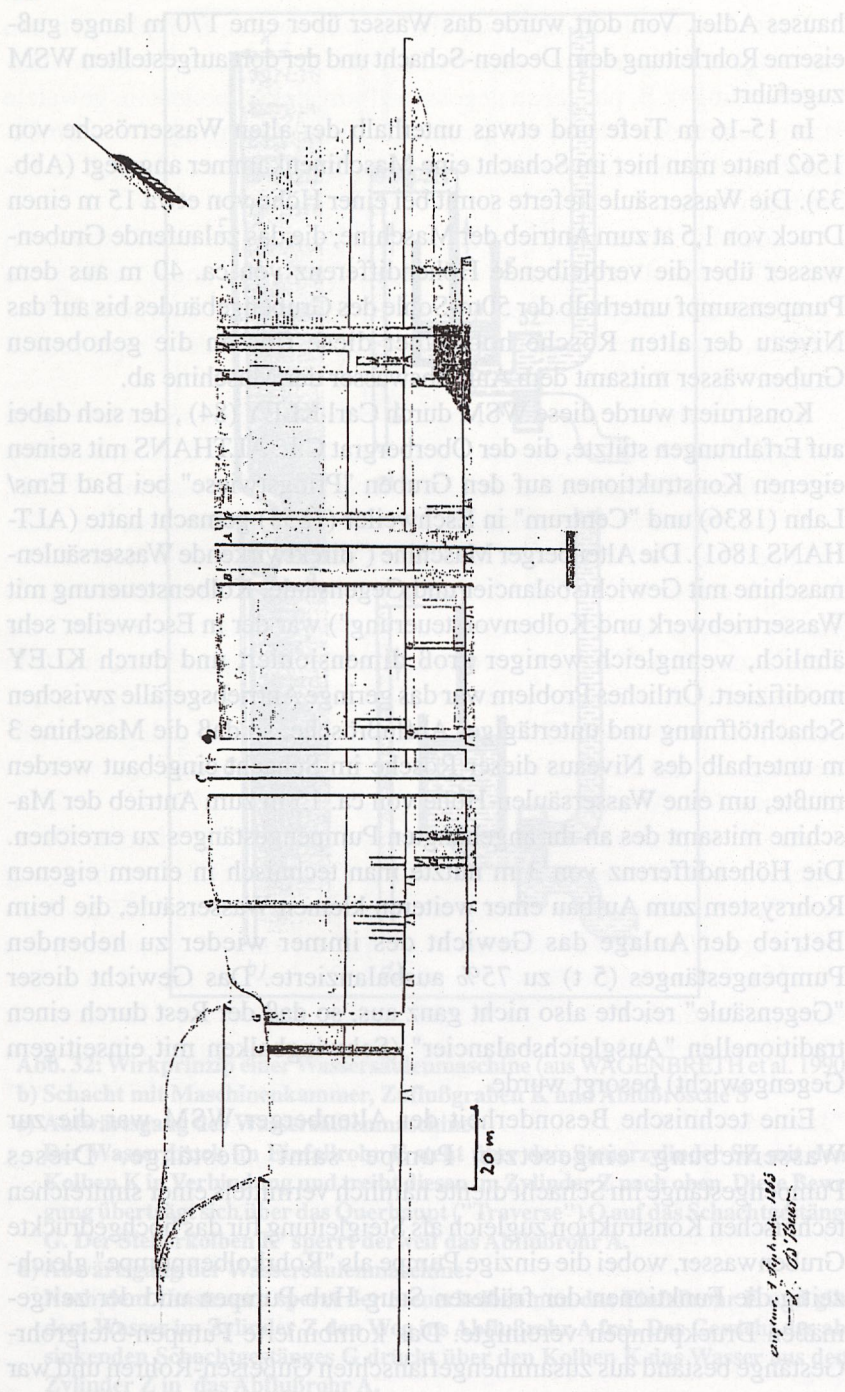


Abb. 33, S. 24: Vertikaler Grubenriß des Altenbergs von 1860 (Stand 1863) mit den Tagesschächten

A Pumpenschacht Le Hon

B Förderschacht Pèrier

C Pumpen-/Förderschacht Mosselman

D Pumpenschacht Louise

E Pumpen-, später Wetterschacht Dechen

(mit Kammer zur Aufnahme der Wassersäulenmaschine)

F Förderschacht Nord

H Vermessungsschacht

G Wetterschächte (teilweise als Blindschächte)

somit erheblich schwerer als eine von ALTHANS favorisierte leichtere Blechrohrkonstruktion, die wassergefüllt eine vergleichbar gute statische Festigkeit gehabt und damit den "lästigen Balancier" entbehrlich gemacht hätte.

Mit dieser WSM reichten 3 "Pumpenspiele" pro Minute zunächst aus, um die zufließenden Wässer aus dem Bereich der 50m-Sohle zu heben, wobei das Mengenverhältnis von Antriebswasser zu Pumpwasser bei 4:1 und damit im üblichen Rahmen von WSM lag. Problematisch beim Betrieb der Altenberger WSM waren die geringe Gefällhöhe des Antriebswassers von nur 15,3 m, die große Länge der Zufuhrleitung zum Schacht von 171 m sowie der recht geringe Querschnitt des Fallrohrs von 1/4 bis 1/6 der Triebkolben-Fläche. Hinzu kam, daß für einen kontinuierlichen Betrieb bei steigenden Mengen an zu hebendem Grubenwasser die verfügbaren Antriebswässer offenbar nicht ausreichten, so daß der Betrieb der Altenberger Maschine schon 1859 wieder eingestellt wurde, kurz bevor 1861 und 1862 die beiden neuen Woolf'schen Wasserhaltungsmaschinen auf Schacht Le Hon in Betrieb genommen wurden.

Anmerkungen

(74) Als "Ausrichtung" bezeichnet man im Untertagebetrieb die Anlage von Richtstrecken und Querschlägen, durch die eine Lagerstätte für den späteren Abbau erschlossen wird (siehe Abb. 24). Bei der anschließenden "Vorrichtung" werden die Grubenbaue hergestellt, die zur eigentlichen Durchführung des Abbau-Betriebs vor Ort notwendig sind. Aus- und Vorrichtungsbaue werden im Erzbergbau je nach gewähltem Abbaufahrten vorzugsweise im Nebengestein aufgefahren.

(75) Ein Vorläufer zum Nobel'schen Dynamit wurde 1866 im Harz durch den Clausthaler Friedrich SCHELL erfunden, der auf die geniale Idee kam, sandige Rückstände der Erzaufbereitung in Papphülsen zu füllen und diese mit Nitroglyzerin zu tränken. NOBEL lernte dieses Verfahren anlässlich einer Harzreise kennen und ersetzte in seiner "Erfindung" den Sand durch Kieselgur (erdige Substanz aus Resten abgestorbener Kieselalgen) und nannte diesen Sprengstoff "Dynamit" (LIEßMANN 1992).

- (76) Der englische Bergbau war im 18. Jh. Vorreiter in der Entwicklung moderner gleisgebundener Streckenförderung.
- (77) Statt "Hunt" wird vielfach auch die falsche Schreibweise "Hund" benutzt. Abgeleitet vom slowakischen Begriff "hyntow" = Wagen (BISCHOFF et al. 1988)
- (78) Als "Schlepper" wurden Bergleute bezeichnet, welche die beladenen Grubenwagen zum Schacht schieben mußten. Dazu wurden traditionell im früheren Bergbau Kinder und Jugendliche eingesetzt, im Mansfelder Kupferschiefer-Bergbau noch bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts!
- (79) C. PERIER (1742-1818) gründete 1780 in Paris die älteste der bekannten französischen Dampfmaschinen-Fabriken. Hier wurde 1785 die erste kontinentale Watt-Niederdruck-Dampfmaschine mit Drehbewegung produziert. Die Werksgießerei stellte später Dampfmaschinen-Zylinder bis zu 75 cm Durchmesser her, selbst für die damalige Zeit sehr großdimensionierte Maschinenteile. Bei Pèrier wurden im übrigen die ersten einheimischen Dampfmaschinen für den Einsatz im Bergbau gebaut (WAGENBRETH, WÄCHTLER et al. 1986).
- (80) John COCKERILL (1790-1840) gründete 1817 in Seraing bei Lüttich die erste belgische, später so berühmte Dampfmaschinen-Fabrik, baute dort 1818 die erste Maschine nach Watts Prinzip und errichtete in der Folgezeit bis 1823 43 ortsfeste Dampfmaschinen. Er fertigte 1824 die erste Schiffsmaschine, 1825 schon eine solche mit 240 PS Leistung. Bis 1830 stellte Cockerill über 200 Dampfmaschinen her; davon u.a. auch 4 Maschinen für den Elbstollen im sächsischen Steinkohlebergbau bei Freital südlich Dresden (WAGENBRETH, WÄCHTLER et al. 1986). Keimzelle für das Cockerill'sche Industrie-Imperium war eine Werkstatt, die der Vater, William COCKERILL (1757-1832), 1802 (1807?) in Lüttich gegründet und mit seinen 3 Söhnen sowie 3 Arbeitern in Betrieb genommen hatte.
- (81) Diese Maschinen waren Weiterentwicklungen der Watt'schen Niederdruckmaschinen. Der Arbeitsdampf wurde nach Verlassen des Zylinders nicht mehr kondensiert, sondern als Abdampf verpufft.
- (82) 1737 erstmals beschrieben und abgebildet ("Ars hydraulica" von BELIDOR); 1748 erfolgte ein Praxistest im Harzbergbau durch den braunschweigischen Ingenieur-Offizier Georg WINTERSCHMIDT (1722-1770). Schon 1750 ging eine solche Maschine, erbaut durch den Oberkunstmeister Josef Karl HOLL im Leopoldi-Schacht im Schemnitz (Banska Stiavnica/Slowakisches Erzgebirge) in Betrieb. Mit einem Verhältnis von 4:1 zwischen Antriebswasser und Pumpwasser war sie den bisherigen wasserradgetriebenen Pumpen mit ihrem Verhältnis von 18:1 deutlich überlegen. 1767 baute der Kunstmeister MENDE die erste sächsische Wassersäulenmaschine im Freiburger Revier. Die ersten gut funktionierenden Maschinen wurden dort jedoch erst zwischen 1820 und 1846 durch den Maschinenmeister BRENDEL gebaut, die erste im südlich angrenzenden Erzgebirge dann 1852. Wesentliche Verbesserungen stammten in der Zwischenzeit vom bayerischen Salinenrat REICHENBACH (1772-1826) und vom Harzer Maschinendirektor JORDAN (1789-1861). Selbst in England, dem "Mutterland der Dampfmaschine", befaßte man sich eingehend mit dieser Technik, die man durchaus als Vorbild für die Entwicklung der direktwirkenden Hochdruck-Dampfmaschinen späterer Zeit ansehen kann (SUHLING 1983, WAGENBRETH et al. 1990, LIEßMANN 1992, WAGENBRETH 1993)
- Insofern war die Entscheidung von 1855 für die Errichtung einer Wassersäulenmaschine am Altenberg durchaus zeitgemäß.

- (83) Am 1. November 1849 hatte die VM von der Besitzerin, Clara Bruckner, die Mühle erworben, auf der bis dahin 2 Wasserräder (5,65 m groß) betrieben worden waren.
- (84) Carl KLEY war ebenfalls Konstrukteur der Woolfschen Wasserhaltungsmaschinen auf Schacht Le Hon und "Civilingenieur in Bonn, Consulnt der Gesellschaft Vieille Montagne, früherer Assistent des Hrn. Prof Redtenbacher am grossherzoglich badischen Polytechnikum zu Karlsruhe". Er war mit Max BRAUN befreundet, der selber von 1827 bis 1832 an der gleichen Hochschule studiert hatte.

(Forts. folgt)

einige seit 1949 unter belgischer Verwaltung stehende Gebiete an die Bundesrepublik zurückzugeben. Diese wurden die rund 100 km lange Grenze zwischen Belgien und den Niederlanden im Süden her im belgisch-deutschen Grenzgebiet am 24. September 1956 festgelegten Grenzkorrekturen angehängt. In einem kleinen Kapitel Nachkriegsgeschichte fand einen ersten Entwurf und einen endgültigen Abschluß (1). Den vierzigsten Jahrestag dieser kleinen Grenzkorrekturen wollen wir zum Anlaß nehmen, einen Blick zurückzuwerfen auf das erste Nachkriegsjahrzehnt und die damals bestehenden Grenzprobleme.

Betrachten wir die heutige Karte Europas, so stellen wir fest, daß die Grenzen der einzelnen Staaten in den seltensten Fällen durch die Natur vorgegeben waren. Fast durchweg sind sie durch mehr oder weniger weit zurückliegende kriegerische Auseinandersetzungen entstanden.

Auch die belgische Grenze hat im Laufe des 19. Jahrhunderts ihren heutigen Verlauf gefunden. Im 18. Jahrhundert waren die belgischen Gebiete, die heute zum Großteil zu den Niederlanden gehören, belgische Exilpolitiker noch von einem belgischen Staat bis zum Rhein und sogar von der Annexion der südlichen Niederlande und der flämisch-sprechenden Gebiete Nordfrankreichs (2).

Bei den Friedensverhandlungen von 1814 gab sich die belgische Regierung allerdings bescheiden: Sie verlangte von den Niederlanden nur noch die Scheldemündung und das 1839 gegen seinen Willen niederländisch gewordene Südl limburg von Deutschland die Kreise Eupen und Malmedy sowie das Gebiet am Herzogenrath, Schleiden und Kronenburg. Zudem forderte Belgien den Anschluß des Großherzogtums Luxemburg, eine Forderung, die am Einbruch Frankreichs und der Luxemburger selber scheiterte.

Schließlich mußte Belgien auch auf den Ansprüchen gegenüber Deutschland erhebliche Zugeständnisse machen, so daß zu guter Letzt noch die Forderung auf Eupen-Malmedy und Neutral-Moresnet bestehen blieb und auch von der Konferenz akzeptiert wurde. (Ein besonderes Problem ergab sich bei der Feststellung der Grenze im Verlauf der sog. Vennbahn, die ganz unter belgische Kontrolle kam; das westliche Drittel des Kreises Monschau - ausschließlich der bewohnten Gebiete - fiel somit an Belgien).

Auf der Höhe von Henri-Chapelle

Von der Höhe aus
ein weiter Blick
ins friedliche Tal
der Wiesen, Hecken, Obstbäume.

Hier und da ein Gehöft.

Beglückende Sicht
in ein ruhiges Land,
das etwas bewahren konnte,
ein Gleiches blieb
unter dem Hammer der Zeit,
geduldige Erde...

Auf der anderen Seite:

der Soldatenfriedhof,
mächtige Säulenhalle
mit tausenden Namen
in goldenen Lettern,
Namen von Fremden.

Unzahl weißer Kreuze,
aufgestellt wie ein Heer
der vergangenen Leben.

Wem half ihr Tod?

Seltsamer Widerspruch:
daß wir töten müssen
für den Frieden!

Immer wieder, immer noch?

Haben wir je etwas dazugelernt,
wir unruhvollen Kinder
der geduldigen Erde?

Maria Theresia Weinert

Vor 40 Jahren: Das Ende "Bolleniens"

von Alfred Bertha

Am 28. August 1958, um 0,00 Uhr, wurden an der deutsch - belgischen Grenze zwischen Bildchen im Norden und Hemmeres im Süden einige seit 1949 unter belgischer Verwaltung stehende Gebiete an die Bundesrepublik zurückgegeben. Damit wurden die rund zwei Jahre vorher im belgisch-deutschen Staatsvertrag vom 24. September 1956 festgelegten Grenzkorrekturen ausgeführt und ein kleines Kapitel Nachkriegsgeschichte fand einen endgültigen und versöhnlichen Abschluß (1). Den vierzigsten Jahrestag dieser kleinen Grenzkorrekturen wollen wir zum Anlaß nehmen, einen Blick zurückzuwerfen auf das erste Nachkriegsjahrzehnt und die damals bestehenden Grenzprobleme.

Betrachten wir die heutige Karte Europas, so stellen wir fest, daß die Grenzen der einzelnen Staaten in den seltensten Fällen durch die Natur vorgegeben waren. Fast durchweg sind sie durch mehr oder weniger weit zurückliegende kriegerische Auseinandersetzungen entstanden.

Auch die belgische Ostgrenze hat erst in unserem Jahrhundert ihren heutigen Verlauf gefunden. In der Zeit des Ersten Weltkrieges träumten belgische Exilpolitiker noch von einem Großbelgien bis zum Rhein und sogar von der Annexion der südlichen Niederlande und der flämisch-sprechenden Gebiete Nordfrankreichs ... (2).

Bei den Friedensverhandlungen i. J. 1919 gab sich die belgische Regierung allerdings bescheidener: Sie verlangte von den Niederlanden nur noch die Scheldemündung und das 1839 gegen seinen Willen niederländisch gewordene Südl limburg, von Deutschland die Kreise Eupen und Malmedy sowie das Gebiet um Herzogenrath, Schleiden und Kronenburg. Zudem forderte Belgien den Anschluß des Großherzogtums Luxemburg, eine Forderung, die am Einspruch Frankreichs und der Luxemburger selber scheiterte.

Schließlich mußte Belgien auch an den Ansprüchen gegenüber Deutschland erhebliche Abstriche vornehmen, so daß zu guter Letzt noch die Forderung auf Eupen-Malmedy und Neutral-Moresnet bestehen blieb und auch von der Konferenz akzeptiert wurde. (Ein besonderes Problem ergab sich bei der Feststellung der Grenze im Verlauf der sog. Vennbahn, die ganz unter belgische Kontrolle kam; das westliche Drittel des Kreises Monschau - ausschließlich der bewohnten Gebiete - fiel somit an Belgien).

Im Zuge kleinerer Grenzkorrekturen kam Losheim (Kr. Malmedy) Ende 1921 an Deutschland zurück; desgleichen verzichtete Belgien auf den Weiler Bildchen (50 ha) und zusätzliche 110 ha Wald der Gemeinde Neu-Moresnet. Hergenrath verlor bei dieser Grenzziehung die diesseits des Tüljebaches liegenden Gehöfte Kaper, Ries, Knipp, Bonneskull, Langheide und Strief, so daß die Grenze in diesem Bereich einen sehr eigenwilligen Verlauf mit einer sackartigen Ausstülpung bekam (3).

Auch ein Teil von Lichtenbusch (Eynatten) sowie Sief (Raeren) kamen am 1. November 1921 an Deutschland zurück; seitdem gibt es ein belgisches und ein deutsches Lichtenbusch.

Die angeführten Gründe waren für Bildchen das von deutscher Seite geäußerte Vorhaben eines Bahnhofsneubaus als Ersatz für den belgisch gewordenen Grenzbahnhof Herbesthal. Lichtenbusch und Sief gehörten zum Einzugsgebiet der Aachener Wasserversorgung. Nach Aussagen des damaligen Aachener Oberbürgermeisters Farwick lieferten die Pumpwerke Brandenburg und Schmithof etwa 65 % des zur Versorgung der Stadt Aachen notwendigen Wassers. Fahrwicks Argument, das gesamte Einzugsgebiet der Pumpstationen, "also das ganze Niederschlagsgebiet für die die Kalksteinzüge speisenden Oberflächenwässer" dürfe "im Interesse der öffentlichen Hygiene der überwachenden deutschen Behörde nicht entzogen werden", bewog die Grenzkommission dazu, die genannten Gebietsteile von Eynatten, bzw. Raeren abzutrennen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen erneut von belgischer Seite Grenzänderungswünsche auf. In einer Anfrage des CSP - Senators Paul Struye an das Außenministerium machte sich der Senator zum Sprecher der "zahlreichen Belgier", die "eine Grenzberichtigung für berechtigt halten und die Waldgegenden von Monschau, Schleiden und der Schnee-Eifel sowie die Urft - Talsperren zu Belgien schlagen würden". Der Fragesteller wollte wissen, ob "Maßnahmen getroffen worden sind, damit diese Gegenden bereits jetzt von den belgischen Behörden kontrolliert werden und ob deren Bewohner ein Vorzugsregime genießen, welches das Interesse, das ihnen Belgien entgegenbringt, beweist?"

Im "Bulletin der Fragen und Antworten" vom 1. November 1946 antwortete Außenminister Spaak recht vage. Es hieß dort: "Die Regierung hat noch nicht endgültig über die Frage der territorialen Entschädigungen für die Belgien durch Deutschland zugefügten Schäden Stellung genommen. Die Frage wird andererseits auf internationaler Ebene geprüft.

Das wirtschaftliche Interesse, welches die fraglichen Gebiete darstellen, zieht die Aufmerksamkeit des Ministeriums auf sich, sich eine gün-

stige diplomatische Ausgangsposition zu sichern, um die belgischen Interessen zu wahren.

Diese Gebiete sind gegenwärtig in die von belgischen Streitkräften besetzte Zone eingeschlossen."

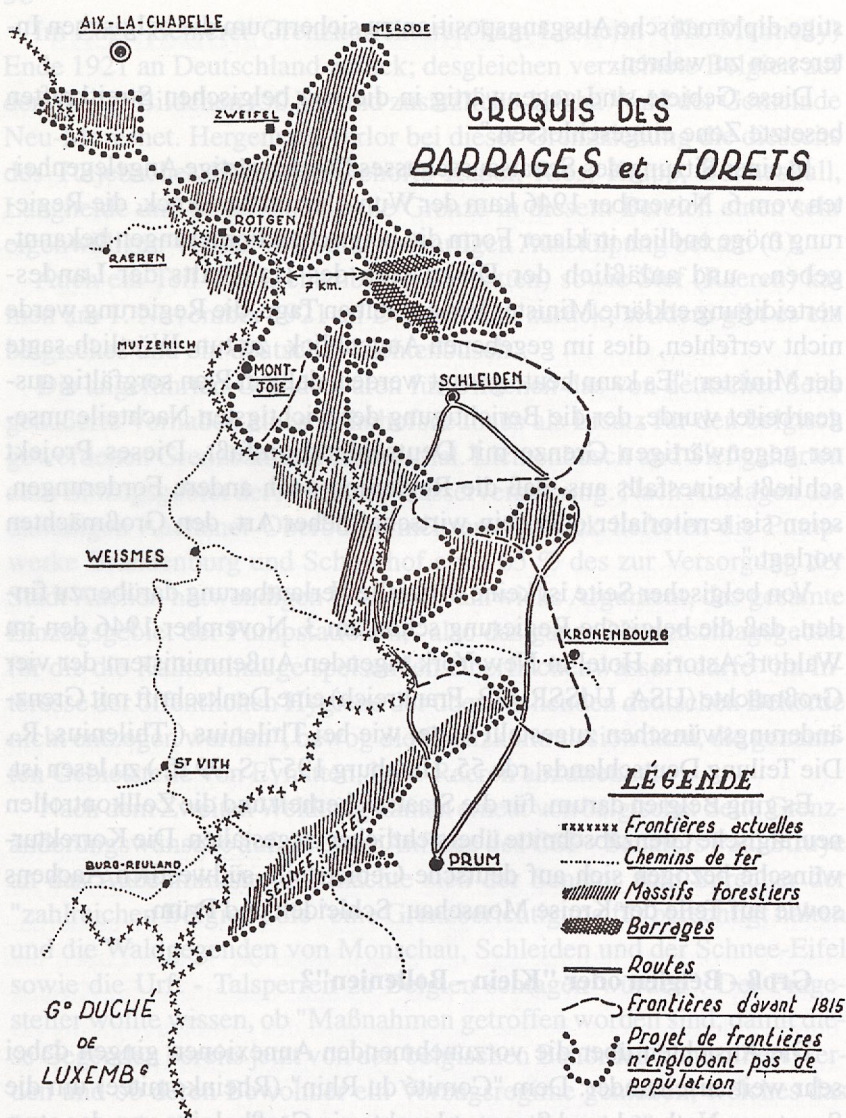
In einer Sitzung des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom 6. November 1946 kam der Wunsch zum Ausdruck, die Regierung möge endlich in klarer Form die belgischen Forderungen bekanntgeben, und anlässlich der Diskussion des Haushalts der Landesverteidigung erklärte Minister Vos am selben Tage, die Regierung werde nicht verfehlen, dies im gegebenen Augenblick zu tun. Wörtlich sagte der Minister: "Es kann heute gesagt werden, daß ein Plan sorgfältig ausgearbeitet wurde, der die Berichtigung der wichtigsten Nachteile unserer gegenwärtigen Grenze mit Deutschland umfaßt. Dieses Projekt schließt keinesfalls aus, daß die Regierung noch andere Forderungen, seien sie territorialer oder rein wirtschaftlicher Art, den Großmächten vorlegt."

Von belgischer Seite ist keine offizielle Verlautbarung darüber zu finden, daß die belgische Regierung schon am 3. November 1946 den im Waldorf-Astoria Hotel in New York tagenden Außenministern der vier Großmächte (USA, UdSSR, GB, Frankreich) eine Denkschrift mit Grenzänderungswünschen zugestellt hätte, wie bei Thilenius (Thilenius, R., Die Teilung Deutschlands, rde 55, Hamburg 1957, S. 99 ff.) zu lesen ist.

Es ging Belgien darum, für die Staatssicherheit und die Zollkontrollen neuralgische Grenzabschnitte übersichtlicher zu gestalten. Die Korrekturwünsche bezogen sich auf deutsche Gebietsteile südwestlich Aachens sowie auf Teile der Kreise Monschau, Schleiden und Prüm.

Groß - Belgien oder "Klein - Bollenien"?

Die Ansichten über die vorzunehmenden Annexionen gingen dabei sehr weit auseinander: Dem "Comité du Rhin" (Rheinkomitee) um die Senatoren Nothomb und Struye schwebte ein Großbelgien vor, das etwa 80.000 deutsche Staatsbürger einverleibt hätte. Andere sahen etwas weniger groß und wollten sich mit einem Gebiet begnügen, das von etwa 14.000 Personen bewohnt war. Die Wälder und Talsperren der Eifel sollten auf jeden Fall belgisch werden (4).



Die Talsperren und Wälder der Eifel

(Skizze Nothomb in La Revue Générale Belge, März 1947, S. 663)

Das Grenz-Echo vom 14. November 1946 zitiert eine Meldung der New York-Times, deren Brüsseler Korrespondent zu berichten wußte, daß Belgien "nur leichte Grenzberichtigungen" vorschlagen werde, die mehr "die Grenzziehung verbessern, als eine Annexion darstellen soll-

ten. Die hauptsächlichsten belgischen Forderungen seien wirtschaftlicher Art und bezögen sich auf langfristige Pachten von Industrien und Kohlengruben sowie auf die Umleitung des Anteils am rheinischen Handel, den Antwerpen vor dem Kriege besaß, über diesen Hafen. Falls Deutschland aber zerstückelt werde, könnte Belgien unter Umständen bedeutendere Gebietsansprüche stellen."

Eine knapp drei Wochen später, am 5. Dezember 1946, in der Presse veröffentlichte Verlautbarung des belgischen Außenministeriums stellt die erste amtliche Stellungnahme Belgiens zur Deutschlandfrage dar. Es heißt dort, Außenminister Spaak habe am 14. November dem in New York tagenden Rat der Außenminister ein Memorandum mit den (ersten) Forderungen Belgiens gegenüber Deutschland überreicht. Dieses Memorandum enthalte einerseits Änderungswünsche der durch den Versailler Vertrag entstandenen "Mängel" und behandle andererseits wirtschaftliche Fragen. Die Grenzänderungswünsche bezögen sich auf die Vennbahn, durch deren Verlauf durch den Kreis Monschau "verwickelte Enklaven und Passierrechte" entstanden seien, die sich als eine dauernde Ursache für Schmuggel, Verkehrsschwierigkeiten, Schikanen und Zwischenfälle zwischen Behörden und Einwohnern und Betriebschwierigkeiten bei der Bahn herausgestellt hätten. Der Vorschlag der belgischen Regierung ziele darauf ab, diese Schwierigkeiten zu beseitigen und "die belgische Souveränität von ungerechtfertigten Dienstleistungen zu befreien". (Es sei daran erinnert, daß die Vennbahn mit fünf belgischen Bahnhöfen auf deutschem Gebiet, mit reichsdeutschen Beamten in belgischen Uniformen, mit deutschen Zollkontrollen der belgischen Reisenden usw. in den Zwischenkriegsjahren viel Anlaß zu Kritik geliefert hatte).

Belgien behielt sich in dem Memorandum weitere territoriale Forderungen vor.

Die in der Denkschrift angeschnittenen wirtschaftlichen Fragen bezogen sich auf die eventuell Belgien zustehenden Ausgleichsleistungen für die Vorteile, "die andere alliierte Staaten aus einer zeitweiligen oder definitiven Nutzung wichtiger Teile der deutschen Wirtschaft ziehen könnten".

Schließlich wies das Memorandum auch noch auf die Bedeutung der Transitbeziehungen mit Deutschland hin und verlangte wirksame Garantien "in allen Angelegenheiten, die geeignet wären, den Verkehr von seinen natürlichen Wegen zu den belgischen Häfen abzubringen".

In zwei weiteren Memoranden, die der belgische Botschafter in London am 20. Januar 1947 der dort tagenden Konferenz der beigeordneten Außenminister überreichte, äußerte Belgien seine Ansichten gegenüber der Deutschlandpolitik der Alliierten und konkretisierte seine Forderungen an Deutschland. Diese waren rein wirtschaftlicher Natur (Lieferung von Kohle, Strom, Industriesalz, Kalisalze, Holz usw.). Hinsichtlich der Holzlieferungen wurde die Abtretung gewisser bewaldeter Grenzgebiete an Belgien zur Bedingung gemacht. Das Verkehrs- und Transportwesen (Rheinschifffahrt), die Auslieferung gewisser Kunstwerke und Patente sowie die Wasserversorgung bildeten weitere Schwerpunkte des belgischen Forderungskatalogs. Schließlich behielt sich die belgische Regierung das Recht vor, zu einem späteren Zeitpunkt weitere allgemeine oder spezielle Forderungen gegenüber Deutschland anzumelden.

Die regen diplomatischen Aktivitäten der ersten Nachkriegsjahre führten vom 20. April bis 7. Juni 1948 die Vertreter der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Benelux-Staaten erneut in London zusammen, wo die Grundzüge des künftigen deutschen Weststaates festgelegt wurden. In den "Empfehlungen" der Konferenz konnte man unter Punkt 4 lesen: "Die Delegationen kamen überein, ihren Regierungen Vorschläge zu unterbreiten hinsichtlich gewisser provisorischer Berichtigungen kleineren Umfanges an der deutschen Westgrenze" (5).

Am 11. Januar 1949 vernahm man aus London, daß das "Komitee der sechs" (USA, G-B, F, Benelux) einen Teil seiner Aufgabe beendet und sich mit einer Reihe der durch Belgien, Holland und Luxemburg gewünschten "kleinen Grenzberichtigungen" befaßt habe (6). Bei den von Belgien gewünschten Grenzberichtigungen, so war zu lesen, gehe es "lediglich um die Vorverlegung einiger belgischer Zollposten und um eine Ausrichtung der Grenze längs der Eisenbahnstrecke Raeren - Kalterherberg".

Einer Grenzkommission für die Westgrenzen Deutschlands wurde der Auftrag erteilt, die weitere Vorgehensweise in diesem Punkte festzulegen. Die Kommission tagte in Paris vom 22. Februar bis zum 22. März 1949 und veröffentlichte zum Abschluß ihrer Arbeiten am 26.3.1949 in allen westeuropäischen Hauptstädten gleichzeitig Kommuniqués über die kleinen Grenzberichtigungen. Darin hieß es, zu bildende Grenzkommissionen würden die genauen Ausmaße der Berichtigungen ermitteln und es würden alle Maßnahmen getroffen, die Interessen der Einwohner dieser bisher deutschen Gebiete zu schützen. Niemand werde verpflichtet, die Staatsangehörigkeit des Landes, dem das Gebiet

einverleibt werde, anzunehmen. Jeder könne dort wohnen bleiben oder aber nach Deutschland auswandern. Im Falle der Auswanderung dürften alle beweglichen Güter mitgenommen werden. Die Überweisung der aus dem (freiwilligen) Verkauf von Immobilienbesitz erzielten Geldbeträge werde durch ein besonderes Abkommen geregelt (7).

Belgien verzichtete am 15. April 1949 einstweilig auf die Übertragung der Dörfer Rötgen und Mützenich sowie der westlich der Eisenbahnlinie Kalterherberg-Raeren gelegenen Enklaven. Der Verzicht geschah vor allem auf Betreiben von Außenminister Paul-Henri Spaak, der spätere Friedensverhandlungen mit Deutschland nicht vorbelasten wollte. Spaak hatte schon am 11.2.1947 in der Kammer anlässlich der Debatte über das Budget des Außenministeriums u. a. erklärt: "... ich denke nunmehr zum Schlusse, daß wir keine Annexionen verlangen sollten. Die Grenze über die Wasserscheiden hat im übrigen nur eine militärische Bedeutung. Ich bin kein Freund von Annexionen, weder für uns, noch für andere, um so mehr, als man vermeiden sollte, neue Minderheitenprobleme zu schaffen. Die Lage ist nicht mehr die gleiche wie 1919. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder sehr viel verlangen und sich dann mit wenigem begnügen, oder mäßig fordern und dabei fest bleiben. Wir haben das letztere getan" (8). Nur wenige Tage später, am 15.2.1947, besuchte Spaak Eupen und die Grenzregion von Lichtenbusch bis Monschau und er wurde, wie er dem Grenz-Echo Chefredakteur Henri Michel gegenüber sagte, durch das Gesehene in seinen Bestrebungen hinsichtlich der in mäßigen und vernünftigen Grenzen gehaltenen belgischen Forderungen an Deutschland bestärkt: Keine großen Annexionen deutscher Bevölkerungsgruppen, wohl aber Berichtigung der unhaltbaren Verhältnisse entlang der Raeren - Monschauer Bahn (Vennbahn) und Erhalt wirtschaftlicher Entschädigungen für die durch Belgien in vier schweren Kriegsjahren erlittenen Schäden (9). Bei der neuen Grenzziehung berührten die Gebietsübertragungen im Kanton Eupen letzten Endes nur noch folgende Bereiche:

- a) die Straße von Aachen nach Raeren zwischen den Grenzsteinen 943 und 920. Hier lief genannte Straße dicht an der Grenze, woraus sich für die Bekämpfung des damals noch florierenden Schmuggels große Schwierigkeiten ergaben. Ein Teil des zu Eynatten gehörenden Freienter Waldes, der jenseits dieser Straße lag, sollte durch die neue Grenzziehung dem belgischen Staatsgebiet angegliedert werden.
- b) drei Teilstrecken der Straße von Fringshaus
- c) den Ortsteil Bildchen (wie er 1922 an Deutschland zurückgefallen

war) und weitere 30 ha ehemals reichsstädtisches Gebiet zwischen der Lütticher Straße und der Bahnlinie nach Herbesthal.

Während die unter a) und b) genannten Gebietsteile unbewohnt waren, berührten die Grenzkorrekturen in **Bildchen** insgesamt etwa 480 Bewohner, d. h. 380 in Bildchen - Hergenrath und 100 zwischen Bahnlinie und Lütticher Straße (10).

Bildchen. Geschichtliche Daten

Zur Geschichte des Weilers Bildchen schreibt G. Grondal (11), in früheren Zeiten habe ein unweit von dort stehender und als Grenzpfahl dienender Baum ein Bild(chen) der hl. Agatha getragen. Der Name "Am Bildchen" sei so auf den nahen Weiler übergegangen.

Hans Königs nennt ebenfalls einen der hl. Agatha geweihten Bildstock, den man auf der ältesten, i. J. 1569 durch Kornelis Janson Fries gefertigten Landkarte des Aachener Reichs unter der Bezeichnung "Sannt Agathen Eich" vermerkt findet; deren Standort befand sich nach Wald- und Flurkarten des 18. Jh. "etwa 1500 m nordöstlich der Wegegabel am Bildchen".

Es scheint also ausgeschlossen, daß es sich bei dem Bildstock der hl. Agatha um das Bildnis handelt, dem der Weiler Bildchen seinen Namen verdankt.

Hans Königs fand jedoch in alten Stadtrechnungen aus dem Jahre 1447 einen Hinweis auf Wynkyn Kremeir aus der Burtscheider Straße, die von der Stadt Aachen "dat nuwe huys ayn Maryenbeylde" (das neue Haus am Marienbild) für jährlich 5 Mark und 6 Schillinge gepachtet hatte. 1456 erwähnen die Stadtrechnungen dieselbe Wynkyn Kremeir als Pächterin des Wegegeldes, wofür sie 170 Mark entrichtet, und der "nuwe huser an dat beilt" (der neuen Häuser an dem Bild). Macco habe, so schreibt Königs, schon vor mehr als 70 Jahren (1901) "dat beilt" auf Bildchen bezogen (12).

Wo dieses (Marien-) Bild und die schon um die Mitte des 15. Jh. in dessen Nähe stehenden Häuser zu suchen sind, können wir nicht mit allerletzter Sicherheit bestimmen. Es liegt jedoch nahe, das "Bild" an der heutigen Wegegabelung Lütticher Straße - Hergenrather Weg zu vermuten.

Die Ferraris-Karte, um 1775 angefertigt, zeigt am "Bildchen" 5 Häuser, gibt jedoch nur die Bezeichnung "Bois d'Aix" (Aachener Wald). Erst 1808 findet sich auf einer topographischen Karte der Gemeinde Hergenrath die Eintragung "Le Bilgen".

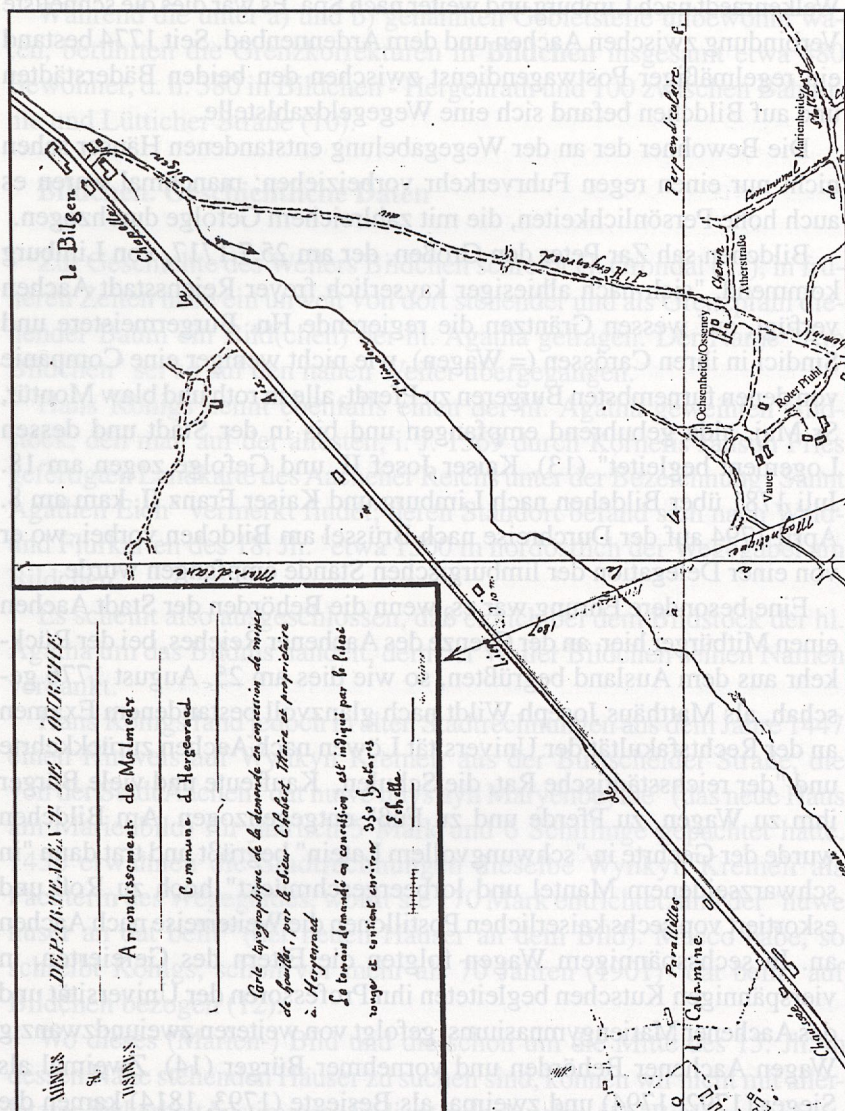
Am Bildchen zweigte der alte Limburger Weg von der Aachen - Lütticher Chaussee ab und führte über Hergenrath, Lontzen und Welkenraedt nach Limburg und weiter nach Spa. Es war dies die schnellste Verbindung zwischen Aachen und dem Ardennenbad. Seit 1774 bestand ein regelmäßiger Postwagendienst zwischen den beiden Bäderstädten und auf Bildchen befand sich eine Wegegeldzahlstelle.

Die Bewohner der an der Wegegabelung entstandenen Häuser sahen nicht nur einen regen Fuhrverkehr vorbeiziehen; manchmal waren es auch hohe Persönlichkeiten, die mit zahlreichem Gefolge durchzogen.

Bildchen sah Zar Peter den Großen, der am 25.7.1717, von Limburg kommend, "sich nach alhiesiger kayserlich freyer Reichsstadt Aachen verfügt, auf wessen Gräntzen die regierende Hn. Burgermeistere und Sindici in ihren Carössen (= Wagen), wie nicht weniger eine Companie von denen furnembsten Burgeren zu Pferd, alle in roth und blau Montür, Sr Maj. alda gebührend empfangen und bis in der Stadt und dessen Logement begleitet" (13). Kaiser Josef II. und Gefolge zogen am 18. Juli 1781 über Bildchen nach Limburg und Kaiser Franz II. kam am 8. April 1794 auf der Durchreise nach Brüssel am Bildchen vorbei, wo er von einer Delegation der limburgischen Stände empfangen wurde.

Eine besondere Ehrung war es, wenn die Behörden der Stadt Aachen einen Mitbürger hier, an der Grenze des Aachener Reiches, bei der Rückkehr aus dem Ausland begrüßten, so wie dies am 25. August 1776 geschah, als Matthäus Joseph Wildt nach glanzvoll bestandnem Examen an der Rechtsfakultät der Universität Löwen nach Aachen zurückkehrte und "der reichsstädtische Rat, die Schulen, Kaufleute und viele Bürger ihm zu Wagen, zu Pferde und zu Fuß" entgegenzogen. Am Bildchen wurde der Geehrte in "schwungvollem Latein" begrüßt und trat dann "in schwarzseidenem Mantel und lorbeergeschmückt" hoch zu Roß und eskortiert von sechs kaiserlichen Postillonen die Weiterreise nach Aachen an. In sechsspännigem Wagen folgten die Eltern des Gefeierten, in vierspännigen Kutschen begleiteten ihn Professoren der Universität und des Aachener Mariengymnasiums, gefolgt von weiteren zweiundzwanzig Wagen Aachener Behörden und vornehmer Bürger (14). Zweimal als Sieger (1792, 1794) und zweimal als Besiegte (1793, 1814) kamen die Franzosen und am 4. August 1914 erlebten die Bewohner Bildchens aus nächster Nähe den Vorbeimarsch der deutschen Truppen.

Die statistischen Nachrichten für den Regierungs-Bezirk Aachen aus dem Jahre 1827 nennen unter "Hergenraed" den Ortsteil Bildchen mit der Einschränkung "zum Teil" als "Gehöfte", d. h. weniger als sechs

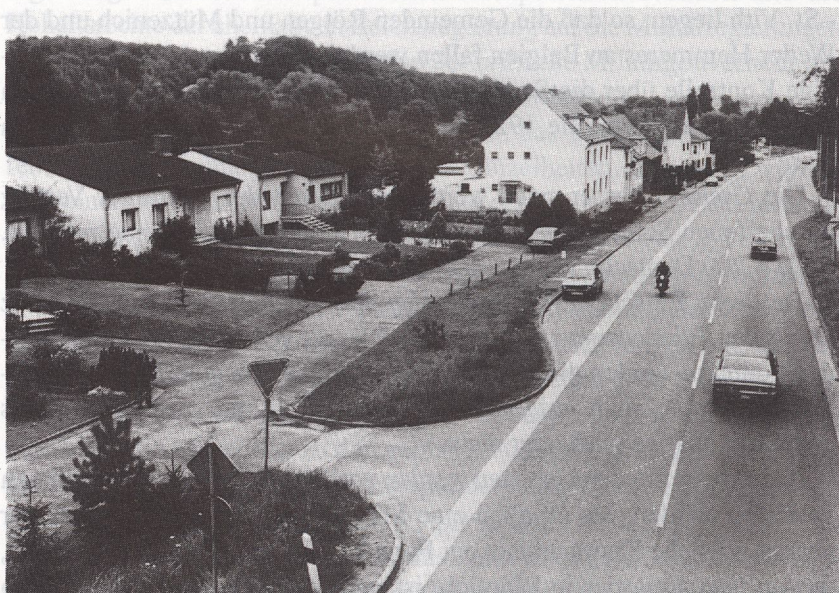


Topographische Karte von Hergenrath 1806

Häusern, mit drei Bewohnern. Unter Moresnet fallen am Bildchen "Gehöfte" mit 22 Seelen. So zählte man also 1827 am Bildchen 25 Einwohner. 1870 hatte sich deren Zahl mit 51 etwas mehr als verdoppelt.

Nach 1920 führte die Verlegung des deutschen Zollamtes vom Weißen Haus nach Bildchen zu einer ständig wachsenden Bevölkerung des kleinen Weilers. "Zur Unterbringung der Grenz- und Zollbeamten, der Zollagenturen und verwandter Unternehmungen entstanden längs der Landstraße etliche Neubauten. Mancher der Stadtluft überdrüssige Bürger schuf sich am Rande des Preuswaldes ein Eigenheim" (15).

Schon in den Jahren 1907-1909 waren am Unteren Backertsweg zwei Genesungsheime für Männer und Frauen entstanden. Eine Tageserholungsstätte für Kinder entwickelte sich zum Städtischen Kinderheim. 1930 wurde die Kapelle "Maria im Tann" errichtet. Das Männererholungsheim wurde später zur Volksschule, dann zur Sonderschule. Ein Volksschulneubau wurde am 10. September 1926 in einem Anbau ans alte Forsthaus, neben Hotel Pitz-Braun, eröffnet.



Teilansicht von Bildchen i. J. 1978 (Von der Eisenbahnbrücke in Richtung Kelmis)

Der Schulbau bestand aus nur einem einzigen Klassenraum und einer Lehrerwohnung. (Anm.: Das frühere Männergenesungsheim ist heute die "Jugendberufshilfe der Stadt Aachen". Die Schwestern vom Armen

Kinde Jesu, die das Kinderheim betreut hatten, haben die Leitung desselben inzwischen an den Katholischen Erziehungsverein übergeben. In Wohngruppen werden heute Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 21 Jahre betreut).

Einen erheblichen Bevölkerungszuwachs brachte auch um 1936 der Bau von 21 Einfamilienhäusern durch den Reichsbund der Kinderreichen zwischen Landstraße und Preuswald. Jenseits der inzwischen aufgehobenen Eisenbahnstrecke nach Montzen errichtete die Reichsbahn 7 Eigenheime für ihre Angestellten.

Mutmaßungen und Gerüchte

Am Mittwoch, dem 2. März 1949, zitierte das "Grenz-Echo" die "Dernière Heure", derzufolge man "sogar für Ende dieser Woche" mit den Grenzberichtigungen rechne. Alle in polizeilicher und zolltechnischer Hinsicht gestellten Forderungen sollten erfüllt werden. "Die neue Grenze werde östlich der Eisenbahnlinie Raeren - Kalterherberg und Weismes - St. Vith liegen, so daß die Gemeinden Rötgen und Mützenich und der Weiler Hemmeres an Belgien fallen werden. Belgien wird die vollständige Kontrolle über die Straße von Lichtenbusch und die Enklave von Hergenrath erhalten, die 1922 an Deutschland zurückgegeben worden war.

Die Grenzverbesserungen werden den durch den Versailler Vertrag geschaffenen Schwierigkeiten an unserer Ostgrenze ein Ende machen. Etwa 4.200 Deutsche werden dadurch Belgien einverleibt werden.

Da diese Entscheidungen der augenblicklichen Pariser Konferenz durch den Friedensvertrag mit Deutschland eventuell abgeändert werden könnten, werden diese Deutschen nicht gleich endgültig in die belgische Gemeinschaft aufgenommen. Die Erfahrung wird zeigen, was endgültig werden wird oder nicht.

In den betreffenden Gebieten werden vorläufig Übergangsmaßnahmen getroffen werden. Sie erhalten eine Militärverwaltung, deren Chef der augenblickliche Kommandant der Forestiers in der Eifel, General Bolle, dessen Hauptquartier in Montjoie ist, werden wird. Der Bahnhof von Montjoie wird an Belgien kommen, jedoch nicht die Stadt.

Die "Neubelgier" erhalten einen besonderen Personalausweis, der ihnen vorläufig nicht gestatten soll, sich außerhalb des Arrondissements Verviers zu begeben.

Es wurden ebenfalls Maßnahmen für die Geldumwechslung getroffen. Um alle Mißbräuche zu vermeiden, soll der zum offiziellen Kurs von 13,20 F umgewechselte Markbetrag begrenzt werden.

Alles ist bereit, und von heute auf morgen können die Grenzsteine versetzt werden."

Ganz so schnell sollte es dann doch nicht gehen. Schließlich verlangte jede Änderung der Landesgrenzen laut Artikel 3 der Verfassung eine gesetzliche Grundlage. Da das Parlament die beiden Memoranden der belgischen Regierung vom 14. November 1946 und 17. Januar 1947 gebilligt hatte, zweifelte zwar niemand daran, daß die Volksvertreter ihr Einverständnis zu den vorgesehenen Grenzberichtigungen geben würden, aber diese verfassungsmäßig vorgeschriebene Prozedur war einzuhalten.

Letzten Endes umging man dennoch diese Hürde, indem man das Gebiet einer Militärverwaltung unterstellte.

Auf deutscher Seite gab es keinen Ansprechpartner, da die Länderregierungen keine außenpolitischen Kompetenzen besitzen und die Hoheitsrechte der ehemaligen Reichsregierung auf die Militärregierungen übergegangen waren. So mußte also der britische Militärgouverneur mit der belgischen Regierung ein Abkommen schließen.

Am 28.3.1949 erfuhr der Zeitungsleser, das zwei Tage zuvor veröffentlichte Communiqué enthalte keine Einzelheiten. Insgesamt würden 31 kleinere Grenzkorrekturen zu Gunsten der Niederlande, Luxemburgs, Frankreichs und Belgiens mit einer Gesamtfläche von 135 qkm und 13.500 Bewohnern zu einem noch festzulegenden Datum vorgenommen.

Die Zeitung hebt hervor, daß die endgültige Regelung der Grenzfestsetzung sowie die Frage der größeren Gebietsabtretungen auf die Zeit der Friedensverhandlungen mit Deutschland verschoben seien.

Am 16. April 1949 gab auch endlich das belgische Außenministerium eine offizielle Mitteilung zu den geplanten Grenzberichtigungen heraus. Kurt Grünebaum, Brüsseler Korrespondent des "Grenz-Echo", gab seiner Zeitung den nebenstehenden telephonischen Bericht durch.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Arnold, der von Erstminister Spaak darüber unterrichtet wurde, daß Belgien auf einen Teil der ihm zugestandenen Gebietserweiterungen u. a. Rötgen und Mützenich, verzichte, zeigte sich über diese Entscheidung der belgischen Regierung "sehr erfreut", denn das bedeute, daß nicht 4.700 Deutsche, sondern nur 500 unter die belgische Souveränität kämen. Den belgischen Verzicht würdigte Arnold als "einen Beitrag zum Geiste des neuen Europas" und

er bat den belgischen Konsul in Düsseldorf, der belgischen Regierung den Dank des deutschen Volkes auszusprechen.

Der Umfang der Grenzberichtigungen amtlich mitgeteilt

Sie betreffen 500 Einwohner und knapp 20 Quadratkilometer

(Telefonischer Bericht unseres Brüsseler K.G.-Mitarbeiters)

K.G. Brüssel, 16. Das lang erwartete Kommuniqué des Brüsseler Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten über die Grenzberichtigungen wurde endlich am heutigen Samstag vormittag zur Veröffentlichung freigegeben.

Das Kommuniqué erwähnt kurz die diplomatische Vorgeschichte des gesamten Problems der Grenzberichtigungen: Prinzipielle Einigung über die Veränderung der Londoner Deutschlandkonferenz (Juni 1948), Ueberprüfung der Grenzforderungen durch das Pariser Sonderkomitee und

Festlegung der kleineren provisorischen Grenzberichtigungen (26. März 1949).

Das heutige Kommuniqué enthält ferner noch einen Hinweis auf die Haltung der drei übrigen Beneluxstaaten zu den belgischen Forderungen, welche «die Mäßigung der belgischen Verlangen anerkannt haben, die durch den Wunsch veranlasst sind, Anomalien an der Grenze zu beseitigen, sowie die Schwierigkeiten zu beenden, welche hinsichtlich der Kontrolle des Verkehrs von Personen und Gütern besonders beim Betrieb der Eisenbahn Raeren-Kalterherberg bestanden.»

Das Pariser Komitee beschloss, folgende Gebietsstreifen an Belgien zu überweisen:

1. Zwischen den Grenzsteinen 1017 und 980, die Ausbuchtung nördlich von Hergenrath (Bildchen), die im Jahre 1921 vom Kreis Eupen abgetrennt worden war und an Deutschland zurückgegeben wurde.
2. Die Strasse von Aachen nach Raeren zwischen den Grenzsteinen 943 und 920 und die Waldungen, die der belgischen Gemeinde Eynatten gehören, der sogenannte Freyenwald.
3. Die Strasse von Rötgen nach Konzen und die Abzweigung von Fringshaus nach Lammersdorf.
4. Sechs Enklaven, die westlich der Bahnlinie Raeren-Kalterherberg liegen (Münsterbildchen, Rötgen, Lammersdorf, Konzen, Mützenich, Ruitzhof) sowie das ganze Dorf Rötgen.
5. Südliche des Bahnhofs Kalterherberg die Ausbuchtung zwischen den Grenzsteinen 624 und 572 bei der Stelle Deutsche Leykaul.
6. Nordöstlich von Eisenborn, das bewaldete und nichtbewohnte Gebiet, das südlich einer Linie zwischen den Grenzsteinen 624 und 572 liegt.
7. Das Walddreieck, das den Gemeindewald von Büllingen umfasst; das Walddreieck südlich der Strasse Losheimergraben — Losheim, das Dorf Losheim und die das Dorf umgebenden nicht bewaldeten Gebiete, sowie die Strasse L. 25 in diesem Sektor.
8. Den Wäldern von Hemmeres.

Am 23. April werden die oben aufgeführten ist die Währungsfragen zu

Der telefonische Bericht des Brüsseler G-E-Korrespondenten

Ministerpräsident Karl Arnold, wie auch die anderen westdeutschen Länderchefs, hatten direkte Verhandlungen gewünscht. Arnold hatte argumentiert, die Grenzen zu den Benelux-Staaten seien in den Jahren 1648 (Friede von Münster und Osnabrück) und 1815 (Wiener Kongreß) festgelegt worden. Die Westalliierten erklärten dem gegenüber, in Ostdeutschland habe die Annexion deutschen Gebietes durch Polen das 600fache dieser Grenzkorrektur ausgemacht.

Die am 23. April 1949 vorgenommenen Grenzkorrekturen verliefen ohne besondere Vorkommnisse. Einem Eigenbericht des Grenz-Echos zufolge waren am Vorabend der Grenzverlegung auf belgischer Seite (Tülje) nicht die geringsten Anzeichen der bevorstehenden Änderungen zu erkennen, während auf deutscher Seite (Bildchen) die Grenzschraken schon entfernt und weiter nach Osten gebracht worden waren. Auch einen Barackenbau hatte man schon abgebaut und durch einige Blumenbeete ersetzt. Einen Teil der Möbel hatten die deutschen Behörden bereits abtransportiert. Kurzum, "es roch nach Umzug". Die deutschen Kontroll- und Abfertigungseinrichtungen wurden am Unteren Backertsweg wiederaufgebaut dort, wo sich heute der Parkplatz von Maria im Tann befindet. Mit umgezogen waren der ADAC und eine Wechselstube.

Das große Hinweisschild der englischen Besatzungsbehörde war an dem neuen deutschen Zollhaus aufgestellt worden. Dem Journalisten fiel auch auf, daß man die Kleinbahnschienen auf dem nun Belgien unterstellten Gebiet aufgehoben hatte.

Die deutsche Zollabfertigung und der belgische Zollposten (11 Mann) lagen am Fuße des Aachener Berges, einer starken Steigung der Lütticher Straße. Es ist in der Folgezeit häufiger zu gefährlichen Situationen gekommen. Bei Bremsversagen und bei Glatteis wurden die Zollschraken durchbrochen.

Andererseits war das Anfahren nach der Zollabfertigung in Richtung Aachen sehr erschwert, bei Regen, Schnee und Eis sogar zeitweise unmöglich.

Auch die Raumverhältnisse waren in diesen Zollabfertigungsbauten alles andere als zufriedenstellend.

Am frühen Morgen des 23. April war Chefredakteur Henri Michel schon vor sechs Uhr an der Zollstelle Tülje. Hier herrschte absolute Ruhe, hatten die Behörden doch jeglichen Verkehr zwischen Tülje und Bildchen für die Zeit von sechs bis 13 Uhr untersagt. Drei Personen warteten schon vor dem Zollhaus: Der zukünftige Militärgouverneur General Paul

Bolle, der Zollinspektor Lannoy sowie der für die öffentliche Sicherheit zuständige Inspektor Simon, zu denen sich später noch der belgische Verbindungsoffizier in Aachen, Major Delmotte, und der Chef der britischen Grenzkontrollbehörde, Hauptmann Lunn, gesellten.

Als diese Persönlichkeiten in Begleitung von 12 belgischen Zollbeamten sich nach Bildchen begaben, um dort die ersten Übergangsmaßnahmen zu ergreifen, mußten die wartenden Journalisten zurückbleiben. Erst um 12 Uhr wurden die Grenzen geöffnet und die Belgier durften sich nach Bildchen begeben. Die Einwohner Bildchens mußten noch mit neuen Ausweisen versehen werden, ehe sie über die Grenze nach Belgien durften. Die genaue Grenzlinie sollte erst in der übernächsten Woche durch eine besondere, in Spa tagende Kommission, festgesetzt werden. Der bisherige Zollposten auf Tülje blieb bestehen; an der Abzweigung der Hergenrather Straße kam noch ein weiterer Grenzkontrollposten für den aus Hergenrath kommenden Verkehr hinzu. Am Posten Tülje erhielten die dort kontrollierten Personen und Kraftwagen einen Kontrollschein, den sie an der Station Hergenrather Weg vorzeigen mußten, um einer zweiten Kontrolle zu entgehen.

Ein Eigenbericht des "Grenz-Echos" vom Montag, dem 25. April 1949, schildert weitere Einzelheiten der Grenzverschiebung. Chefredakteur Henri Michel wußte von "einer langen Reihe Autos" zu berichten, die sich ab dem Mittag des 23. April in Richtung neue Grenze bewegten. Als erstes fiel ihm dann auf, daß dort die belgischen und die deutschen Zollposten nur wenige Meter auseinander lagen. An hohem Mast flatterte die große belgische Fahne, die sich vordem am belgischen Zoll auf Tülje befunden hatte, und signalisierte den aus Aachen kommenden Reisenden, daß sie nun "belgisches" Gebiet betraten. Das belgische Zollbüro war "in einer Art Bungalow" untergebracht.

Die Bevölkerung Bildchens war "ziemlich zahlreich" erschienen, und schaute dem allem mit Interesse zu. Manche von ihnen erlebten den dritten Staatenwechsel: 1920 waren sie belgisch geworden, 1921 wieder deutsch und nun wieder belgisch. Aus den Gesprächen mit den Einwohnern konnte der Journalist zuerst die Sorge um Arbeit und Brot heraus hören. Alle brannten aber darauf, sich jenseits der bisherigen Grenze mit Waren aller Art eindecken zu können.

Im Gasthaus am alten deutschen Zoll am Bildchen wurden unterdessen die ersten Antragsformulare für die Ausstellung der neuen Pässe ausgehändigt und dem belgischen Bier zugesprochen. ...

Der Grenz-Echo Chefredakteur kam am Tag nach dem "Anschluß" wieder nach Bildchen. Es war Sonntag und den ganzen Tag kamen die Menschen in Strömen, um die neue Grenze aus nächster Nähe zu sehen. Als "eine wirkliche Völkerwanderung" beschrieben Anwohner das Geschehen.

Aachen verlor an jenem Tage 247,9 ha und 591 Einwohner (16). Im einzelnen waren es

- Bildchen mit rd. 179,8 ha,
- ein Stück der Raerener Straße bei Lichtenbusch mit rd. 6,2 ha und
- der Freienter Wald bei Lichtenbusch mit rd. 61,9 ha.

Die Stadt hatte befürchtet, Belgien könne über die im 1947 veröffentlichten Memorandum genannten Forderungen hinausgehen und bei Bildchen nicht eine Grenzlinie vom Grenzstein 1008 bis 980, sondern vom Grenzstein 1017 westlich bis zum Südausgang des Buschtunnels und von dort südlich zum Grenzstein 980 verlangen, womit 186,43 Hektar mit einer Bevölkerung von 789 Personen zu Belgien gekommen wären. Zu diesen Personen gehörten die Kinder des städtischen Kinderheimes sowie etwa 200 Berufstätige, insbesondere 37 Bahn- und Postbedienstete, die täglich mit der Straßenbahn nach Aachen zur Arbeit fuhren sowie 41 Zoll- und Polizeibeamte.

Ferner lagen in dem Gebiet vier Handwerksbetriebe (1 Installateur, 1 Dachdecker, 1 Elektromechaniker, 1 Bäcker), drei Lebensmittelgeschäfte, zwei Gastwirtschaften und 13 landwirtschaftliche Betriebe.

Die "Aachener Volkszeitung", deren Argumente gegen diese Grenzziehung vom "Grenz-Echo" wiedergegeben werden (17), sah dadurch eine unhaltbare Lage für das Kinderheim entstehen, da drei Gebäude des Heimes auf deutsches und drei auf belgisches Gebiet zu liegen kämen. Auch das für die Wasserversorgung der Reichsbahn zuständige Wasserverswerk sowie die Signalanlagen für Aachen-Süd lägen dann auf belgischem Gebiet.

Die Befürchtungen der "AVZ" waren jedoch unbegründet, zumindest im Hinblick auf das Aachener Kinderheim, das jenseits der neuen Grenzlinie blieb. Tatsache aber war, daß der Grenzstein 1017 als Ausgangspunkt der neuen Grenze genommen wurde.

Von belgischer Seite waren alle Vorkehrungen für einen möglichst reibungslosen Übergang unter belgische Verwaltung getroffen worden. Wie schon 1920 in den Kreisen Eupen und Malmedy, so legte die Regierung die delikate Aufgabe der Verwaltung der neuen Gebiete auch jetzt in die Hände eines altgedienten Militärs, des Generalmajors Paul Bolle,

der zuvor die Holzfällerkolonnen in der deutschen Eifel befehligt hatte.

Der am 30.3.1890 in Hasselt geborene Paul François Pierre Louis Bolle entstammte einer Offiziersfamilie. 1903 trat er in die Kadettenschule ein und wurde 1912 zum Unterleutnant der Artillerie befördert. Mit der 5. Artillerieschiffdivision nahm Bolle im 1. Weltkrieg an acht Schlachten teil, wurde zwischenzeitlich zum Leutnant und zum "Kapitän" ernannt, stand von Dezember 1918 bis Oktober 1919 mit der belgischen Besatzungstruppe in Deutschland, wo er von 1920 bis 1927 der interalliierten Kontrollkommission angehörte. Anschließend war Bolle dem Luftabwehr-Regiment zugeteilt. 1929 wurde er Major, 1938 "lieutenant-colonel". Als der Krieg ausbrach, befehligte Bolle das erste Flak-Regiment. Im Anschluß an den 18-Tage-Feldzug wurde er als Kriegsgefangener nach Deutschland gebracht, von wo er erst im Juni 1945 zurückkam. Seine Kriegsgefangenenmarke weist ihn als Insassen des Gefangenenlagers Soest mit der Nr. 2477 aus. In die Zeit der Kriegsgefangenschaft fiel seine Beförderung zum Colonel (26. Sept. 1941).

In den ersten Nachkriegsjahren versuchte Belgien, die erlittenen Kriegsschäden z. T. durch massive Holzeinschläge in den grenznahen Wäldern der deutschen Eifel auszugleichen. Am 4. April 1946 wurde das Kommando über diese als Holzfäller ("forestiers") eingesetzten Truppen dem Major Bolle übertragen.

Mit 58 Jahren kam Paul Bolle zur Reserve, blieb aber im Dienst. Am 1. Januar 1948 wurde er zum Generalmajor befördert und am 16. April 1949 mit der Verwaltung der unter belgische Hoheit gestellten Gebiete von Bildchen bis Hemmeres betraut.

Diese Aufgabe war in mancherlei Hinsicht schwieriger als die 1920 von General Baltia in Eupen-Malmedy übernommene. Baltia hatte ein zusammenhängendes Territorium mit festen Verwaltungsstrukturen und einem intakten Schulnetz vorgefunden. Generalmajor Bolle stand vor dem Nichts. Das von ihm zu verwaltende Gebiet bestand nur aus kleinen Teilen verschiedener Gemeinden, ohne inneren Zusammenhalt. Dennoch verfügte Bolle über große Machtbefugnisse, die ihm von den anderen Ministerien überlassen wurden. So war er, nach den Worten des Grenz-Echo Korrespondenten Kurt Grünebaum, "nicht nur das Oberhaupt einer Gebietseinheit, sondern gleichzeitig Innenminister, Justizminister, Landwirtschaftsminister, Finanzminister usw." (18). Der General sagte dem Grenz-Echo Journalisten: "Rein rechtlich kann ich Diktator spielen wie Stalin oder Franco. Für alle Verwaltungsangelegenheiten habe ich Vollmacht."

In einer in Bildchen, Lichtenbusch, Losheim und Hemmeres zum Anschlag gebrachten 10 - Punkte - Proklamation beschrieb Gouverneur Bolle den zukünftigen Grenzverlauf und regelte eine Reihe von Einzelfragen bzgl. Staatsangehörigkeit, Reisefreiheit, Steuerhoheit und Geldumtausch.

In einem Gespräch mit den Journalisten versprach Bolle, die Bewohner von Bildchen würden einmal monatlich eine für zwei Tage gültige Grenzkarte zum Besuch von nahen Verwandten im deutschen Grenzgebiet erhalten. Auch werde es diesen deutschen Verwandten erlaubt, ihrerseits einmal im Monat für zwei Tage nach Bildchen zu kommen. Die entsprechende Grenzkarte werde von den britischen Besatzungsbehörden ausgestellt. Für die in Aachen beschäftigten Arbeiter bzw. dort zur Schule gehenden Kinder werde eine besondere Grenzkarte für den täglichen Grenzübertritt vorgesehen. Doch schon damals trug sich die belgische Regierung mit dem Vorhaben, in Bildchen eine eigene Schule zu eröffnen.

In der schon zitierten Veröffentlichung "Le Canton d'Eupen", hat G. Grondal die sich damals stellenden Probleme zusammengefaßt:

Die ersten Maßnahmen der neuen Verwaltung betrafen den Umtausch des deutschen Geldes sowie das Zollwesen und den Warenverkehr. Für letzteren galt das Gebiet als Inland für alle Transaktionen mit Belgien; Importe aus Deutschland waren den in Belgien geltenden Zollbestimmungen unterworfen.

Eine weitere Sofortmaßnahme war die Einrichtung eines Personenstandsregisters (für Bildchen wurden besondere Register geführt), die Umsetzung von Urteilen belgischer oder deutscher Gerichte usw.

Da die Gebiete keine zusammenhängende Gemeindegemeinschaft bildeten, verfiel man auf den Ausweg, sie per Ordonnanz (Verordnung) zu einer einzigen Gemeinde zu erklären, an deren Spitze ein Verwaltungsfachmann stand, der alle die Funktionen ausübte, die in Belgien dem Gemeindeoberhaupt zufallen.

Diesen Verwaltungsfachmann fand man in der Person des in Neutral-Moresnet am 16. Mai 1904 geborenen Joseph Gouder de Beauregard, der schon in der Verwaltung Eupen-Malmedys unter General Baltia tätig gewesen war, ehe er als Übersetzer zur Provinzialregierung in Lüttich überwechselte.

DESCRIPTION OF HOLDER - SIGNALEMENT DU
TITULAIRE - BESCHREIBUNG DES BESITZERS

Name LAEVEN épouse KASPER COMMAN
Nom.....
Name
Christian Names Elfriede Franziska Katharina
Prénoms.....
Vornamen
Nationality allemande
Nationalité.....
Nationalität
Date/Place of Birth Hergenrath le
Lieu et date de naissance... 4 Janvier 1920...
Datum/Ort der Geburt
N° of Identity Document 1096 B
N° de la carte d'identité.....
Nr des Personalausweises
Date/Place of issue Bildchen le 13.1.54
Délivrée le et à.....
Datum/Ort der Ausstellung
Reason for Journey Visite de famille
Raison du voyage.....
Gründe der Reise 48 heures parmois
=====

VALIDITY OF PASS - VALIDITE DU LAISSEZ-
PASSER - GÜLTIGKEITSDAUER DER GENEHMIGUNG

This permit is valid from 1 Octobre 30 Septembre
Ce permis est valable du 1955 to 1956
Diese Genehmigung ist gültig vom bis

For ONE RETURN/MONTHLY Journey
Pour un voyage aller et retour/Mensuel
Für EINE MONATLICHE HIN-UND RÜCKREISE 48 Stunden

From Bildchen to Kornelimünster
de..... d.....
Von nach

Via Crossing Point/Border stone Bildchen II
Via, lieu de passage/borne.....
Ueber Grenzübergangsstelle/Grenzstein

Fee Dix francs
Frais.....
Gebühren

Signature E. L. L. L.
Signature.....
Unterschrift

Les rectifications de la frontière belgo-allemande

A BILDCHEN, DEVENUE BELGE

(De notre correspondant particulier.)

Eupen, 24 avril.

Dès midi, un trafic intense a repris dans les deux sens sur la route de Liège à Aix-la-Chapelle entre Tülje et Bildchen. Les postes douaniers belges et allemands, depuis les modifications de frontière, ne sont

de leur réserve et, par ce temps dieux, se promènent sur l'abandonné nouveau poste frontière belge. nous confient que, depuis 1920, ils ont changé trois fois de nationalité. Belges en 1920, ils redevinrent allemands un an après. Aujourd'hui



Quelques instants après l'ouverture de la frontière.

éloignés l'un de l'autre que de quelques mètres de sorte qu'ils forment comme un ensemble.

Fiévreusement, des ouvriers allemands travaillent à l'aménagement de la barrière. La douane belge s'installe à son aise dans une sorte de bungalow.

Les habitants de Bildchen sortent

avril, les voilà de nouveau Belges. Pourvu que nous ayons du travail et du ravitaillement, entendons-nous dire à la ronde.

Une chose préoccupe les habitants, et ils n'ont pas tort, c'est que leur gain en mark converti au taux de 13,15 francs belges n'est pas en rapport avec le coût de la vie en Belgique où les salaires sont plus élevés. Néanmoins, tous brûlent d'envie de se rendre à La Calamine pour y admirer les étalages et y acheter des paquets de cigarettes et un morceau de chocolat.

Le major Lunn, du contrôle de la frontière de la zone britannique, nous assure que toutes les formalités se sont déroulées sans le moindre incident. L'inspecteur des douanes, Lannoy, opine de la tête. Tout est donc O. K.

Au retour, nous entrons, près de l'ancien poste frontière allemand de Bildchen, dans un café aménagé avec beaucoup de goût et nous sommes étonnés du nombre de consommateurs. La bière belge et la limonade trouvent amateurs et, devant la porte de l'auberge, stationne le gros camion d'une firme belge qui amène force boissons. C'est dans ce café qu'on peut retirer les formulaires pour l'obtention des cartes d'identité belges. Des secrétaires improvisés se dévouent pour aider les fonctionnaires à les établir.

M.

male et provinciale

un plafond aux additionnels

sitoire, ces additionnels seront réduits à due concurrence de façon à ne pas diminuer ou à ne pas augmenter la somme revenant aux communes à titre d'additionnels. Une circulaire sera adressée dans ce but par le ministre de l'Intérieur aux administrations subordonnées.

Cette diminution d'additionnels ne résulte pas du projet de loi déposé par le ministre des Finances parce que la fixation du plafond des additionnels n'a jamais fait l'objet d'une disposition légale. Ce maximum est fixé par le ministre de l'Intérieur qui est le tuteur des communes. Il lui appartient donc de prendre une circulaire dès que les Chambres auront voté la réforme fiscale, à moins que celles-ci ne jugent préférable de modifier la législation actuelle et de fixer dans la loi même un plafond absolu pour

„Le Soir“ vom 26.4.1949 berichtet über die Grenzkorrekturen



Fremdenpaß (gelb mit rotem Querbalken)

Am 23. April 1949 wurde Jos. Gouder de Beauregard zum "Kopf" der Zivilverwaltung ernannt, ein Amt, zu dem ihn seine Sprachkenntnisse, seine Vertrautheit mit den örtlichen Gegebenheiten und seine bisherige Verwaltungstätigkeit geradezu prädestinierten.

Die polizeilichen Funktionen nahm in Bildchen der aus Welkenraedt stammende Feldhüter Curtz wahr.

Der Staatenwechsel war für die Bewohner des betroffenen Gebietes ohne Einfluß auf die Staatsbürgerschaft. Sie blieben Deutsche mit einem auf unbestimmte Zeit gültigen Fremdenpaß, der es ihnen erlaubte, sich frei in Belgien zu bewegen. Der Grenzübertritt nach Deutschland wurde durch besondere Passierscheine erleichtert, und an bestimmten Tagen

(Allerheiligen, Karneval...) galten besonders großzügige Bestimmungen. Auch der Besuch der nahen Kapelle "Maria im Tann" war uneingeschränkt möglich.

Weitere Bestimmungen betrafen das Steuerrecht, die Grundbucheintragungen, die Erbschaftssteuer, das Jagd- und Fischereiwesen, die Land- und Forstwirtschaft sowie das Sozialwesen (Begrenzung der Mietpreise, Sozialsicherheit der Lohnempfänger) usw. Es waren Beamte aus den Nachbarkantonen, die die Befugnis erhielten, die mit ihrem Amt verbundenen Funktionen auch in den "neuen" Territorien auszuüben.

In den unter belgische Verwaltung gekommenen Ortsteilen wurde die belgische Schulgesetzgebung eingeführt, ebenso die medizinische Schuluntersuchung und die damit verbundenen Impfungen (Pocken ...). Im September 1949 wurde in Bildchen im früheren deutschen Zollhaus (erbaut 1926) eine Schule eröffnet; im Abendunterricht bot man zudem allen interessierten Erwachsenen Französischkurse an.

In dem rosarot gestrichenen Bau wirkten als Lehrkräfte Frau Verplanke, die Gattin eines Zollbeamten, und der aus der Provinz Luxemburg stammende Lehrer Schreiber.

Ein besonderes Problem stellte das Gerichtswesen dar. Es wurde durch die Schaffung eines Sondergerichts gelöst, das in der Schule am Bildchen tagte. Dieses Gericht bestand aus einem Richter, einem als Staatsanwalt fungierenden Rechtsanwalt und einem Gerichtsschreiber. Der Richter war mit höchsten Vollmachten ausgestattet. Gegen sein Urteil gab es keine Berufungsmöglichkeit. Er sprach in erster und letzter Instanz Recht. Auf dem Wege von Ordonnanzen wurde die Prozedur festgelegt und die belgische Gesetzgebung wenn nötig eingeführt.



Gruppenbild mit Generalmajor Bolle.

Sitzend von links nach rechts: Luise Wernerus (Sekretariat), Frau Mosbeux (*), Frau Lannoy (*), Frau Strubbe (*), Generalmajor P. Bolle, Frau Detilleux (*), Frl. Fey (Sekretariat), Frl. Baltus (*)

Stehend v. l. n. r.: Herr Rondeux (Sekretär des Zollinspektors Lannoy), Paul Jansen, (Chauffeur des Kommandanten Mosbeux, Monschau), Paul Lehnen (Buchhalter), Kommandant Jules Mosbeux (Berater von General Bolle), Jean Lennertz (Hausdiener, Welkenraedt), Karl Heinz Loewe (Buchhalter, aus Dessau), Senator Dr. Baltus (*), Léon Herpelink (Chauffeur des Generals), Josef Gouder de Beauregard (Bürgermeister, Standesbeamter, Übersetzer und Gerichtsschreiber), Max Mockel (Resort Soziales; kam nur nach Feierabend), Herr Detilleux (Hauptschulinspektor), Herr Strubbe (Finanzministerium; Angleichung der Steuersysteme), Félicien Lannoy (Zollinspektor, Vielsalm), Jules Malempré (Adjutant, Sekretariat), Herr Helman (Zollsekretär).

Die Aufnahme entstand zwischen Ende April und Ende Juni 1949. Die mit (*) versehenen Personen gehören nicht zur Verwaltung des Generals (Ehefrauen, Senator Baltus ...).

MILITARY GOVERNMENT AACHEN

Det. F. I. & 2

This is to verify that Johann Laeven is employid on the farm Aachen-Bildchen 63 and allows him to circulate within the boundaries of his farm inwhich extends 5 hectars over the Belgium frontier.

This is not a travel pass into Belgium, merely the permission to move about on his farm which extends approximably 50.000 square meters on the Belgium soil.



MILITARY GOVERNMENT OFFICER

Sondergenehmigung zum Grenzübertritt für den Landwirten Joh. Laeven, dessen Gut (Ries) sich nach der neuen Grenzziehung z. T. auf belgischem Gebiet befand

In dem schon zitierten Grenz-Echo Beitrag von Kurt Grünebaum finden sich einige weitere interessante Details zur Rechtspflege in dem betreffenden Gebiet. So fungierte der Eupener Rechtsanwalt René Wintgens als vorsitzender Einzelrichter des genannten Sondergerichts und Dr. Leo-

pold Nyssen war dort als Amtsanwalt tätig. Letzterer wird von K. Grünbaum mit folgenden Worten zitiert:

"Anfänglich gab es einige kleine Schwierigkeiten rein rechtlicher Art. Ein Richter und ein Amtsanwalt müssen vereidigt werden. Aber welche Eidesformel war hier anzuwenden? Darüber wurde einen ganzen Tag lang in Brüssel mit dem Justizministerium verhandelt. Schließlich mußten wir einen Treueid auf General Bolle ablegen, da das belgische Recht nur beschränkt in diesem Gebiet angewendet werden konnte. Eine Verpflichtung, "die Gesetze des belgischen Volkes zu beachten", wie sie in Eidesformeln für Innerbelgien vorhanden ist, kam hier nicht in Frage."

Auf die Frage des Journalisten, welches Recht von dem Sondergericht angewendet worden sei, sagte Dr. Nyssen: "Bei den wenigen Verhandlungen, die einmal in Losheim und einmal in Bildchen stattfanden, wandten wir belgisches, aber auch deutsches und rheinisches Recht an. Wir hatten entsprechende Anweisungen vom Justizministerium in Brüssel erhalten. Bei Verkehrsdelikten berücksichtigten wir die belgische Verkehrsordnung. Selbstverständlich mußten wir bei Miet- und Pachtstreitigkeiten deutsche Rechtsnormen beachten."

Das Sondergericht hat nicht viel zu tun gehabt. Es gab kein einziges Kapitalverbrechen und auch nur einmal mußte ein Einwohner aus "Bollenien" ins Vervierser Gefängnis eingeliefert werden. Er hatte sich mit seinem Nachbarn geprügelt und dessen Tauben den Hals umgedreht!

In der Vervierser Haftanstalt waren, nebenbei gesagt, drei Zellen für Sträflinge aus "Bollenien" reserviert.

(Anm.: Für kleinere Straftaten hatte man auf dem Dachboden des Schul- und Verwaltungsgebäudes am Bildchen -dem späteren deutschen Zollamt- eine Arrestzelle eingerichtet).

Dr. Nyssen wußte auch von der guten Zusammenarbeit mit den deutschen Polizeikräften zu berichten, die vor allem bei Verkehrsunfällen wertvolle Hilfe leisteten.

Im "Herrschaftsgebiet" des Generals Bolle wurden die Provinzvorschriften über die Entraupung, die Bekämpfung von Disteln, das Schneiden der Hecken usw. eingeführt, während andere Bestimmungen, z.B. bzgl. der Müllabfuhr, des Fegens der Schornsteine, der Feuerbekämpfung usw. durch die "kommunale" Behörde erlassen wurden.

Das Schulhaus an der Straßengabelung Lütticher Straße - Hergenrather Weg diente auch als Gemeindeamt, wo Herr Loewe als Sekretär fungierte.

Die Post wurde in Bildchen zwar von Kelmis aus zugestellt, doch besaß der Weiler vom 7.11.1949 bis zum 20.4.1957 ein eigenes Postamt

/ Kantor mit besonderem Stempel "Bildchen". Diese Poststelle war im Hause Lütticher Straße Nr. 561, wo Frau Kessel die Postkunden bediente. Hier wurden Rentenauszahlungen vorgenommen, Briefmarken und Postkarten verkauft usw. Als Briefträger fungierte lange Jahre Jean Radermecker (Kelmis, 31.7.1914 - 25.2.1978).

Ein Zustand auf Zeit

Daß die 1949 unter belgische Verwaltung gekommenen Gebiete dem Königreich nicht definitiv einverleibt würden, war fast allen von vornherein klar. Aachens Oberstadtdirektor Servais berichtete am 4. Dezember 1950 dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold, er sei der Überzeugung, der Großteil der belgischen Bevölkerung wolle die Annexion wieder rückgängig machen. Bildchen biete keine Arbeitsmöglichkeiten, da keine Gruben und keine Industrie vorhanden seien.

Die Landwirtschaft in Bildchen werde auf sehr schlechtem Boden betrieben und könne mit den fruchtbaren Gebieten Belgiens nicht in Wettbewerb treten. Bildchen mit seiner Verwaltung, dem Straßenbau, den Versorgungsleitungen, Schulen und Zollgebäude bedeute für den belgischen Staat nur eine finanzielle Belastung. (Anmerkung: Im Budget des Jahres 1950 waren 12.112.000 F als staatliche Zuschüsse an das Budget des Militärgouverneurs für die "territoires transférés" (die unter Auftragsverwaltung gestellten Gebiete) vorgesehen; 1951 waren es noch 4.665.000 F).

Für die Annexion von Bildchen plädierte jedoch im belgischen Abgeordnetenhaus der Kelmiser Abgeordnete Peter Kofferschläger. Ein wichtiges Argument war für ihn die Waldarmut der Gemeinden Kelmis und Hergenrath. Er sah in der Annexion bessere Nutzungsmöglichkeiten des Altenberger (Kelmiser) Gemeindewaldes.

Außerdem, so Servais, erstrebe Belgien den Besitz der Weiche zwischen den Strecken Aachen-Lüttich und Aachen-Montzen, um von jeder dieser Strecken in die andere übersetzen zu können, ohne deutsches Gebiet befahren zu müssen (19).

Bezirkskommissar Henri Hoen stattete am 11.12.1951 dem Aachener Regierungspräsidenten einen längeren Besuch ab. Im Verlauf der Unterredung berührte der Bezirkskommissar auch die Frage der unter belgischer Verwaltung stehenden Gebiete und meinte, diese werde wohl Anfang des kommenden Jahres akut. Er persönlich sei für die Rückgabe dieser Gebiete an Deutschland, "damit an der deutsch-belgischen Gren-

ze keine neuen Probleme entstehen" (20). Ministerpräsident Arnold, der sich 1949 über die belgische Mäßigung so sehr erfreut gezeigt hatte, verlangte auf einer Tagung der Jungen Union am 7. März 1954 die Freigabe der Gebiete seines Landes, die 1949 unter belgische bzw. niederländische Verwaltung gestellt worden waren. "Diese Gebiete gehören rechtens weiter zu Nordrhein-Westfalen", so Arnold. Ihre Bewohner sind unbestritten weiter deutsche Staatsangehörige. Eines Tages wird das Besatzungsrecht fallen und die fremde Verwaltung wird ein Ende finden müssen."

Der Vervierser PSC-Abgeordnete Albert Parisi, der im November 1951 die Grenze von Losheim bis Bildchen abfuhr, beschrieb seine Eindrücke und die an der Grenze bestehenden Probleme in einem Beitrag für das Grenz-Echo (17.!!!.1951). Zu Bildchen faßte Parisi sich sehr kurz. "Endlich", so schrieb er, "wenn man sich Aachen nähert, kommt man in das Gebiet von Bildchen, dessen wenig zahlreiche Bevölkerung im Begriff ist, sich ohne Widerstreben anzugleichen, dank der weisen Verwaltung des Generals Bolle."

Der Staatsvertrag

Dieses Ende kam schneller als erwartet. Eine geschickte Außenpolitik, die ganz auf Westintegration setzte, machte die Bundesrepublik Deutschland wieder schnell zu einem gleichberechtigten Partner der westeuropäischen Nationen (Mitglied der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit / OEEC 1949, Mitglied des Europarates 1950, Gründung der Montanunion 1951, "Pariser Verträge" 1954, NATO-Beitritt am 9. Mai 1955). Da ein Friedensvertrag mit Deutschland in immer weitere Ferne zu rücken schien, sorgten bilaterale Verträge für die Lösung bestehender Probleme.

Auch Belgien war an einer Neuregelung des Verhältnisses zur Bundesrepublik interessiert. Hieß es nicht, Außenminister Spaak wolle für den Posten des NATO-Generalsekretärs kandidieren und erhoffe dabei die Unterstützung der Deutschen? Belgisches Entgegenkommen in der Grenzfrage könnte sich dabei sehr positiv auswirken ... Wie dem auch sei, beim ersten Staatsbesuch Adenauers in Brüssel, am 24. September 1956, wurde ein deutsch-belgischer Staatsvertrag unterzeichnet, der die belgische Ostgrenze definitiv festlegte.

Sechs Monate lang hatte eine belgische Delegation unter der Leitung von Vicomte Davignon mit deutschen Regierungsstellen in Bonn unter-

handelt, um den Vertrag unterschriftsreif zu machen. Daß der Vicomte sich nur knapp eine Stunde lang mit General Bolle über die an der Grenze zu treffenden Regelungen unterhalten hatte und die Meinung des Militärgouverneurs kaum berücksichtigt worden war, mag in den Augen des Letzteren kritikwürdig gewesen sein.

Diesem Vertrag kommt ein ganz besonderer Stellenwert in der deutschen Außenpolitik zu, war es doch der erste Nachkriegsvertrag der Bundesrepublik, in dem Teile der deutschen Grenze endgültig festgelegt wurden. Auch im Falle eines allgemeinen Friedensvertrages mit Deutschland sollte die jetzt vorgenommene Grenzziehung keine Änderungen mehr erfahren.

Von der Unterzeichnung des Vertrages bis zur Ratifizierung und Ausführung desselben sollten noch knapp zwei Jahre vergehen. Am 28. August 1958, um 0,00 Uhr, fand die Rückgliederung von Bildchen, Losheim und Hemmeres statt.

Das deutsche Fernsehen war zu dieser mitternächtlichen Stunde zur Stelle und filmte die mit einem Wagen zur neuen Grenze westwärts "vorrückenden" deutschen Zöllner. Als die Uhr Mitternacht geschlagen hatte, schwangen sich die belgischen Zöllner auf ihre Fahrräder und zogen sich in Richtung Tülje zurück.

Am nächsten Morgen um 7 Uhr nahmen die deutschen Zöllner ihren Dienst im Zollhaus gegenüber der Hergenrather Straße wieder auf.

Die Einwohner von Bildchen hatten die letzten Tage genutzt, sich mit belgischen Waren wie Kaffee, Schokolade, Tabakwaren etc. einzudecken.

Der Aachener Stadtdirektor Dr. Anton Kurze hatte sich wenige Tage vor der Rückgliederung (er nannte es "Wiederaufnahme in die Stadt Aachen") an die Grenzbevölkerung gewandt und angekündigt, er werde in Bildchen, im Hause Nr. 514, eine Verwaltungs-Außenstelle der Stadt einrichten. In Aachen hatte man seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages die Rückkehr Bildchens aktiv vorbereitet und Oberbürgermeister Hermann Heusch hatte den Stadtinspektor Alois Freh, dem die neue Außenstelle unterstellt wurde, zum "Bürgermeister von Bildchen" erhoben.

Ende 1955 waren in Bildchen 337 Personen gemeldet. Davon wohnten 153 auf der rechten Seite der Lütticher Straße (Nr. 510-588), 92 auf der linken Seite (Nr. 523-599) und ebenfalls 92 am Hergenrather Weg.

"Meine Mission ist am heutigen Tage zu Ende gegangen"

Die offizielle Zeremonie der Gebietsrückgabe an Deutschland fand am Mittag des folgenden Tages statt und dauerte genau ... 10 Minuten! Die beiden Regierungspräsidenten von Aachen und Trier, Schmitt-Degenhardt und Steinlein, vertraten die deutschen Behörden. General Bolle ergriff als erster das Wort zu einer kurzen Ansprache. Hier deren Wortlaut:

"Sehr verehrter Herr Regierungspräsident!

Bevor ich, gemäß den Bestimmungen des belgisch-deutschen Vertrages vom 24. September 1956, der Bundesrepublik Deutschland, hier vertreten durch die höchste Verwaltungsbehörde des Regierungsbezirks Aachen, die verschiedenen Gebiete, die 1949 meiner Militärregierung unterstellt worden sind, übergebe, lege ich Wert darauf, den Einwohnern der Ortschaften zu danken für das korrekte Verhalten, das sie mir während der Ausübung meiner Amtstätigkeit stets entgegengebracht haben.

Wir haben uns dieser Bevölkerung genähert, nicht, wie man annehmen könnte, mit irgendwelchen Zwangsabsichten, sondern beseelt von rein menschlichen Gefühlen und in voller Sachkenntnis der Befürchtungen derjenigen, die unter dem ihnen aufgezwungenen Regimewechsel urplötzlich einer ganz neuen Gesetzgebung unterstellt wurden und die zu diesem Zeitpunkt außerdem sowohl moralisch wie auch sachlich noch unter den Auswirkungen des Krieges litten.

Wenn, wie ich wohl annehmen darf, die Anwendung der Verordnungen eines Militärkommandanten, dem alle Machtbefugnisse verliehen waren, praktisch zu keinerlei Reibereien oder zu irgendwelchen beträchtlichen Schwierigkeiten Anlaß gegeben hat, wenn unsere Verwaltung ohne jedwede Zusammenstöße im Rahmen unserer Institutionen ausgeübt werden konnte, so verdanken wir dies sowohl dem umfassenden Verständnis der Bevölkerung, als auch dem Taktgefühl und der Geschicklichkeit der Beamten der Militärregierung beim täglichen Umgang mit der Einwohnerschaft.

Abschließend möchte ich ebenfalls den deutschen Beamten in allen Rangstellungen sowie den verschiedenen deutschen Institutionen meinen aufrichtigen Dank aussprechen für die mir bei der reibungslosen Lösung der verschiedenen Probleme gemeinnützigen Charakters zuteil gewordene Unterstützung.

Meine Mission ist am heutigen Tage zu Ende gegangen.

Infolgedessen habe ich die Ehre, sehr verehrter Herr Regierungspräsident, Ihnen im Rahmen dieser schlichten und kurzen Kundgebung die Gebiete zu übergeben, deren Verwaltung mir vor mehr als neun Jahren anvertraut wurde.

Bevor ich die Gebiete verlasse, richte ich herzlichste Glück- und Segenswünsche an die Grenzbevölkerung, die ich kennen gelernt habe und der ich ein lebendiges Andenken stets bewahren werde."

Der Aachener Regierungspräsident dankte dem scheidenden General mit einem Händedruck und nahm dann seinerseits das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er darauf hinwies, daß es in einem unter Auftragsverwaltung stehenden Gebiet wegen des dort herrschenden Schwebezustandes leicht zu Unzuträglichkeiten und Mißverständnissen kommen könne. Der klugen und rücksichtsvollen belgischen Verwaltung sei es im wesentlichen zuzuschreiben, daß dies hier vermieden worden sei. Und der Regierungspräsident fuhr fort: "Der Dank der deutschen Bevölkerung und der deutschen Verwaltung dafür gebührt in erster Linie Ihnen, Herr General. Sie haben in dieser Zeit die Verwaltung der Ihnen unterstellten Gebiete stets mit großem Verständnis für unsere Belange in dem Geiste geführt, aus dem auch dieser Vertrag geboren ist, aus dem Willen zu einer echten europäischen Gemeinschaft. Dieser Dank gilt auch denen, die mit Ihnen und unter Ihnen an der Auftragsverwaltung beteiligt waren ... Der Akt, den wir heute vollziehen, ist Ausdruck und Beispiel für eine gute freundnachbarliche Zusammenarbeit. Möge das Einvernehmen zwischen unseren beiden Nationen sich immer mehr vertiefen zur Wahrung des Friedens und zum Wohle der Bevölkerung beiderseits der Grenzen!"

Auch der Regierungspräsident von Trier wies in einigen Sätzen auf die Bedeutung der Stunde hin, die "im Zeichen gegenseitiger Verständigung und im Hinblick auf die großen Aufgaben der Zukunft einen wesentlichen Fortschritt" darstelle. Er richtete seinen Dank an alle, die an dem Vertragswerk mitgearbeitet hatten, und gab seiner Hoffnung auf eine weitere friedliche Zusammenarbeit Ausdruck.

Damit war die kurze Feier beendet. Gemeinsam gingen die drei Herren bis zur belgischen Grenze am Wasserwerk, wo sie von Bürgermeister Peter Kofferschläger (Kelmis) begrüßt wurden, um sich dann wieder zurück nach Bildchen zu begeben, wo schon kurz darauf nichts mehr erkennen ließ, daß nur wenige Minuten vorher ein für die Grenzbevölkerung entscheidender Akt stattgefunden hatte.

Die Grenzverschiebung schuf nicht nur Zufriedene. In Raeren wurden auf den zur deutschen Grenze führenden Straßen Schlagbäume errichtet. Waren weder Zöllner noch Gendarmen dort im Dienst, so blieb dem jenseits der Schranken wohnenden Raerener nur die Lösung, sein Fahrzeug abzustellen und zu Fuß nach Hause zu gehen oder aber den Umweg über Lichtenbusch zu nehmen.

Im Hergenrather Ortsteil Grüntal, der sich keilförmig in deutsches Gebiet vorschiebt, stellte sich ein Problem für diejenigen Bewohner, die die Aachen-Lütticher Straße erreichen wollten und die nun über deutsches Gebiet mußten.

Gab es keine Sonderregelung, so blieb den "Grüntalern" nur der Umweg von fast einer Stunde über Hergenrath!

Der belgische Zollkontrollposten an der Gabelung Lütticher Straße - Hergenrather Weg wurde aufgehoben; statt dessen wurde eine Zollstation auf der Aachener Straße, an der Abzweigung Atherstraße, eingerichtet. An dieser Stelle hatten auch vorher schon häufig belgische Zöllner die Passanten durch kleinliche Kontrollen schikaniert. Geöffnet war der neue Übergang vom 1. April bis 30. September von 8 bis 22 Uhr und vom 1. Oktober bis 31. März von 8 bis 18 Uhr. Die gleichen Öffnungszeiten galten für Lichtenbusch, Petergensfeld und Moeris (Raeren). Waren durften über diese Zollstellen nicht eingeführt werden. Außerhalb der vorgesehenen Öffnungszeiten mußte mit mobilen Zollstreifen gerechnet werden.

Deutscherseits hatte man den Hergenrather Weg für den öffentlichen Kraftfahrzeugverkehr gesperrt und durch ein Hinweisschild "Nur für Anlieger" die Benutzung der Straße nur noch einem bestimmten Personenkreis gestattet.

Nothombs späte Einsicht

Pierre Nothomb, Senator und Vizepräsident des Auswärtigen Ausschusses des belgischen Senats, der lange Jahre Gebietsannexionen Belgiens als unabdingbare Forderung angesehen hatte, schrieb am 28.8.1958 einen bemerkenswerten Kommentar für die Aachener Volkszeitung.

"Lange Zeit war ich in meinem Lande der Motor, der Vorkämpfer einer Reihe territorialer Forderungen gegenüber Deutschland", so der Senator. Und er fährt fort: "Ich bin nunmehr aber auch im Parlament der Berichterstatter für das Bewilligungsgesetz zu dem Vertrag gewesen, der

das Ende all dieser Forderungen markiert, und ich habe im Senat seine einstimmige Annahme empfohlen."

Seine geänderte Haltung begründete Nothomb damit, daß die gemeinsame Zugehörigkeit zu Europa eine Reihe von Problemen ausschalte, die früher Reibungen verursachten; auch sei ein Solidaritätsgefühl gewachsen, das sich weiter entwickle und zwischen den Einwohnern der Lande zwischen Maas und Rhein wieder ein neues Verstehen schaffe, das ihnen nicht nur das Bewußtsein einer gemeinsamen Berufung, sondern auch schon eines gemeinsamen Lebens vermittele, "dessen Wirklichkeit wir alle im nationalistischen Mißtrauen der letzten anderthalb Jahrhunderte vergaßen."

"Welche Freude für diejenigen, die in unserem Gebirgslande der Ardennen und der Eifel geboren sind, wenn sie sich wiedererkennen, indem sie freundschaftlichen Kontakt mit *den* Menschen wieder aufnehmen, von denen sie eine feindselige Grenze bis zum Nichtmehrkennen so lange getrennt hat!

... Menschen, welche die Geographie in zwei Jahrtausenden derart miteinander vermischt hat, daß sie dieselben Züge zeigen, dieselben Gedanken denken und oft denselben Familien angehören, sind geradezu vorbestimmt, dieses ihr Gebiet, das sich über verschiedene Länder erstreckt und dem die angestammte Einheit durch ehrliches Zusammenwirken bei aller politischen Vielfalt wiedergegeben wurde, den Kern des Europas der Sechs zu machen, das seinerseits wieder der Kern des größeren Europas von morgen werden soll.

Der Aachener Volkszeitung danke ich dafür, daß sie mir in dem Augenblick, wo zwischen uns die letzten Barrieren des Mißtrauens fallen, und am Vorabend der Tagung des "Groupement européen des Ardennes et de l'Eifel" in Bouillon die Möglichkeit gibt, meine Stimme mit den deutschen Stimmen zu vereinigen, die das gleiche Empfinden einer tätigen Brüderlichkeit ausdrücken. Ich liebe diesen Gleichklang guter Worte und eines guten Willens angesichts einer Grenze, die 'durchlässig werden konnte, weil sie endgültig ist', und die nun nicht mehr die Herzen und die Geister trennt."

Erinnerungen

Vierzig Jahre nach dem Ende der belgischen Verwaltung erinnern sich die älteren Einwohner des betroffenen Gebietes noch recht gern dieser Zeit. Bei der kleinen Rückgabezeremonie in Bildchen hatte sich eine

ortsansässige Dame (Frau Klawonn) durch die Menge gedrückt und dem General einen Blumenstrauß mit den Worten überreicht: "Wir danken Ihnen, Herr General, daß Sie immer so gut mit uns gewesen sind!" Paul Bolle ist als ein guter Mensch in die Erinnerung der Nachwelt eingegangen. Er hatte, wie er selbst sagte, seine Mission erfüllt. Den Lebensabend verbrachte er in Ganshoren und Tervueren. Er starb am 27.10.1971 in Brüssel, wo er auch in aller Stille beigesetzt wurde.

Quellen und Anmerkungen

- (1) Fagnoul, Kurt, "Die annullierte Annexion", Ein Beitrag zur Grenzgeschichte von Eupen-Malmedy-St. Vith, Aktuell Verlag, St. Vith., 1985, gibt eine reichhaltige Bildokumentation und viel Quellenmaterial zum gesamten Fragenkomplex der Annexion von Bildchen-Lichtenbusch-Losheim-Hemmeres.
- (2) Dr. Kl. Pabst, "Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre" in Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. 77, 1965, S. 183-210, bes. 205 ff. Dasselbst weitere Quellenangaben.
- (3) Pierre Nothomb hat seine Sicht der deutsch-belgischen Grenzkorrekturen eingehend dargelegt in "La Belgique et le problème allemand" in "Revue Générale Belge", Nr. 17, März 1947, S. 656-666.
- (4) Aachener Grenzprotokoll vom 22. November 1922
- (5) G-E, 8. Juni 1948
- (6) G-E, 22. Jan. 1949)
- (7) G-E, "Letzte Nachrichten", 26.3.1949
- (8) G-E, 12.2.1947
- (9) G-E, 18.2.1947
- (10) Königs, Hans, Vom Jakobstor zum Bildchen, Hrsg. Stadtparkasse Aachen, 1973, S. 28
- (11) G. Grondal, Le Canton d'Eupen, Bull. de la Société Verviétoise d'Archéologie et d'Histoire, Nr. 42. 1955, S. 62
- (12) Königs, a.a.O. S. 22
- (13) Chronik des Aachener Notars Johann Adam Weinandts in ZAGV Bd. 16, S.165-166
- (14) Karl Franz Meyer, Aachensche Geschichten, 1. Buch, 1781, S. 770
- (15) Königs, a.a.O. S. 27
- (16) Poll, B., Geschichte Aachens in Daten, S. 390
- (17) G-E, 22.4.1949
- (18) Kurt Grünebaum im Grenz-Echo vom 25. Okt. 1971
- (19) Staatsarchiv Düsseldorf, BR 1058/117
- (20) Ebd.

Zu einem GEMODDER !

Modder, dow hass vöehl jedue,
wie ech kleng, koss noch neht jue,
änn de öschte Teng ant döjje,
koss neht nuckele, koss neht köjje.

Wenn ech krank saahts dow: »Och hörrem.«
Änn dow krägs mech ejjen Ärrem.
Wenn ech stinkenatt de Boks,
ömmmer dow e Wötsche hotts.

Wie ech jruuter änn koss kalle,
decks fies oppen Nas jevalle,
dow wosch do änn holps mech opp,
änn dow kördens mech der Kopp.
Wor ech addens fies änn schro,
ömmmer woesch dow vöer mech do.

Wenn ett ejjen Schuul neht rechteg jong,
jenge Minsch dech helpe dong,
dow woss ömmmer jowwe Roht,
wenn ech dech mie Leed vertoht.

De öschte Lefde wor verjange,
änn ech loht de Schowwere hange,
dow saahts: »Denk enns rechteg no,
denn ett sönt noch ander do.«
Ejal watt wor och e mie Läeve,
hass mech ömmmer Roht jejäeve.

Dow woets oht, ding Lamp jong uut,
duw woesch dow lefste Modder vutt.
Höj ech mäe dekesch ett jesaht,
watt ech ömmmer hauw jedaht,
wie jäer ech levste Mamm dech hauw,
wenn ett te spie, da ess me schlau.

Dow bes jejange watt soll ech duwe,
kann mäe nojjen Heyjraave jue.

Roop dech addens jett eraaf,
opene Kerkhof an de Jraaf,
vertell dech jett sag och Adie,
mäe dow jess jeng Antwoht mie.

Well dech hauwwe waal e Ihre,
vöer watt de johfs änn mech dongs liere.

Jakob Langohr

Quellen und Anmerkungen

- (1) Fagnoul, Kurt, "Die annullierte Annexion", Ein Beitrag zur Geschichte der Eupen-Mahmedy-St. Vith, Aktuell Verlag, St. Vith, 1985, gibt eine reichhaltige Bild- dokumentation und viel Quellenmaterial zum gesamten Fragenkomplex der Annexion von Bildchen-Lichtenbusch-Losheim-Remmighem.
- (2) Dr. Kl. Pabst, "Das Problem der deutsch-belgischen Grenzkonflikte der letzten 150 Jahre" in Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Nr. 10, 1910, bes. 205 ff. Dasselbst weitere Quellenangaben.
- (3) Pierre Nothomb hat seine Sicht der deutsch-belgischen Grenzkonflikte eingehend dargelegt in "La Belgique et le problème allemand" in Revue d'histoire de Belgique, Nr. 17, März 1947, S. 656-666.
- (4) Aachener Grenzprotokoll vom 22. November 1922.
- (5) G-E, 8. Juni 1948.
- (6) G-E, 22. Jan. 1949.
- (7) G-E, "Letzte Nachrichten", 26.3.1949.
- (8) G-E, 12.2.1947.
- (9) G-E, 18.2.1947.
- (10) Königs, Hans, Vom Jakobstor zum Bildchen, Hrsg. Stadtparkkasse Aachen, 1973, S. 28.
- (11) G. Grondal, Le Canton d'Eupen, Bull. de la Société d'histoire et d'archéologie de l'histoire, Nr. 42, 1955, S. 62.
- (12) Königs, a.a.O. S. 22.
- (13) Chronik des Aachener Notars Johann Adam Weis, 1666.
- (14) Karl Franz Meyer, Aachensche Geschichten, 1. Buch, 1871, S. 770.
- (15) Königs, a.a.O. S. 27.
- (16) Poll, B., Geschichte Aachens in Daten, S. 390.
- (17) G-E, 22.4.1949.
- (18) Kurt Grünbaum im Grenz-Echo vom 1. März 1977.
- (19) Staatsarchiv Düsseldorf, GR 1038/117.
- (20) Ebd.

Zu einem Gedenkstein in RAEREN an der Gabelung Bovendriesch - Merolser Straße

von Albert Creutz



DEN 9 SEPT 1791 IST IM
HERN ENTSCLAFEN
DER EHRSAME HENRIC
US MENNICKEN LENTZ
RIP BETET
FÜR IHN

Der hiervor abgelichtete Gedenkstein (Höhe 63 cm, Balkenbreite 36 cm) stand bis 1935 in Walhorn am Wegesrand der Kreuzung Bovendriesch - Merolser Straße. (Diese Walhorner Enklave gehört seit der Gemeindefusion 1977 zu Raeren).

Als dann das Trafohäuschen Nr. 31 dort durch die Eynattener Baufirma Hubert Mael und Söhne Mathias (+ 1990), Nicolas (+ 1980) und den heute 84jährigen Schreiner Jakob errichtet wurde, erhielten sie zur Auflage, das Steinkreuz an derselben Stelle, nur 60 cm vom Boden, in die linke Vorderseite des Trafohäuschens einzumauern. Nur diesem Umstand (und dieser Umsicht) verdanken wir den Erhalt dieses kleinen wertvollen Denkmals.

Der Stein war zwar mit der Zeit - von Sträuchern und Efeuranken überwuchert - in Vergessenheit geraten, doch nach Freilegung und Säuberung konnte dieses Bild festgehalten werden.

Das Kreuz erinnert an den am Samstag, dem 3. September 1791, auf der anderen Straßenseite, im nahe angrenzenden Raerener Wald tot aufgefundenen Förster Heinrich Mennicken-Lentz aus Raeren-Rott.

Er wurde geboren in Raeren am 20.10.1735 als erster Sohn von acht Kindern der Eheleute Mathias Mennicken-Lentz und Catharina Crott. Am 11.11.1770 ehelichte er die 24jährige Anna Maria Cüpfer aus Raeren-Rott, Tochter von Mathias Cüpfer und Catharina Roderburg, die ihm sieben Kinder schenkte, und zwar:

Henricus, * 25.09.1771

Mathias, * 13.02.1774

Johannes, * 18.11.1776

Johannes Joseph, * 31.03.1780

Maria Catharina, * 25.10.1782

Anna Barbara, * 02.03.1785 und

Martinus Henricus, * 11.11.1785

Wie bei einem ungeklärten Todesfall und bei einem Leichenfund üblich, und weil Raeren damals Teil der Bank Walhorn war, kamen die Schöffen des Walhorner Gerichtshofes zum Fundort, um an Ort und Stelle vielleicht die Todesumstände klären zu können.

Leider ist ein Bericht über den Ortstermin weder im Eupener, noch im Düsseldorfer Staatsarchiv zu finden. Auch in den Forstunterlagen fand sich nichts zum Fall des Raerener Försters. In den Wirren der bald darauf folgenden Franzosenzeit ist so manches verschwunden ...

Handelte es sich um einen Mord oder zumindest um einen verdächtigen Todesfall? Gegen einen Mord spricht die Formulierung der Kreuzes-

inschrift "im Herrn entschlafen". Bei nicht natürlichem Tod (Mord oder Unglücksfall) weisen die Inschriften der Gedenksteine im 17. und 18. Jh. im allgemeinen auf diese Besonderheit hin.

Auch die sehr ausführlich gehaltene Eintragung im Sterberegister der Pfarre Raeren gibt keinen Grund zur Annahme eines Verbrechens. Pastor J. A. Vincken (1) schreibt:

1791 die 3. 7bris mane mortuus est in silva regia non longe à Baumhauers häusgen parochianus meus Henricus Mennicken Lentz maritus Annae Mariae Cüpper rott, custos silvarum regiarum, qui 4ta hujus, habitâ in loco inspectione ac visitatione cadaveris a D(ominis) scabinis curiae Walhornensis etc. translatus fuit in Rott ad aedes olim suas, hâc 5ta sepultus est in nostro cemeterio. R.I.P.

Ins Deutsche übersetzt hat diese Sterbeurkunde folgenden Wortlaut:

"**1791**, am 3. September, morgens, **starb** im Königlichen Forst, nicht weit von Baumhauers Häuschen, mein Pfarrkind Heinrich Mennicken Lentz, Ehegatte von Anna Maria Cüpper aus Rott, Förster der königlichen Wälder, der am 4. dieses Monats, nach gehabter Ortsbesichtigung und Untersuchung der Leiche durch die Herren Schöffen des Gerichts von Walhorn etc. nach Rott in seine ehemalige Wohnung gebracht wurde. Am 5. dieses Monats wurde er auf unserem Friedhof beigesetzt. Er ruhe in Frieden."

Wären Zeichen von Gewaltanwendung zu erkennen gewesen, so hätte der Pfarrer dies gewiß vermerkt.

Die Gattin des Försters Heinrich Mennicken-Lentz, Anna Maria Cüpper, blieb Witwe und verstarb am 30.12.1819 in Raeren-Rott im Alter von 73 Jahren.

1) **Johann Anton Vincken**, geb. in Afden (Westfalen) am 9.11.1739, war Vikar in Raeren von 1765 bis 1778, alsdann Pastor bis zu seinem Tode am 1.11.1795, als er an der damals herrschenden Ruhr (Dysenterie) verstarb.

Nicht zu verwechseln ist er mit seinem späteren gleichnamigen Nachfolger **Johann Anton Vincken**, auch in Afden geboren am 24.02.1776, der zwischen 1815 und 1828 als Pastor in Raeren wirkte und anschließend Pastor und Landdechant in Eupen war. Er starb dort an einer Lungenentzündung am 24.01.1847.

Paul Josef Vincken, geb. in Afden am 10.06.1768, war nach dessen Tod Desservitor (Pfarrverweser) in Raeren, bevor der dortige Vikar J.G. Reuter im Monat April 1796 zum Pastor ernannt wurde.

Aus der Familie Vincken war zuvor noch ein weiterer Priester hervorgegangen, und zwar **Paul Josef Vincken**, geb. in Afden am 01.01.1731, ein Bruder des erstgenannten Joh. Anton Vincken, der im Kreise Geilenkirchen tätig war.

Zum Todesfall des Lambert Bragard

(s. Im Göhlthal Nr. 62, Febr. 1998, S. 99 - 102). Berichtigung

Durch eine Verwechslung ist es leider zum Abdruck der falschen Sterbeurkunde gekommen. Hiernach lassen wir die den verunglückten Bragard betreffende Urkunde folgen.



N. 29

Sterbeurkunde.

Großherzogthum Nieder-Rhein. 4. Gr. 9. PF.

Regierungsbereich Aachen. Kreis Aachen Bürgermeisterei Rütters

Im Jahr tausend acht hundert achtzehn, den unmündigen
August erschienen vor mir Carl von Brach
 Bürgermeister von Rütters als Beamten des Personen-
 standes, der Johann Peter Brachard gum und
Schiffing Jahre alt, Standes Schiffing
 wohnhaft zu Mimbach, welcher ein Rüth,
 de & Verstorbenen zu seyn angab, und der Johann Wilhelm
Kubbaum gum und Schiffing Jahre alt,
 Standes Schiffing, wohnhaft zu Forstbach
 welcher ein Erkennbar de & Verstorbenen zu seyn angab,
 und haben diese beide mir erklärt, daß am unmündigen
 des Monats August des Jahres tausend
 acht hundert achtzehn, abends um 8 Uhr, verstorben ist
Lambert Brachard, offenbar Barbara
Becker, gebürtig zu
Mimbach, Regierungs-Departement Landkreis Lüttich
gum und Schiffing Jahre alt, Standes Schiffing,
 wohnhaft zu Mimbach, Regierungs-Departement Lüttich,
 früher von Johann Peter Brachard,
 und von Christina Schenck,
 Und haben beide erklärende Personen, nach ihnen geschehener Vorlesung,
 diese Urkunde mit mir unterschrieben. mit Stempel hat
Johann Peter Brachard der Mimbach just
gum und Schiffing zu Lüttich. Der unmündigen Rütters
am 1. August 1818 und 19 und 20 und 21
gum und Schiffing unmündigen.

Joh. W. Kubbaum

Von Bürgermeister
 J. v. Brach

DIE MÜHLEN IN RAEREN

von Heinrich von Schwartzenberg

Einleitung

Schon von jeher haben die Menschen versucht, sich durch technische Einrichtungen das Leben zu erleichtern.

Als eine der ersten Maschinen der Menschheit gilt die Wassermühle. Es wird angenommen, daß sie um Christi Geburt von den Römern erfunden wurde, entweder als eigenständige Erfindung oder aber als die Weiterentwicklung einer einfachen griechischen Mühle (1).

Bereits im 6. Jahrhundert wird in der Lex Salica (Aufzeichnungen des Rechts für die salischen Franken) definiert, was eine Mühle ist. Eine Mühle ist danach "eine Maschine, welche durch Menschenhände oder mit Hilfe des Viehs oder des Wassers oder des Windes in Bewegung gesetzt wird, um Früchte oder andere Sachen zu irgendeinem Gebrauch vorzubereiten, sie zu zermahlen, zerschneiden, zerstampfen, schleifen, bohren, in die Länge ziehen, walken, haspeln, schlagen usw., und zwar von demjenigen, welcher das Recht dazu hat, sowohl zu seinem eigenen, als auch zum allgemeinen Nutzen" (2).

Auch in Raeren werden schon früh Wassermühlen für die verschiedensten Zwecke eingerichtet.

Bereits 1470 wird eine Mühle am Bach zu Raeren (Nähe Haus Raeren) erwähnt (3).

In einer Urkunde aus dem Jahre 1473 ist von einem "Bend" genannt "die alte Mühle", die Rede (4).

Nach einer Aufzeichnung des Jahres 1670 gab es zu dieser Zeit in Raeren: die Raerener Mühle, die Blarmühle, die Neudorfer Fruchtmühle, die Botzer Mühle, die Neumühle, die Brandenburger Mühle und die Itermühle. Diese Mühlen waren nach Wirtz als sogenannte Bannmühlen zum Teil damals schon sehr alt. Sie unterstanden dem Mühlenregal des Herzogs von Limburg und waren somit abgabepflichtig. Auch bestand die Pflicht der Einwohner, in diesen Mühlen ihr Getreide mahlen zu lassen (5).

Das Mühlenregal des Herzogs erlosch mit der Franzosenzeit (1794).

Anscheinend wurden Verkäufe schon früh (etwa seit dem 17. Jh.) vor dem Notar getätigt, bzw. vor der Propsteilichen Mannkammer des Aachener Marienstiftes realisiert (6).

Im Jahre 1810 waren in Raeren acht Mühlen steuerpflichtig, und zwar vier Getreidemühlen, drei Lohmühlen (7) und eine Ölmühle (8). Quix nennt im Jahre 1837 für Raeren folgende Mühlen: Raerener Mühle, Blarmühle, Itermühle, Botzer Mühle, Neumühle, Brandenburger Mühle und eine Walkmühle, die zugleich Spinnmaschine war (9).

Außerdem gab es in früheren Zeiten noch die sogenannte "Alte Mühle".

Nach den vorstehenden Angaben kann man sagen, daß es in Raeren folgende Mühlen gab:

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|
| | 1810 steuerpflichtig |
| 1. Raerener Mühle (Fruchtmühle) | Comouth, Radermacher |
| 2. Blar- oder Lohmühle (Lohmühle) | Schauff, Schwartzenberg |
| 3. Neudorfer Mühle (Fruchtmühle) | Gilles |
| (Diese Mühle wurde wahrscheinlich bei Quix Itermühle genannt) | |
| 4. Botzer Mühle (Fruchtmühle) | Crott |
| 5. Neumühle (Frucht-, Öl- u. Lohmühle) | Kaufmann? |
| 6. Brandenburger Mühle (Frucht-, Öl- u. Lohmühle) | Ahn |
| 7. Itermühle (Fabrik Mariental) | |
| (Die 1670 (bei Wirtz) genannte Itermühle, aber auch die 1837 (bei Quix) erwähnte Walkmühle mit Spinnerei (s. u. 8.) könnten die Vorgängerin der Fabrik Mariental gewesen sein.) | |
| 8. Walkmühle und Spinnerei | |
| 9. Alte Mühle (Karsillis-Mühle) | |

Wie man aus der Aufstellung sehen kann, wurde nicht in allen Mühlen nur Frucht gemahlen. 1626 ist sogar von einer Kupfermühle in der Neumühle (?) die Rede (9a). Der Betrieb einer Mühle setzt eine Wasserkraft voraus, die über ein Wasserrad (Mühlrad) motorische Kräfte für die Mechanik erzeugt.

In Raeren waren der Iterbach und der Periolbach die treibenden Kräfte.

Am Iterbach lagen die vorgenannten Mühlen 3, 9, 5, 7, 6; am Periolbach die unter 4, 8, 2, 1 genannten Mühlen.

Zu den Bächen ist zu sagen, daß der Periolbach in Raeren auch häufig "Iter" genannt wird. Das kommt daher, daß dieser Bach durch ein Flurstück fließt, das sich "Iter" nennt. So befinden sich z.B. die Botzer Mühle und die frühere Spinnerei an dem Ort, der "Iter" heißt. Auch in alten Urkunden erscheint z.B. die Blar- oder Lohmühle als am Iterbach gelegen, obwohl sie eindeutig vom Periolbach getrieben wurde (9b).



Ausschnitt aus dem Plan Tranchot und v. Müffling 1803-1820 (95 Eynatten) mit den eingetragenen Standorten der Mühlen

- | | | |
|------------------------|------------------------|----------------------------------|
| 1. Raerener Mühle | 4. Botzer Mühle | 7. Itermühle? (Fabrik Mariental) |
| 2. Blar- oder Lohmühle | 5. Neumühle | 8. Walkmühle und Spinnerei |
| 3. Neudorfer Mühle | 6. Brandenburger Mühle | 9. Alte Mühle |

Da die Bäche nicht konstant wasserreich waren, wurden meist Stauwehre oder Mühlenweiher zur Verstärkung des Wasserdrucks angelegt. Von Coels schreibt dazu:

"Das Wasser zum Betrieb der Mühlen wurde von den Bächen abgezweigt und oberhalb der Mühlen in einem Weiher gesammelt, dessen Zufluß oder Abfluß zur Mühle durch Stauvorrichtungen geregelt wurde. Nach dem Gebrauch floß das Wasser in den Mühlenbach zurück, der sich unterhalb der Mühle wieder mit dem alten Bach vereinigte, falls er nicht vorher noch andere, nahe gelegene Mühlen speiste. Die Mühlen hatten außer dem Mühlenbach einen Flutgraben zur Aufnahme des überschüssigen Wassers, dessen Zufluß gleichfalls durch eine Schleuse geregelt wurde. Auch er vereinigte sich unterhalb der Mühle wieder mit dem Mühlenbach" (10).

Je nachdem ob das Wasser von unten gegen das Rad schlägt oder von oben auf das Rad fällt, spricht man von einer unter- oder überschlägigen Mühle.

Da mehrere Mühlen an einem Bach lagen, gab es oft Streitigkeiten, wenn die oberhalb gelegene Mühle das Wasser staute und dadurch die unterhalb liegende Mühle nicht genug Wasser bekam.

In der Raerener Gemeinde - Chronik von 1835 heißt es sogar: "Alle Mühlen leiden unter Wassermangel" (11).

Es ist daher auch verständlich, daß vor dem Bau einer Mühle die Genehmigung zur Benutzung des Bachlaufes bei der Gemeinde oder gar beim zuständigen Landesherrn eingeholt werden mußte. Wie bereits erwähnt, wurden die Einwohner eines bestimmten Einzugsgebietes verpflichtet, ihre Frucht in einer bestimmtem Mühle mahlen zu lassen (Zwangs- oder Bannmühle). Auch konnte der Landesherr durch das ihm zustehende Recht seine Mühlen als Lehen vergeben (12), wie es nachweisbar bei der Raerener Mühle der Fall war. (s. Abschn. Raerener Mühle).

Die Lehnnehmer bewirtschafteten die Mühlen meist nicht selbst, sondern sie überließen sie Müllern zu Erbpacht. Die Lehnsnahme oder das Eigentum einer Mühle kann also als zusätzliche Einnahmequelle aus einem der frühesten Industriezweige betrachtet werden.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß nach der Erfindung der Dampfmaschine viele Mühlen auf Dampfkraft umstellten (auch in Raeren), um so vom Wasser unabhängig zu werden. Viele der späteren Fabriken sind aus den Mühlen hervorgegangen. Sie behielten oft noch bis in unsere Zeit das Wasserrad, benutzten aber für wasserarme Zeiten auch oft Diesel- oder Elektromotoren.

In den nachfolgenden Abschnitten werden -soweit bekannt- Einzelheiten über die Raerener Mühlen aufgeführt, wobei diese Angaben keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

1. Raerener Mühle (12)

Die Raerener Mühle lag an einem künstlich hergestellten Seitenarm des Periolbaches in unmittelbarer Nähe von Haus Raeren, das auch wegen seiner langjährigen Bewohner Haus Schwartzenberg genannt wird. Die Mühle wurde kraft des ihm zustehenden Mühlenregals vom Herzog von Limburg als Lehen vergeben. Im Gegensatz dazu war Haus Raeren ein Lehen des Aachener Marienstiftes, das in der Bank Walhorn die Lehnsherrschaft über lehnsrührige Güter besaß.

In einer Urkunde vom 27. März 1572 steht vermerkt, daß der Joncker Peter Swartzenberch und der Prior des Klosters Brandenburg, dieser im Auftrag des Konvents handelnd, einen Erbwechsel vorgenommen haben. Peter Swartzenberch erhielt dabei u.a. drei Morgen und sechs Ruten Land, die der Konvent zwischen Haus Raeren und "Schwartzenbergs Erb" liegen hatte. Dagegen übertrug der Joncker Peter Swartzenberch dem Konvent über vier Morgen Wiesen hinter dem Bongart "tzege dye moelen, dye joncker Swartzenberch van drossent end scheffen ouys der gemeynde gegolden haet"(13).

Es geht aus dem vorgenannten Text nicht eindeutig hervor, ob der Jonker Peter Swartzenberch die vier Morgen Wiesen oder die Mühle von der Gemeinde gekauft hat. Jedenfalls war die Mühle um diese Zeit in seinem Besitz (13a). Nachfolgend weitere bekannte Daten von der Raerener Mühle:

1607 Jan. 11.(14)

Nach dem Ableben des vorgenannten Peter von Schwartzenberg erhält sein noch minderjähriger Sohn Wilhelm die Mühle als Lehen des Herzogs von Limburg.

Es ist nicht urkundlich belegt, hat aber den Anschein, daß die Mühle später an einen Neffen des Peter von Schwartzenberg ging (Wilhelm von Schwartzenberg oo Elisabeth Bock), der im Jahre 1608 auch Haus Raeren erhielt. Überhaupt scheint es in der Folgezeit so gewesen zu sein, daß der Besitzer von Haus Raeren auch die herzogliche Lehnsmühle bekam.

1649 Juli 11. (15)

Vom Sohn des vorgenannten Wilhem, der auch Wilhelm hieß und der vermutlich kinderlos war, kam die Mühle 1649 urkundlich an den Nef-

fen des Letztgenannten. Es war Johann Wilhelm von Schwartzenberg (oo Anna Maria von Belven), der am 5. Februar 1649 auch Haus Raeren relevierte (16).

1672 April 28. (17)

Der Sohn Johann Heinrich des vorgenannten Johann Wilhelm von Schwartzenberg erhält gemäß Urkunde die Raerener Mühle und zwei Jahre später auch Haus Raeren.

1679 (18)

Da der vorgenannte Johann Heinrich kinderlos war, kamen seine Güter über seine Schwester Anna Katharina, die mit Bertolf von Belven vermählt war, in andere Hände.

Über Maria Magdalena Bertolf von Belven, die mit Sigismund de Lamboy verheiratet war, kamen Anteile an die Kinder Engelbert Wilhelm und Johann Wilhelm Joseph de Lamboy.

1751 (?) Juni 10. (49)

Der erstgenannte Sohn, Engelbert Wilhelm de Lamboy, verkaufte die Raerener Mühle dem Aachener Kanoniker Niclas Jaques Smets.

1758 Sept. 9. (20)

Der Aachener Kanoniker Smets verkauft die Mühle an Niclas Coemoet für 2067 Maastrichter Gulden.

1772 Dez. 26. (20)

Niclas Coemoet stellt seine Mühle als Sicherheit für die Weiterführung eines Prozesses gegen Matthis Crott.

Bei der Urkunde von 1772 handelt es sich wahrscheinlich um einen Prozeß, den die Eigentümer der Raerener Mühle und der Blarmühle gegen den Müller der oberhalb gelegenen Botzer Mühle wegen der Wasserverhältnisse führten.

1810 (21)

Als steuerpflichtig für die Raerener Mühle werden die Wwe. Niclas Comouth und Johann Radermacher genannt.

1858 Okt. 8. (22)

Die Müller Peter Nikolaus Radermacher und Wilhelm Creutz, beide Gerber zu Raeren-Mühle, erhalten die Konzession für eine Dampfmaschine von 6 Pferdekraft.

Aus der Fruchtmühle war also eine Gerberei geworden, die allerdings heute nicht mehr besteht.

2. Blar- oder Lohmühle

Die Raerener Blarmühle, auch Lohmühle genannt, lag auch an einem künstlich angelegten Seitenarm des Periolbaches.

Mitte des 17. Jahrhunderts wird als Eigentümer der Lohmühle der Rittmeister Johann Heinrich von Schwartzenberg genannt (23), der mit Maria Katharina Eys von Beusdael vermählt war. Johann Heinrich, der 1638 als Rittmeister a. D. erwähnt wird (24), verstarb im Jahre 1662. Seinen Wohnsitz hatte er auf dem Weijerhof bei Vaalsbroek (Gemeinde Vaals).



An der früheren "adligen" Raerener Mühle gegenüber Haus Raeren

Vermutlich hat er die Lohmühle, die mit einem Hof "op de Botze" gekoppelt war, aus der Schwartzbergischen Erbmasse erhalten.

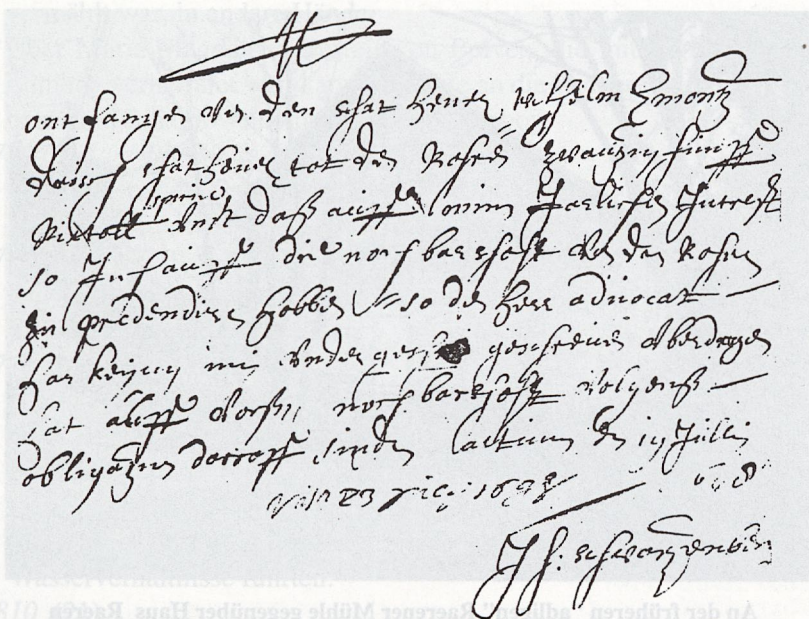
Nachdem in der Familienchronik vorübergehend nichts mehr von den vorgenannten Gütern vermeldet wird, erscheinen sie erst im Jahre 1740 wieder, und zwar im Teilungsvertrag beim Tode eines Enkels des Rittmeisters.

Der Enkel, der auch Johann Heinrich hieß und mit Anna Elisabeth Emonts verheiratet war, wurde 1656 geboren und verstarb 1740. Er bewohnte das besagte Gut "op de Botze" und wird die zugehörige Lohmühle wohl verpachtet haben.

Der Raerener Pastor Großmeyer legte im Jahre 1693 ein Einwohnerverzeichnis an und führte den Haushalt des Johann Heinrich wie folgt auf:

"Haus auf die Butze"

1. von Schwartzenberg Heinrich Herr Edelman, 37 Jahre
2. Frau Elisabeth geb. Emondts, 23 Jahre
3. Heinrich Herr Sohn, 9 Wochen
4. Mergen Magd aus Neudorf, 23 Jahre
5. Krott Gordt der Pferdeknecht, verh. 24 Jahre



ontfangen der dan gar hundert willkorn Emontz
 Driesch gar hundert das kassir gebauung fünf
 Driesch ant daß eigentümlich kassir gutrecht
 so fünfzig die noch barhaft das das kassir
 fünfzigend, Gobbis so der hundert adriacat
 das kassir im hundert eigentümlich gebauung
 hat alle das kassir noch barhaft eigentümlich
 obligatorisch driesch sind kassir eigentümlich
 19. 7. 1698
 J. H. Heinrich

Kopie eines eigenhändigen Schriftstückes des Johann Heinrich vom 19. Juli 1698, in dem er bestätigt, vom Schatzheber (Steuereinnahmer) Wilhelm Emontz-Driesch 25 Pistoleten (ursprünglich spanische Goldmünzen) erhalten zu haben (25)

Johann Heinrich hinterließ bei seinem Tode am 6. August 1740 Liegenschaften im Werte von 11.136 Maastrichter Gulden (1 Gulden war s.Zt. etwa 6 Mark), die in 6 Losen auf 6 Erben aufgeteilt wurden. Die Liegenschaften befanden sich vornehmlich im Gebiet von Raeren-Botz und Raeren-Neudorf.

Zu Los 1 gehörte die Neudorfer Mühle, von der im nächsten Abschnitt die Rede sein wird.

Zu Los 2, das an den Schwiegersohn Peter Havenith fiel, gehörten das Haus, die Bauten mit dem Betrieb und die Gerechtigkeiten unter Raeren auf dem Botze sowie der Kohlhof und der Garten neben dem Haus bis an den Mühlendeich (6 Morgen).

Zu Los 3, das an den Sohn Winand fiel, zählten u.a. die Lohmühle, unter dem vorgenannten Teilhof gelegen, mit dem Trockenhaus, dem Schuppen, dem Betrieb rundum, dem Wäldchen, dem Mühlenweiher, den Mühlendeichen, dem Bendchen hinter der Lohmühle und allen Rechten und Gerechtigkeiten der Lohmühle.

Es wurde ferner vereinbart, daß das 2. Los immer das Recht vom Überweg von und zur Lohmühle haben soll (26).

Die Lohmühle erhielt später der Schwiegersohn des Winand von Schwartzberg, Johann Joseph Schauff. Dessen Nachkomme Wilh. Joseph Schauff, der ledig war, stellte sie im Jahre 1865 der Allgemeinheit zur Verfügung.

Daraus entstand dann das heute noch bestehende Marienhospital zu Raeren (27).

Das Marienhospital wurde bereits 1870 als Kriegslazarett in Benutzung genommen (28).

Vielleicht sind in den Kernen der Altbauten des Marienhospitals noch Reste der Nebenbauten der Lohmühle oder des Hofes "op de Botze"



Marienhospital zu Raeren (nach einer alten Postkarte, ca. 1943)

enthalten. Die eigentliche Lohmühle soll s.Zt. abgerissen worden sein.

Es sei noch erwähnt, daß der Müller Wilhelm Joseph Schauff am 3. Mai 1860 die Konzession erhielt zum Betrieb der an der Lohmühle angelegten Frucht- und Lohdampfmaschine von 6 Pferdestärken (29).

In den Archiven "Limbourg" zu Lüttich befinden sich zwei Urkunden in französischer Sprache bezüglich der Lohmühle.

Interessant ist, daß in beiden Urkunden erwähnt wird, daß die Lohmühle am Iterbach liegt, obwohl sie vom Periolbach gespeist wurde (s. Einleitung).

Sinngemäß haben die beiden Urkunden folgenden Inhalt:

1) Archives du Limbourg, Liège. Registre 241, pag. 241. Winand von Schwartzenberg, wohnhaft zu Neudorf, Bank Walhorn, erlangt durch Akte von S.E. vom 9. März 1765 die Erlaubnis zur Errichtung einer neuen Lohmühle auf seinem eigenen Grund unterhalb der bestehenden Lohmühle am Iterbach.

Danach folgen Regelungen über die veränderten jährlich zu zahlenden Anerkennungsgebühren.

2) Archives du Limbourg, Liège. Registre 758, pag. 18. Eintragung vom 3. Februar 1770, W. von Schwartzenberg:

An die Herren Schatzmeister und Geschäftsführer der Staatsgüter und Finanzen S.M. der Kaiserin u. apostolischen Königin.

Winand von Schwartzenberg, Herzogtum Limburg, Bewohner zu Neudorf in der Bank Walhorn, zeigt mit gründlichem Respekt die Lohmühle an, was der frühere Kapitän Charlier, zurückgekehrter Rechtsnachfolger für Hämmer- und Eisenbetriebe, bestätigen ließ durch Herrn de Flamige von Raeren.

Die Einwohner sehen sich veranlaßt, die aus den Wäldern S.M. stammende Rinde (zur Herstellung von Lohe) in sehr großen Mengen im Land von Kornelimünster mahlen zu lassen, weil an der vom Anzeiger installierten Mühle am Iterbach die Wasserkraft für das einfache Rad zu schwach ist.

Um der Nachteile willen (Transport, Verspätungen, Preise) besteht ein berechtigtes Interesse der Einwohner, Abhilfe zu schaffen.

Der Anzeiger, der bereits eine zweite Lohmühle unterhalb seiner ersten errichtet hat, nimmt nun demütig Zuflucht zu den erlauchten Herren

und teilt diesen mit, daß zur besseren Wirkung ein Damm für die Wasser-
rinne erforderlich war.

Er will den Anlieger Mathis Grocht angemessen nach den Gesetzen
von Walhorn entschädigen und auch der Behörde S.M. die jährliche An-
erkennung von einem Kapaun (verschnittener und gemästeter Hahn) zu-
kommen lassen.

3. Neudorfer Mühle

Die Neudorfer Mühle lag an einem künstlich hergestellten Seitenarm
des Iterbaches. Die Reste der Mühle sind heute noch in dem Haus Raeren,
Pfaustraße 5, enthalten. Auch Reste des Mühlenweiher, der Dämme und
Deiche sind noch im Gelände hinter der ehemaligen Mühle zu erkennen.

Nach den Notarialakten gehörte die Mühle vor 1740 dem Johann Hein-
rich von Schwartzenberg (oo Anna Elisabeth Emonts). Wie sie in seinen
Besitz kam, ist nicht bekannt. Vielleicht hat er sie käuflich erworben oder
von Seiten seiner Frau geerbt. Jedenfalls gehörte sie nach seinem Tode
am 6. August 1740 zum

1. Los der Erbmasse, das sein Sohn Johann Wilhelm von Schwart-
zenberg erhielt. Johann Wilhelm, der mit Maria Fischer vermählt war,
wurde im Jahre 1700 zu Raeren geboren und verstarb am 18. August
1782.

Nach den Notarialakten von 1740 gehörten zum Los 1:

Das Haus der Mahlmühle und das Gebäude mit dem Hof dahinter, der
Mühlenweiher, die Dämme und Deiche und alle zugehörigen Rechte und
Gerechtigkeiten, außerdem der Kohlhof vor der Mahlmühle . . (30).

Die Neudorfer Mühle kam vermutlich über den Sohn des Johann Wil-
helm, der auch Johann Heinrich hieß, an seinen Enkel Johann Hubert
(*1756 +1809), der mit Anna Maria Zimmermann seit 1778 verheiratet
war. Als Beruf wird bei Johann Hubert Fuhrmann und Mühlenbesitzer
angegeben. Da die Mühle in der Pfaustraße bereits 1784 in anderen Hän-
den war, ist anzunehmen, daß er sie kurz nach seiner Heirat (für 4000
Gulden) veräußert hat.

Ein Notarialakt vom 22. Mai 1784 besagt, daß Peter Gilles und sein
Schwiegervater Niclas Pelser von Leonard Römer die Leihsumme von
4000 Gulden für den Kauf der Neudorfer Mühle erhalten (31).

Um 1824 ist die Mühle im Besitz der Familie Radermacher, die 1836
(Schlußstein über der Tür) nach einem Brand einen Wiederaufbau vor-
nahm.

Der Schlußstein besagt:

LR	
AJ	DH
1836	

Leonard Radermacher
= Anna Jonas / De Harenne
1836

Gegen 1896 übernahm der Bäcker und Müller Nikolaus Mennicken die Mühle, ein Vorfahre der Eigentümer, die das Haus noch bis in unsere Zeit bewohnten.



Im Hintergrund die frühere Neudorfer Mühle am Iterbach

Die Mühle, die ein überschlägiges Holzrad und später einen zusätzlichen Elektromotor besaß, wurde nach dem Ersten Weltkrieg stillgelegt.

Ein Mühlstein und eine Stelle am Haus, wo das Mühlrad angebracht war, erinnerten noch 1967 an die Neudorfer Mühle (31).

Vor einigen Jahren wußte die Eigentümerin des Hauses Pfaustraße 5 zu erzählen, daß sie das Mühlrad noch gesehen und daß ihr Vater den Mühlengraben zugeschüttet habe.

Die Eigentümer des Nachfolge- oder Erweiterungsbaues der Neudorfer Mühle (Pfaustraße 5) besitzen noch Notarialurkunden aus den Jahren 1784, 1824, 1840, 1853, 1860 und 1880, aus denen immer wieder hervorgeht, daß die Mühle von "von Schwarzenberg" her stammt, bzw. auf "Schwarzenberg" liegt.

4. Botzer Mühle

Die Botzer Mühle lag an einem Flurstück, das sich "Iter" nennt, weshalb sie auch oft Itermühle genannt wurde, obwohl sie eindeutig vom Periolbach gespeist wurde.



Ein schöner Neubau am Ufer des Weihers bei der Botzer Mühle

Die Mühle, die eine Fruchtmühle war, wird bereits in den Aufzeichnungen von 1670 erwähnt (32).

In den Listen der steuerpflichtigen Gewerbe von 1810 erscheint sie bereits als im Besitz der Familie Crott. Auch Quix erwähnt sie im Jahre 1837 als Fruchtmühle.

In einer alten Karte von ca. 1925 wird die Mühle noch als Itermühle bezeichnet (33).

Aus der Mühle, die anscheinend immer im Besitz der Familie Crott blieb, entwickelte sich später ein Transportunternehmen. Heute erinnert noch der Mühlenweiher, an dessen Ufer sich ein schöner Neubau befindet, an den früheren Mühlenbetrieb.

5. Neumühle (nach Peter Bertram) (34)

Die Neumühle liegt in Raeren an der Mühlenstraße. Sie wird bereits 1670 und 1837 in den Unterlagen erwähnt.



Die Neumühle an der Mühlenstraße

Der Vater des Eigentümers, Hermann Schumacher, kaufte die Mühle etwa 1902 von seinem Schwiegervater Peter Simon Radermacher. In der Mühle, die noch mit drei Mehlstühlen betriebsbereit ist, wurde 1947 das vorherige Holzrad durch ein Eisenrad von 4 Metern Durchmesser ersetzt, das sich im Innern der Mühle befindet und eine Kraft von 12 bis 15 PS entwickeln kann.

Bei wasserarmen Zeiten konnte die Mühle auch durch einen zusätzlichen Dieselmotor angetrieben werden.

Früher war die Neumühle auch eine Öl- und Lohmühle. Die Mühle, die in letzter Zeit hauptsächlich Fruchtmühle war, stellte ihren Betrieb wegen zu geringer Nachfrage ein.

Am Wohnhaus befinden sich folgende Maueranker: ISABR.

6. Brandenburger Mühle (nach Peter Bertram) (35)

Die frühere Brandenburger Mühle liegt in Aachen-Sief (früher Raeren-Sief) in unmittelbarer Nähe des ehemaligen Klosters Brandenburg (Aachen, Raerener Straße 735-739).

Die Mühle, die vom Itebach mit Wasser versorgt wurde, wird bereits in den Aufzeichnungen des Jahres 1670 erwähnt, und sie erscheint 1810 als Öl- und 1837 als Frucht-, Öl- und Lohmühle.

Die Mühle gehörte bis zu dessen Aufhebung im Jahre 1784 dem Kloster Brandenburg und wurde 1789 an die Familie Ahn verkauft. Über der Eingangstür zur eigentlichen Mühle an der Hofseite befindet sich noch ein Stein mit folgender Inschrift:

REVERENDUS DOMINUS
FRATER NICOLA . VS DE HESSEL



HUIUS DOMUS PRIOR MERCURA
VITAE DIE ICARI AO 1704

Danach waren schlechte Zeiten in Raeren, so daß der Chronist berichtet: "... es ist soweit in Raeren allhier gekommen, daß, da dem Laurenz Ahn zu Brandenburg ein Pferd Mai 1817 krepirt ist, de arme Leute das ganze Pferd weggeholt und gegessen haben ..." (36). Wie die späteren Eigentümer (Familie Kerres) von ihren Vorfahren gehört hatten, war die

Mühle noch bis ca. 1870 in Betrieb. Frau Kerres erinnerte sich noch, daß im Jahre 1926 die Mühlsteine und demzufolge wohl auch die Mahlgänge ausgebaut worden sind, während das Rad zu dieser Zeit schon nicht mehr vorhanden war. Die Mühle erhielt ihr Wasser von einem nordwärts des ehemaligen Klosters gelegenen Teich, von dem aus ein Mühlengraben in Richtung Mühle verlief. Das letzte Stück des Mühlengrabens war kanalisiert, ehe es sich auf das Mühlrad (wahrscheinlich überschlägig) ergoß. Die Eigentümer wußten zu berichten, daß während des Zweiten Weltkrieges beim Einmarsch der Amerikaner in dem Kanal, der mit ca. zwei Metern Erde überdeckt war, 34 Personen Schutz gesucht haben.

Nach dem Einwohnerverzeichnis aus dem Jahre 1693 des Raerener Pfarrers Großmeyer wohnten damals in der Lohmühle neben dem Kloster Brandenburg:



Die Mühlradseite der früheren Brandenburger Mühle

Jan Komoth, Lohmüller und Landwirt, 48 Jahre -; seine Frau Christine Zimmermann, 36 Jahre -; Jan, ihr Sohn -; Cäcilia Münch aus dem Münsterland, Magd, und Leonard Zimmermann, Schafhirt (36a).

7. Itermühle (Fabrik Mariental)

Es ist nicht sicher, ob die bei Wirtz genannte Itermühle die Vorgängerin der Fabrik Mariental war, aber bei der Zuordnung der Namen bleibt nur die Fabrik Mariental übrig, die auch bereits im Tranchotplan (1803-1820) als Mühle aufgeführt ist.

Die frühere Filzfabrik (von Bossbach und Klein) liegt in Aachen-Sief (früher Raeren-Sief) hart an der deutsch-belgischen Grenze zwischen dem Mühlenteich und dem Iterbach am Marientalweg. Nachfolgend die Notizen über ein Gespräch, das Herr Peter Bertram am 16.08.1965 mit Herrn Bossbach führte: (37)

"Die Wassergerechtsame soll aus der Zeit Maria-Theresias stammen. Zuerst war hier eine Eisenhütte, wovon auch der Flurnamen "An der Hütt" zeugt, den das Gelände der Fabrik führt. Außerdem nennt die Fabrik sich auch Mariental (38).

1913 richteten die Brüder (Wilhelm und Oskar) Bossbach hier eine Filzfabrik ein. Bis dahin arbeitete hier die Lohnweberei Müllenmeister und Legewi, die auch Eigentümerin des Gebäudes war. Die Bossbachs übernahmen das ca. acht Meter im Durchmesser große Eisenrad mit Eisenschaufeln, das von Prof. Intze von der TH Aachen projektiert war (ca. 5 m Gefälle). Es wurde dann durch zwei Turbinen ersetzt, die heute (1965) noch in Betrieb sind. (Das Rad war bis ca. 1918 in Betrieb).

Die Fabrik besitzt zwei Stauweiher. Der oberste liegt etwa 500 m oberhalb der Fabrik auf belgischem Gebiet und hat eine Fläche von ca. drei Morgen. Dieser Weiher, der vor dem Zweiten Weltkrieg Eigentum der Firma Bossbach war, wurde nach dem Kriege von Belgien beschlagnahmt und für 10 000 DM wieder an die Firma verkauft.

Der zweite Weiher liegt westlich der Fabriksgebäude. In dem Weiher sind am nördlichen Ende zwei hölzerne Waschmaschinenwalzen von ca. zwei Metern Länge- und 50 cm Durchmesser.

Der Mühlenteich beginnt ca. 700 m oberhalb der Fabrik auf belgischem Gebiet und mündet ca. 30 m nordöstlich der Fabrik in die Iter. Während des Zweiten Weltkrieges hatte die Fabrik ca. 250 amerikanische Soldaten mit ihren Offizieren als Einquartierung.

Nach dem Kriege trennten sich die Brüder Bossbach. Der jüngere (Oskar) zog nach Aachen in die Filzfabrik, die ehemals zu den

Rotbendenmühlen in Aachen-Burtscheid gehörte, wo er noch 1965 die Filzfabrik betreibt.



An der früheren Fabrik Mariental

Die Fabriks- und Wohngebäude der Filzfabrik Mariental sind aus dem heimischen Kohlekalkstein, hier Blaustein genannt, erbaut. An dem Fabriksgebäude ist an der Südwestecke in ca. 1,50 m Höhe ein großer Blaustein eingemauert, in dem die Jahreszahl 1760 eingeschlagen ist. Wahrscheinlich ist also um diese Zeit das Gebäude errichtet worden. Das nordwestlich an das Wohnhaus anschließende Gebäude war früher eine Tuchtrockenhalle."

Zur Fabrik Mariental schreibt Jeuckens:

"1913 stellte die Tuchfabrik, die früher bis zu 100 Webstühle laufen hatte, ihren Betrieb ganz ein und verpachtete ihr Gebäude an eine Filztuchfabrik"(39).

Die Filzfabrik wurde inzwischen aufgegeben und die Gebäude befinden sich in Privathand.

Zum Ursprung des Namens Mariental sagte am 20.10.1974 der damals 87-jährige Besitzer der dortigen Filzfabrik Wilhelm Bossbach (+ 31.10.74) folgendes:

"Die Frau meines Vorgängers (Müllenneister) trug den Vornamen Maria. Ihr zu Ehren soll er diese Ecke Mariental genannt haben" (39 a).

8. Walkmühle und Spinnerei

Die Lage der bei Quix im Jahre 1837 genannten Walkmühle, die zugleich eine Spinnmaschine war, ist nicht ganz sicher. Es könnte sich um die gegenüber der Botzer Mühle gelegenen Anlage gehandelt haben, aus der dann später die Spinnerei Kriescher entstanden ist, obwohl in der Tranchotkarte von 1803-1820 an dieser Stelle noch keine Gebäude eingetragen sind.

Es ist auch möglich, daß sich die bei Quix genannte Walkmühle mit Spinnerei in der Fabrik Mariental (in der Tranchotkarte als Moulin eingetragen) befunden hat, weil diese Mühlenanlage bei Quix nicht namentlich erwähnt wird.

Wie dem auch sei, die Spinnerei gegenüber der alten Botzer Mühle hat längst ihren Betrieb eingestellt, und es ist nicht mehr viel davon übriggeblieben.



An der früheren Spinnerei auf "Iter" gegenüber der Botzer Mühle

9. Alte Mühle (40)

Im Lehnregister der Propsteilichen Mannkammer des Aachener Marienstiftes wird am 13. Oktober 1473 ein Bend, genannt "die Alte Mühle" erwähnt. An anderer Stelle wird sie Karsillis-Mühle genannt. Die Mühle, die m.E. zu dieser Zeit schon vergänglich war, hat wohl zwischen Neudorf und Titfeld am Iterbach gelegen.

Im Jahre 1464 wird ein Karsillis von Hauset, gen. von dem Raeren, als Miterbe des Hofes zu Titfeld erwähnt.

Die Alte Mühle lag vielleicht in der Nähe des Hofes Titfeld, war diesem ankeblig und erlitt wie der Hof das gleiche Schicksal eines frühen Zerfalls (41).

Anmerkungen

1. Jans: Eine kleine Mühlenkunde. Gifhorn 1985. S. 3
2. Jans, a.a.O., S. 15
3. Wirtz: Eupener Land. Berlin 1936. S. 33
4. von Coels: Die Lehnregister der Propsteilichen Mannkammer des Aachener Marienstiftes. Bonn 1952. S. 607
5. Wirtz, a.a.O., S. 33
6. Das Aachener Marienstift hatte in der Bank Walhorn, wozu Raeren gehörte, die Lehnsherrschaft über fast alle größeren Güter.
7. Lohe wurde aus Eichenrinde gewonnen und für das Gerben von Leder verwandt.
8. Wirtz, a.a.O., S. 67
9. Quix: Kreis Eupen. Aachen 1837. S. 127
- 9a. v. Coels, a.a.O. 5. 633
- 9b. Zu Iter bzw. Periolbach: Iter/Itter- = "itera" u.ä. soll aus dem Keltischen kommen und "schnellströmendes Wasser" bedeuten (s. Kohnemann, Die Flurnamen des Walhorner Landes, S. 270 f). Daher kommt dieser Gewässername auch häufig in Deutschland und im übrigen Europa vor. Ob nun früher die Iter oder der Periolbach oder evtl. auch beide als Iter bezeichnet wurden, ist nicht mehr feststellbar. Die Flur Iter hat ihren Namen offenbar von dem dort vorbeifließenden Bach erhalten; ergo müßte dieser Bach (= der Periolbach) früher "Iter" genannt worden sein. (Freundl. Mitteilung von Herrn Peter Bertram, Vaals)
10. von Coels: Die Bäche und Mühlen im Aachener Reich. ZAGV 79/1958. S. 12
11. Gielen: Raeren. Eupen 1967. S. 113
12. vergl. "Im Göhlal" 54/1994. S. 58 ff.
13. Staatsarchiv Eupen. Gudungsbücher Walhorn Nr. 4, pag. 24
- 13a. Nach Peter Bertram ist unter "gemeinde" nicht der heutige Begriff "Gemeinde" zu verstehen, sondern Allmende, d.h. die der Allgemeinheit gehörenden Liegenschaften. Auch sei es unwahrscheinlich, daß eine Mühle der Gemeinde gehört hätte.
14. Cour feudale 4. Arch. Limb. Liege, pag. 43
15. ebenda 6, pag. 11
16. v. Coels, Lehnregister. S. 614

17. Cour féodale 6. Arch. Limb. Liege, pag. 105
18. v. Coels, a.a.O., S. 615
19. "Im Göhlthal" 46/1990. S. 46
20. v. Coels, a.a.O., S. 597
21. Wirtz, a.a.O., S. 67
22. Gielen, a.a.O., S. 114
23. v. Coels, a.a.O., S. 204 u. 454
24. Quix, a.a.O., S. 156
25. Familienarchiv Bernard v. Schwartzberg
26. Notarialakten des Notars L.W. Mennicken vom 14.12.1740 (Übersetzung Bernard v. Schwartzberg)
27. Gielen, a.a.O., S. 145
28. Jeuckens: Eupener Land und Volk im Wandel der Zeiten. Aachen 1935. S. 208
29. Gielen, a.a.O., S. 114
30. wie Anmerk. 26
31. Freundl. Mitteilung von Herrn Peter Bertram, Vaals
32. Wirtz, a.a.O., S. 33
33. Pharos-Wanderkarte der Umgebung von Aachen (etwa 1925)
34. Die Ausführungen basieren auf Gespräche, die Herr Peter Bertram, Vaals, am 10.02.1967 und am 09.04.1991 mit Herrn Schumacher führte.
35. Die Ausführungen basieren hauptsächlich auf ein Gespräch, das Herr Peter Bertram, Vaals, am 16.08.1965 mit Familie Kerres führte.
36. Wirtz, a.a.O., S. 71/72
- 36a. Gielen: Zwischen Aachener Wald und Münsterwald. Eupen 1975. S. 104
37. Danken möchte ich Herrn Peter Bertram, Vaals, der mir diese sowie die anderen Notizen über die Raerener Mühlen freundlicherweise überließ.
38. Michel Kohnemann schreibt in seiner Arbeit: "Die Flurnamen des Walhoner Landes", Band 1 und 2, Löwen 1961, daß die Wiese und Fabrik zu Raeren-Mariental 1777 "Fourneau", von 1826-1937 "an der Hütt" und auch "Hütte" genannt wurde. Er vermutet wohl Eisenhüttenwerke (S. 266 unter 1025).
Der Mühlendeich zu Raeren-Mariental wurde schon 1625 erwähnt (S. 388 unter 1639) (Angaben P. Bertram).
39. Jeuckens, a.a.O., S. 208
- 39a. Gielen, a.a.O., S. 96
40. v. Coels, a.a.O., S. 607 u. 639
41. Quix, a.a.O., S. 133

- Fotos vom Verfasser -

An einer Quelle

von Hans Bahrs

Ein Bergpfad.-
Tausend and're gibt es.
Sie führen nicht hierher.
Ich beuge mich beglückt
hinab zur Quelle,
die hier entspringt.
Der Spalt im Fels gibt -
unbemerkt den flücht'gen Augen -
hörst du es nicht? -
mit einem Jauchzer fast
der Quelle ihren freien Lauf.
Ein dünner Strahl nur
schießt hinab.
Das Rinnsal hier
gesellt sich rasch zu and'ren,
wird ein Bach dort unten,
später wohl ein Fluß,
der rauscht dahin,
bis er das Weltmeer findet.

10. von Coels: Die Bäche und Mühlen im Aachener Reich. ZAGV 79/1958, S. 12

11. Gielen: Rachen. Eupen 1967, S. 113

12. vergl. "Im Göhlal" 54/1994, S. 58 ff.

13. Staatsarchiv Eupen. Godungsbücher Walhorn Nr. 4, pag. 24

13a. Nach Peter Bertram ist unter "gemeinde" nicht der heutige Begriff "Gemeinde" zu verstehen, sondern Allmende, d.h. als der der Allgemeinheit gehörenden Liegenschaften. Auch sei es unwahrscheinlich, daß eine Mühle der Gemeinde gehört hätte.

14. Cour féodale 4. Arch. Limb. Liege, pag. 43

15. ebenda 6, pag. 11

16. v. Coels, Lehnregister, S. 614

Neutral-Moresnet im preußischen Abgeordnetenhaus

von Alfred Bertha

Bei der Grenzziehung zwischen den Niederlanden und Preußen im Jahre 1816 hatten sich die beiden Staaten bekanntlich über den definitiven Verlauf der Grenze im Gebiet von Kelmis nicht einigen können und die Regelung dieses Problems auf später verschoben. Das dadurch geschaffene Provisorium "Neutral-Moresnet" entwickelte sich dank der Zinkgewinnung und -verhüttung im Laufe des vorigen Jahrhunderts zu einem beachtlichen Gemeinwesen, dessen Einwohnerzahlen von ursprünglich etwa 250 auf 4.668 im Jahre 1914 anstiegen.

Nach 1872 häuften sich die belgisch-preußischen Kontakte im Hinblick auf eine Lösung des schon lange schwebenden Problems, doch zu einer Einigung konnten die beiden Staaten nicht finden.

Einer der Lösungsvorschläge der Neutral-Moresneter Frage ging vom Eupener Bürgermeister **Theodor Mooren** aus, der seinen Wahlkreis auch als Abgeordneter im Berliner Reichstag vertrat⁽¹⁾.

Eine erste Redemeldung Moorens vor dem Berliner Abgeordnetenhaus soll es 1895 gegeben haben, doch wird sie in der hiesigen Presse nicht erwähnt. Dafür berichten sowohl das *'Freie Wort'*, wie das *'Korrespondenzblatt'* um so ausführlicher über die Interventionen des Eupener Abgeordneten in den Jahren 1897 und 1898.

Gelegenheit zu einer solchen Intervention bot alljährlich die Haushaltsdebatte, und besonders die Vorlage des Budgets des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.

Am 12. Februar 1897 brachte Mooren in dem Zusammenhang das Thema Neutral-Moresnet zur Sprache und führte unter anderem aus:

"Wenn uns der Herr Vorredner nach dem Osten geführt und dort, ich wiederhole, eine ernste Sonde angelegt hat, so darf ich Sie jetzt mal der Abwechslung wegen nach dem Westen führen. Wir haben dort nahe der Kaiserstadt Aachen und der Kreisstadt Eupen ein Gebilde, welches ganz eigentümlich in seiner Art erscheint. Man hat es scherzhaft mit San Marino und Andorra verglichen; indessen, es ist keine Republik, sondern eine der Aegide zweier Kommissare - des Landrats von Eupen und des Arrondissementskommissars von Verviers - zugleich unterstellte

monarchische Landgemeinde, die dem belgischen Löwen und dem preußischen Adler gemeinsam gehört ...

Ursprünglich gehörte diese Herrlichkeit, man kann sie am besten als Doppelsouveränität bezeichnen, - Neutral-Moresnet ist ihr Name - zur österreichisch-burgundischen Herrschaft und hat nach dem Sturze des ersten französischen Kaiserreiches durch eine leider unzureichende Bestimmung in den Wiener Kongreßakten, - wir wissen ja, daß die Panik der 100 Tage dort manche Unsicherheit begünstigte und eine große Rolle spielte -, keine definitive Zuteilung gefunden. Alles blieb in suspenso! Damals glaubte jede beteiligte Regierung - die holländische wie die preußische - daß sie eigentlich die Souveränität in dieser merkwürdigen Schöpfung zu handhaben habe ... Oft sind zwischen beiden Regierungen Verhandlungen angeknüpft worden, um das Verhältnis in der einen oder anderen Weise klarzustellen. Indessen, die Schwierigkeiten waren sehr groß und man konnte sich nicht einigen, weil es sich zugleich und hauptsächlich um ein wichtiges Galmeibergwerk handelte: die bekannte Vieille Montagne, welche, - meist französischen und belgischen Aktionären gehörig - dort mächtige Felder und ausgedehnte Bergwerkskonzessionen besitzt ...

Im Jahre 1815 zählte die kleine Exklave circa 250 Seelen. Infolge des wachsenden bergmännischen Betriebes ist die Einwohnerzahl mittlerweile auf circa 4.000 gestiegen.

Nun fragt man, welcher Macht gehört dieses merkwürdige Gebilde im staatsrechtlichen Sinne an? Meine Herren, es handelt sich um ein Territorium, das einen gemeinsamen Bestandteil der beiden Kronen von Belgien und Preußen bildet. Und doch sind Einwanderungen aus Preußen und Belgien, die sonst sehr nahe lägen, schon um dem Militärzwang zu entgehen, seit einigen Dezennien nicht mehr gestattet. Es herrscht, - und darauf erlaube ich mir, die Ministerbank besonders aufmerksam zu machen - dort eine Rechts-Verwirrung sondergleichen. Die Kommunalbehörden werden von den beiden Landeskommissaren in Verviers und Eupen ernannt. Die Disziplin dagegen ressortiert lediglich von der Königlichen Regierung zu Aachen. Nun erst in bezug auf die Justizverwaltung! Dort liegen Verhältnisse vor, die wirklich jeder Beschreibung spotten! ... Zwei Hypothekenämter waren, wenigstens früher, - ich glaube, es ist noch so der Fall - zuständig.

Waren dürfen zollfrei eingeführt, aber nicht zollfrei ausgeführt werden. Ist das kein Unikum im staatsrechtlichen Sinne? Und wie erst bezüglich des kommunalen Gebietes von Kirche, Schule und Armenpflege!

Ich glaube, keine Unbescheidenheit zu begehen, wenn ich hier öffentlich ausführe, daß nach einer Mitteilung eines beteiligten Kommissars hier die allergrößten Schwierigkeiten bei der Handhabung des Schulzwanges, bei der Anstellung und noch mehr bei der Pensionierung von Lehrpersonen eintreten. Meine Herren, auch insofern eine Oase, als in derselben gar keine Pensionsberechtigung für Lehrpersonen und Beamte besteht. Sie begreifen also, daß die Lust für Bewerber, sich dorthin versetzen zu lassen, nur sehr schwach sein kann.

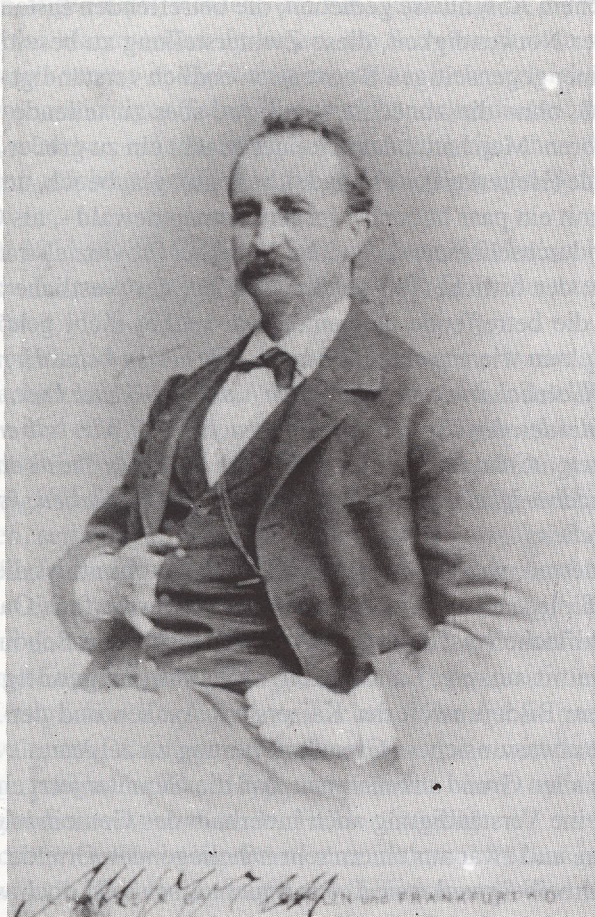
Nun wird man sagen: "Ja, wenn die Verhältnisse so abnorm liegen, weshalb haben sich dann in irgend einer Weise Preußen und Belgien, die allein in Betracht kommen, noch immer nicht geeinigt?" Ja, meine Herren, vor einigen Jahren waren die Verhandlungen anscheinend ungefähr zu glücklichem Abschlusse gediehen; die betreffenden Instanzen hatten sich von der Notwendigkeit, diese Zwitterstellung zu beseitigen, überzeugt, in einer gegenseitigen Konvention endlich verständigt - indessen, wie es hieß, ohne die zunächst beteiligte, aber zu teilende Gemeinde selbst zu hören. Man hatte, damit keiner Macht ein zu großer Länderzuwachs werde (Heiterkeit), - es handelt sich nur, glaube ich, um circa 300 ha Fläche mit ein paar hundert Morgen Gemeindewald -, als Grenzlinie die den Ort durchschneidende Aachen-Lütticher Provinzialstraße gewählt und gesagt: der östliche Teil gehöre Belgien, der westliche aber Preußen. Aber die betreffende Gemeinde war vorher nicht gehört worden und erklärte nun wie aus einem Munde: *„Wir bilden keine Herde Schafe, die man willkürlich trennen kann, auch haben wir keine Lust, uns diesen tiefeinschneidenden Bestimmungen zu fügen! Wir haben seit der fränkischen Gauverfassung eine mehr als tausendjährige Zusammengehörigkeit aufzuweisen und müssen wünschen, es dabei belassen zu sehen.“*

Meine Herren, worauf es in diesem Falle ankommt, ist die Notwendigkeit, daß diese einer Doppelsouveränität unterworfenen Oase endlich von der Bildfläche verschwinden möge, auch schon aus Schönheitsrückichten, damit unsere Landkarten nicht länger genötigt sind, in getreulichem Bilde unweit der Kaiserstadt Aachen und der Kreisstadt Eupen eine etwas unsichere Grenzkolorierung zu zeigen ...

Ich habe allen Grund anzunehmen, daß die Gemüter jetzt eher geneigt sind, dort eine Verständigung auch innerhalb des Gemeindelebens herbeizuführen, und zwar aus einem sehr naheliegenden Grunde: die früher reichen Galmeibergwerke sind, wenn nicht erschöpft, doch wenigstens

sehr zurückgegangen; ein erheblicher Zuzug aus benachbarten Landesteilen, wie er früher dort zu verzeichnen war, findet nicht mehr statt.

Meine Herren, das kleine Eldorado ist auch insofern glücklich gestellt, als es bis jetzt nur die veralteten, unbedeutenden Staatssteuern kennt, wie sie im Jahre 1815 bestanden und zwischen beiden Regierungen brüderlich geteilt werden. Dafür kennt man in Neutral-Moresnet auch nicht einmal das etwas zweifelhafte Vergnügen, Kommunalsteuern aufzubringen. Denn was immer für den kleinen Gemeindehaushalt gebraucht wird, das wird, so höre ich, in kulanter patriarchalischer Weise vereinbart zwischen den beiden Kommissaren und der Gesellschaft der Vieille Montagne, welche stets so freundlich ist, dann das Nötige innerhalb der unbedingt gezogenen Grenzen aus freien Stücken zu leisten.



Bürgermeister und Abgeordneter Th. Mooren

Meine Herren, ich darf Sie nicht länger mit diesem einzig dastehenden Gebilde behelligen. Aber der Überzeugung möchte ich doch bei dieser Veranlassung Ausdruck verleihen, daß es - abgesehen von Gründen, die in der Anomalie liegen - auch wegen der bedenklichen Stagnation im öffentlichen Rechtsverfahren wirklich angezeigt ist, in geschickter Weise auch diese brennende Frage zu lösen, und zwar in einem Geiste zu lösen, daß die Gemeinde Neutral-Moresnet, die doch einen überlieferten wirtschaftlichen und ethischen Familienverband bildet und auf eine tausendjährige Geschichte mit berechtigter Befriedigung zurückweisen kann, nicht, wie früher projektiert war, willkürlich auseinander gerissen, sondern der einen oder anderen Landeshoheit, also entweder Belgien oder Preußen, als ein unteilbares lebensfähiges Ganzes bald definitiv zugewiesen werde." (Bravo im Zentrum).

Für die Regierung antwortete Oberregierungsrat von Knebel-Doeberitz, dem Ministerium seien die Verhältnisse in Neutral-Moresnet - "unerquicklich" nannte er sie - durchaus nicht unbekannt. Seit Jahren schwebten Verhandlungen über eine Teilung des Gebiets, ein genauer Teilungsvertrag sei hin- und hergegangen, es sei auch mehrfach hin und her verhandelt worden und zuletzt sei der Vertrag, nachdem über die wesentlichen Punkte ein Einverständnis erzielt worden sei, an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten zurückgegangen. Er könne im gegenwärtigen Augenblick keine bestimmten Mitteilungen darüber machen, in welchem Stadium sich die Sache augenblicklich befinde, glaube aber, da schon eine gewisse Zeit vergangen sei, die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß es nicht mehr allzu lange dauern werde, bis die Sache erledigt sei und diese ‚Oase‘ von der Landkarte verschwinde.

Die Reaktionen in Neutral-Moresnet

Die von Seiten des Regierungsvertreters abgegebene Erklärung, daß die ‚Oase‘ Neutral-Moresnet in nicht allzu ferner Zeit von der Landkarte verschwinden werde, schlug in Neutral-Moresnet wie eine Bombe ein. Schnell bildete sich ein provisorisches Bürgerkomitee, das zu einer Volksversammlung auf Sonntag, den 21. Februar 1897 in den Saal Meessen (Patronagestraße, neben dem "Eden") einlud.

Das ‚*Freie Wort*‘ vom 24. Februar 1897 berichtete über die Versammlung, der Saal des Hern Meessen sei zu klein gewesen, um all die Erschienenen zu fassen. Der Vorsitzende des provisorischen Komitees, Gemeinderatsmitglied Alois van Hauten, begrüßte die Anwesenden und

Aufruf !!!

Diejenigen Einwohner von Neutral-Moresnet, welche **gegen** das in der Sitzung des preussischen Landtages vom 12. Februar ausgesprochene Vorhaben bezüglich des neutralen Gebietes Stellung zu nehmen beabsichtigen, werden hierdurch zu einer

Versammlung

auf

Sonntag, 21. Februar,

nachmittags 4 Uhr,

im Saale des Hrn. Fritz **MEESSEN** hierselbst, ein-
geladen.

Neutral-Moresnet, den 19. Febr. 1897.

Das prov. Komitee.

"Aufruf" im Freien Wort vom 20.2.1897

erläuterte ihnen den Zweck der Versammlung: es solle eine Bittschrift an Seine Majestät den König der Belgier gerichtet werden. Darin solle der Wunsch ausgedrückt werden, das neutrale Gebiet als solches bestehen zu lassen oder aber, wenn die Beseitigung desselben unvermeidlich sei, es dann dem Königreich Belgien einzuverleiben. Für diese Worte bekam der Redner reichen Beifall.

Anschließend wurde das provisorische Komitee von den Anwesenden zum definitiven Komitee bestimmt, worauf Herr Harrus (ein Angestellter der Gesellschaft der Vieille Montagne) in einer längeren Rede die teilweise falschen Angaben des Abgeordneten Mooren widerlegte. Er zeigte die materiellen und politischen Vor- und Nachteile eines eventuellen Anschlusses an Preußen auf und forderte die Anwesenden auf, sich zahlreich in die aufliegenden Petitionslisten einzutragen.

Stürmischen Beifall erntete der Vorsitzende mit dem Vorschlag, durch ein Telegramm an den preussischen Innenminister Protest gegen die Beseitigung des neutralen Gebiets zu erheben. Das Telegramm wurde sofort entworfen und abgesandt.

Da keine weiteren Wortmeldungen folgten, konnte der Vorsitzende diese erste auf neutralem Gebiet abgehaltene Volksversammlung mit dem Wunsch schließen, sich am darauffolgenden Sonntag, nachmittags um 4 Uhr, im Lokal des Herrn Stammen erneut zu versammeln, um den Wortlaut der Petition an König Leopold II. zu begutachten und das Resultat der Unterschriftenaktion zu erfahren.

Ein Kelmiser, der es bedauerte, *„in diesem wichtigen Momente in fremdem Lande zu sein und somit nicht persönlich mit Rat und Tat für das liebe Kelmis auftreten zu können“*, rief seine Landsleute in einem Leserbrief auf, Versammlungen abzuhalten, Bittschriften zirkulieren zu lassen, so viele Unterschriften wie möglich zu sammeln. In jedem „gutgesinnten“ Wirtshaus sollten sie solche Listen auslegen. *„Nur ein Ruf soll von heute an in Kelmis erschallen: es lebe das neutrale Kelmis oder es lebe Belgien!“*

Die ‚Neutralen‘ bleiben wachsam

Die für den 28. Februar 1897 einberufene zweite Volksversammlung stieß bei den ‚Neutralen‘ auf ein noch lebhafteres Interesse als die vom Sonntag zuvor. Die an König Leopold II. gerichtete Bittschrift wurde den Erschienenen in französischer Sprache vorgelesen, dann übersetzt und ohne Widerspruch gutgeheißen. Sodann gab der Vorsitzende das Resultat der Unterschriftensammlung bekannt: 728 Personen hatten unterschrieben. Nach Abzug von 32 Frauen und Töchtern (!) blieben noch 696 Familienoberhäupter und erwachsene Söhne.

Neutrales Gebiet von Moresnet

Sonntag 28. cr., nachmittags 4 Uhr,

Versammlung

im Lokale Stammen zur Begutachtung der an Seine Majestät den König der Belgier abzusendenden Petition sowie Mitteilung des Erfolges der im Umlaufe sich befindenden Riffen.

Einladung zur Volksversammlung vom 28.2.1897

(das Lokal Stammen lag in der Vonsstraße, heute Bäckerei Simons)

Daraufhin nahm ein in Surdents (Stembert) ansässiger "Sohn des neutralen Landes", Rektor V. Sch. (= Victor Schoonbroodt), das Wort und ersuchte die Versammlung um energisches Vorgehen in der angeregten Sache.

Nachdem die Petition verfaßt, angenommen und abgeschickt war, sah das Komitee seine Aufgabe vorläufig als erledigt an. Nur wenn die Teilungsfrage in der belgischen Abgeordnetenkommission zur Diskussion

käme, wollte man einen erneuten Aufruf erlassen und sich an das Hohe Haus mit einer ähnlichen Petition wenden, die man dann von einigen Abgeordneten unterstützen lassen wollte. Die Versammlung wurde aufgehoben mit dem Ruf:

"Hoch Neutrales Gebiet!" und "Hoch Belgien!"

Die Initiative des Abgeordneten Mooren hatte also in Kelmis zu einer fast einhelligen Stellungnahme für die Beibehaltung des neutralen Status oder, falls unumgänglich, für den Anschluß an Belgien geführt.

Ein Leserbrief in der lokalen Presse mag abschließend noch einmal die allgemeine Stimmung in Neutral-Moresnet in diesem Frühjahr 1897 zusammenfassen:

"... Als die Worte des Herren Abgeordneten Mooren im preußischen Abgeordnetenhaus und die Erwiderung des Herrn Regierungsvertreters zu ihren Ohren kamen, wirkten dieselben wie ein Donnerschlag auf sie. Die Verwaltung unseres kleinen neutralen Gebiets liegt noch lange nicht in den letzten Zügen; unsere ‚Untertanen‘ beneiden nicht das Los der Bewohner der Nachbarländer und belästigen sie auch nicht im geringsten. Woher also auf einmal diese glühende Fürsorge, die man für uns empfindet?

Ah! Vielleicht, weil man um sich herum ein fast paradiesisches Gebiet sieht, das keine Schulden, keine zentralisierende Selbstherrschaft, keine mit allerlei Scherereien quälende Beamtenherrschaft, keine hohen Steuern, keine Armee, beinahe keine Polizei, keine politischen, religiösen oder sozialen Kämpfe hat, ein Gebiet, in welchem man sich nach vollbrachter Arbeit frisch, fromm, froh, frei einer herzlichen Munterkeit hingibt, mit einem Worte: ein Völkchen, das geschichtlich so wenig als möglich bekannt ist. Und warum will man diese beneidenswerte Anomalie beseitigen? Wir kennen eine Menge von Gemeinden, die gerne eine solche ‚Anomalie‘ bei sich eingeführt sähen.

Es scheint, daß man sich in Kelmis zu sehr vergnügt. Nehmen wir an, es sei so. Wenn nun aber unsere Vergnügungen nicht zur Armut und ins Elend führen, wie man dies leider bei Nachbarstaaten bemerken kann, die doch auf die denkbar strengste Weise regiert werden, wenn wir uns auf anständige Weise vergnügen, was haben dann unsere Nachbarn auszusetzen?

Unsere Gemeindeverwaltung sieht streng auf den guten Ruf ihres Gebietes und läßt ihr Kelmis nicht auf einen Sammelplatz von verrufenen Häusern und Kneipen herabsinken.

Die Wirte zahlen eine hohe Steuer. Bei jedem Konzerte, bei jedem Balle, bei irgend welcher Festlichkeit muß ein Tribut, und zwar ein bedeutender, an die Gemeindekasse abgeliefert werden, die sogenannte Vergnügungssteuer. Die durch das Gemeindereglement festgesetzte Polizeistunde wird mit Strenge beobachtet; diejenigen, die sich am meisten hierüber beschwerten, sind gerade nicht aus Kelmis. Die meisten und die besuchtesten Feste sind Wohltätigkeits-, musikalische, dramatische und Schützenfeste. Letztere genießen einen solchen Ruf, daß aus weit entfernten Ortschaften unserer Nachbarländer Liebhaber dazu erscheinen.

Kurz und gut: unser neutrales Gebiet veranlaßt nicht den geringsten Kummer oder die geringste Unordnung in Deutschland, Belgien oder Holland ... Die Kelmiser sind mit ihrer Lage zufrieden, sie fühlen sich darin glücklich und leben mit allen ihren Nachbarn in gutem Einvernehmen.

Sie haben sich gegen jede Einverleibung in Deutschland erhoben. Das geschah nicht aus Haß gegen diese Nation. Wir sprechen Deutsch, haben meist deutsche Sitten und Gebräuche, befinden uns mit den Preußen in täglichem Umgang und stehen in herzlichen Beziehungen zu ihnen.

Vor allem halten wir an unserer Freiheit; wir haben uns derselben würdig gezeigt und sind fähig, sie zu bewahren; wir wollen nicht, daß man an unsere gegenwärtige Konstitution rühre.

Und wenn die diplomatischen Orakel - was Gott verhüte - es anders beschlossen haben, so verlangen wir als letzte Gunst, als letztes Opfer auf dem Altare der Freiheit, daß wir selbst unsere zukünftigen Herren wählen können.

Denn eines ist es, was die meisten von uns über alles schätzen: die Gewissensfreiheit.

Und wir wollen zu denen kommen, die uns in dieser Hinsicht die meiste Garantie bieten. Am liebsten aber wäre es uns, wenn man uns in unserem kleinen Gebiete, wo man keine Unterdrückung kennt, ruhig nach unserer bisherigen Weise weiterleben ließe. Dies walte Gott!"

Erneute Anfrage des Abgeordneten Mooren

In der 58. Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses, am 29. März 1898, brachte Theodor Mooren die Regelung der Neutral-Moresneter Frage erneut zur Sprache. Er erinnerte zunächst an seine Intervention im Jahre 1897 und fuhr dann fort: *"Die Verhältnisse haben sich dort mittlerweile in einer Weise entwickelt, daß Abhilfe je eher, je besser eintreten*

muß ... Hier liegt eine störende Anomalie vor; dies ergibt sich aus dem Umstande, daß die Zweiherrlichkeit gleichzeitig dem belgischen Löwen wie dem preußischen Adler zu gehorchen hat. Hieraus erwachsen allerlei Streitigkeiten in den Fragen des kommunalen und öffentlichen Lebens."

Der Abgeordnete erinnerte sodann den Regierungsvertreter an dessen im Vorjahre gemachte Aussage, *"daß die schwebenden, bekanntlich immer schwierigen diplomatischen Verhandlungen voraussichtlich in beiderseitigem Interesse eine baldige befriedigende Lösung finden würden"*.

Er, Mooren, habe vor einiger Zeit mit einem befreundeten belgischen Minister sich zu unterhalten Gelegenheit gehabt und dabei erfahren, daß nach dessen Meinung die Verhandlungen inzwischen ins Stocken geraten seien. "Infolge dieser Unsicherheit", so der Abgeordnete, "hat sich in der Gemeinde Neutral-Moresnet eine gewisse Aufregung kundgegeben; diese Erscheinung erklärt sich aus dem halb wallonischen Charakter und lebhaften Temperament der dortigen Bevölkerung. Man hat nämlich die Mär verbreitet, die Gemeinde solle über die Zukunft nicht befragt, sondern ohne weiteres wie eine Herde Schafe auseinander gerissen werden. Die Aufregung würde sich bald legen, wenn in der Vereinbarung zwischen beiden Kabinetten Belgien und Preußen stipuliert würde, daß die Gemeinde im Hinblick auf ihre mehr als tausendjährige Geschichte und Zusammengehörigkeit nach wie vor als ungeteiltes Ganzes erhalten bleiben soll. Wenn dieser berechtigte Gesichtspunkt in den Vordergrund gestellt würde, so würden die Verhandlungen einen leichten Fortgang nehmen."

Die Regierungsantwort war auch dieses Mal höchst unbefriedigend, ausweichend und nichtssagend. Regierungskommissar von Knebel-Doeberitz wiederholte zwar, die Verhandlungen würden *„mit allem Fleiß“* gefördert, soweit die preußische Regierung dazu in der Lage sei. Auch habe man zwischen Belgien und Preußen ein Einverständnis über die wesentlichen Bedingungen der Teilung erzielen können, doch seien eine Reihe von Einzelpunkten streitig geblieben, auf die er nicht im einzelnen eingehen könne. Die sieben beteiligten Ressortminister hätten in einem eingehenden Votum an den Außenminister diese Streitpunkte näher präzisiert und der Außenminister sei ersucht worden, die belgische Regierung zur Annahme der deutschen Vorschläge zu bewegen. Die Sache sei also anscheinend durch Widersprüche bei der belgischen Regierung ins Stocken geraten. Eine Antwort des Außenministers auf das Votum der Ressortminister stehe noch aus. Abschließend sagte von Knebel-

Doeberitz: *"Es soll aber demnächsts versucht werden, durch erneute Anregung bei der belgischen Regierung die Sache in beschleunigten Fluß zu setzen."*

Der Regierungssprecher ist mit keinem Wort auf das Hauptanliegen des Eupener Bürgermeisters und Zentrumsabgeordneten eingegangen. Dieser hatte ja darauf gedrängt, daß die Neutral-Moresnet Frage in einem alle Parteien befriedigenden Sinn gelöst werde, vor allem aber sollte die Gemeinde ungeteilt bleiben. Das hatte er beide Male vor dem Abgeordnetenhaus klar zu verstehen gegeben. Von Knebel-Doeberitz hingegen ging von einer Teilung des Gebiets unter Preußen und Belgien aus.

Der Eupener Abgeordnete Mooren wußte natürlich genau, daß Neutral-Moresnet nur dann Belgien oder Deutschland ungeteilt zufallen konnte, wenn die andere Nation eine entsprechende Entschädigung erhielt. Kannte Theodor Mooren die Vorgeschichte des neutralen Gebietes? Wußte er, daß 1830 eine Einigung zwischen den Niederlanden und Preußen erzielt worden war und daß demzufolge Preußen einen Teil des Hertogenwaldes als Entschädigung für den Verzicht auf seine Ansprüche auf Neutral-Moresnet erhalten sollte? Man ist geneigt, dies anzunehmen.

Neutral-Moresnet gegen ein Stück Hertogenwald

Nachdem Mooren in Berlin auf wenig Verständnis für das ihn interessierende Problem des neutralen Gebietes von Moresnet gestoßen war, versuchte er es auf anderem Wege, nämlich über Brüssel! Am 17. November 1898 legte er dem belgischen Landwirtschaftsminister De Bruyn und der deutschen Gesandtschaft in Brüssel einen Plan vor, der eine Regelung der Frage Neutral-Moresnets nicht durch Teilung, sondern durch Tausch vorsah. Dabei hob der Abgeordnete ganz besonders hervor, daß die Gemeinde, dem Wunsch der Bevölkerungsmehrheit entsprechend, ganz und ungeteilt Belgien allein zufallen solle. Allerdings müsse man Preußen für seinen Verzicht auf die Mithoheitsrechte und die damit verbundenen materiellen Opfer (der Abgeordnete dachte an die Steuereinnahmen und die Militärleistungen) eine angemessene Entschädigung zugestehen.

Dieses *'materielle Äquivalent'* sah Mooren in einem Teil des belgischen Hertogenwaldes, und zwar solle Belgien von diesem Walde *'in schicklicher Abrundung nahe der Stadt Eupen'* 1.000 ha abgeben, wo-

von 500 ha an den preußischen Staat, 350 ha an die Stadt Eupen und 150 ha an die belgischen Gemeinden Membach, Goé und Baelen fallen würden.

Moorens Vorschlag war gewiß nicht ganz uneigennützig: die Zuweisung von 350 ha Wald an die Stadt Eupen sollte auch einen schwebenden Rechtsstreit bezüglich der Waldgerechtsame zwischen Eupen und dem belgischen Staat beenden. Auch wäre Eupen, das durch die unglückliche Grenzziehung von 1815 sehr eingeschnürt worden war, durch den Zugewinn von 350 ha Wald der große Gewinner dieser Tauschaktion gewesen.

Der Abgeordnete hatte wohl die Schwierigkeiten wegen der Verbindung mit der Hertogenwaldfrage vorhergesehen und sogleich einen Alternativvorschlag unterbreitet: *"Die belgische Grenzgemeinde Membach, - circa 700 Einwohner - dicht bei Eupen, wird gegen das preußische Condominat Neutral-Moresnet ausgetauscht."*

Die nähere Begründung zu letzterem Vorschlag war Mooren bereit nachzuliefern.

Pressestimmen

Auf den Vorschlag des Eupener Abgeordneten reagierte die halbamtliche *'Kölnische Zeitung'* recht unwillig. Es sei *'schimpflich'*, so fand ihr Redakteur, eine fast rein deutsche Bevölkerung, *gegen 1000 ha Gehölz'* tauschen zu wollen. Dasselbe Blatt forderte auch durch einen weiteren Artikel über Neutral-Moresnet die *'Fliegende Taube'* aus Aubel zu einer Gegendarstellung heraus. Die *'Taube'* erinnerte daran, daß die beiden Volksversammlungen in Neutral-Moresnet von unparteiischen, selbständigen Männern geleitet worden seien, daß man dort ruhig über die Angelegenheiten debattiert habe. Einflußreiche Hintermänner (wie von der Kölner Zeitung behauptet) seien nicht am Werk gewesen.

Der Artikelschreiber der *'Kölnischen Zeitung'* hatte behauptet, man hätte auch eine Petition im entgegengesetzten Sinne, das heißt für den Anschluß an Preußen, unterzeichnen lassen können, was das Aubeler Blatt bestreitet. Die Petition an den König der Belgier sei bereitwilligst und ohne Vormalen von blauem Dunst von 90% der Bevölkerung unterzeichnet worden.

"Jedes Kind in Neutral-Moresnet weiß", so das Aubeler Blatt, "auf welcher Seite Fleisch, Brot und Salz am billigsten sind. Würden wir nun selbst von einer erheblichen Differenz in den Steuern gerade zu Gunsten

des Mittelstandes absehen, so muß doch zugegeben werden, daß das freie industriereiche Belgien schon einen sehr großen Vorteil darin bietet, daß die Söhne im Alter, wo sie sich der Familie dienstbar machen können, dieser nicht entrissen werden, um sie in die Drilljacke zu stecken und sie, wenn einmal der Zunder in das leicht explodierende Pulverfaß gefahren, zur Schlachtstätte wandern zu sehen. Muß aber der Sohn zur Fahne gehen, was kurz über lang auch in Belgien eintreffen kann, so wird ihm dort außer seinem Soldatensold ein monatlicher Verdienst von 30 F geboten, womit er seine Familie noch unterstützen kann, während auf der anderen Seite der Grenze das Umgekehrte der Fall ist.

In diesem Punkt werden doch, *Welsche*, *Französlinge* und wohl auch *Deutsche* einig sein, daß dort, wo man sich wohl fühlt, das eigentliche Vaterland ist.

Wenn man aus der Tatsache, daß ein kleiner Teil der Einwohner seinen Lebensunterhalt in Preußen verdient, einen Schluß zu Gunsten der Preußifizierung ziehen will, soll wohl eher das Umgekehrte der Fall sein. Die Leute arbeiten in Preußen und wenn sie auf dem neutralen Gebiet, in Belgien oder Holland wohnen, so ist das nur ein Beweis, daß sie dort eben billiger wohnen und leben können ..."

Das *Politische Tageblatt* Nr. 297/98 druckte einen Leserbrief an die *Kölnische Zeitung* ab, in dem es unter anderem heißt: "An Ort und Stelle ist nichts davon bekannt, daß Neutral-Moresnet an Belgien fallen und Preußen dafür einen Teil des Hertogenwaldes bei Eupen erhalten sollte. Es wäre vom deutschen Standpunkt aus auch sehr zu bedauern, wenn Preußen seinen Rechten auf Neutral-Moresnet entsagte, und es gibt in dem strittigen Gebiet Leute genug, die diese Ansicht teilen und die zugleich in eigenem Interesse eine Preisgabe an Belgien sehr beklagen würden.

Es heißt in den irrigen Zeitungsmeldungen, daß eine solche Regelung den Wünschen der Neutralen entsprechen würde, und es wird an eine Volksversammlung mit darauf folgender Petition an den König der Belgier erinnert, die sich für den Anschluß an Belgien aussprach. Wie solche Volksversammlungen und Petitionen oft in Szene gesetzt werden, weiß man, zumal wenn einflußreiche Persönlichkeiten dahinterstehen, die aus persönlichen oder anderen Gründen für ihr Leben gern lieber auf belgischem als auf deutschem Gebiet wohnen möchten. Zugleich ließ sich auch den Leuten etwas blauer Dunst mit geringeren Steuern und sonstigen größeren Freiheiten vormachen. Auf diese Art kam die berühmte Petition zustande, die, wie eine deutsch-belgische Zeitung in ih-

Plan über Austausch des preussischen Condominats an Neutral-Moresnet gegen einen Theil des belgischen Hertogenwalbes an Preussen.

Gründe.

Die vielen wachsenden Schwierigkeiten, welche aus der Zwieselstellung von Neutral-Moresnet erwachsen, sind bekannt. Dieselben sind zwischen den theilnehmenden Regierungen, in der Presse und in den Parlamenten so oft und eingehend behandelt worden, daß hier auf eine Wiederholung derselben verzichtet werden kann. Es sei bemerkt, daß in dem Gebiete — 345 ha mit 8038 Einwohnern — 1380 Preußen, 918 Belgier, 808 Holländer und 492 Neutrale (Autochthone) wohnen. Da man auf beiden Seiten eine enbliche Auseinanderetzung erstrebt, muß man zur Erreichung dieses Zweckes auch die geeigneten Mittel wahlen. Von einer zwangsweisen Verzeihung des kleinen Gebietes wollte man absehen, sondern die Gemeinde, dem Wunsche der Majorität ihrer Einwohner entsprechend, ganz und ungeheilt Belgien allein zulegen. Da Preußen im Interesse einer friedlichen Verständigung — abgesehen von seinem unbestrittenen Mithoheitsrechte — immerhin ein materielles Opfer — d. i. Steuerkraft, Militäuleistungen usw. — zu bringen hat, kann man es nur recht und billig finden, wenn ihm als Ersatz ein materielles Äquivalent geboten wird.

M. E. siehe es sich in folgendem Austausch
finden.

Der Staat Belgien besitzt in unmittelbarer Nähe von Eupen einen werthvollen fisealischen Walb in Größe von ca. 6000 ha. Dieser Walb ist zu Gunsten der preussischen Stadt Eupen sowie der kleinen belgischen Grenzgemeinden Membach, Gooß und Baelen — vielleicht auch Nalhai und Nilslein — zum größten Schaden der Walbkultur auf Grund alter Titel mit lästigen Servituten: Weidgang, Holz- und Streufammeln, nachweisbar belastet, worüber jetzt ein unangenehmer Rechtsstreit zwischen der belgischen Forstverwaltung und der Stadt Eupen entbrannt ist. Die belgischen Gemeinden Dolhain-Limburg, Henri-Chapelle, Welkenraedt und Herbesthal (frühere Bauf Baelen) scheinen ihre Berechtigungen durch Verjährung und Nichtausübung verloren zu haben.

Unter Preußen sind dieselben (jedoch ohne die früher auch hier existirende Streu gerechtsaine (droit de stérage) nach schwierigen mühevollen Verhandlungen zu Gunsten der Stadt Eupen abgeleßt worden. Der preussische Anteil am Hertogenwalb ist nicht so groß wie der belgische und von der Streufservitut befreit. Für Weide und Holzrecht sind der Stadt Eupen rund 280 ha in natura überwiesen. Niemand wird annehmen, daß die preussische Forstverwaltung bei dieser Abfindung über ihre Verpflichtung hinausgegangen ist.

In diesem Beispiel wird die belgische Forstverwaltung einen werthvollen Fingerzeig finden. Bei gutem Willen kann auch sie auf Grund der noch in Belgien geltenden Forstordnung von Louis XIV. vom August 1669 und des code forestier im Wege des sog. Cantonnements abklären.

Mein beschriebener Vorschlag geht also dahin: Der belgische Forstfiskus gibt in Austausch von seinem Hertogenwalb in schiedlicher Abfindung nahe der Stadt Eupen 1000 ha als Äquivalent ab. Hieraus erhält der preussische Forstfiskus vorab die Hälfte mit 500 ha, die Stadt Eupen, die allein noch ihre volle Berechtigung ausübt, 350 ha, und die belgischen Landgemeinden Membach, Gooß und Baelen, welche den Walb anscheinend nur noch partiell benutzen, zusammen 150 ha. Dagegen verzichten diese Gemeinden auf alle ihre Berechtigungen am Walbe, die Gemeinde Eupen auch noch auf den sog. fossé d'Eupen, welcher einen Zufluß der sog. Gileppe bildet.

Aus diesem Vergleich würde allen Parteien Vortheile zufließen, die sich aus folgenden Punkten ergeben:

1. die Streitigkeiten über Neutral-Moresnet werden zur Zufriedenheit der theilnehmenden Grenzbenwohner endlich beigelegt;
2. Preußen erhält 500 ha Walbterrain als angemessene Entschädigung für sein Condominat;
3. die berechtigten Gemeinden werden — unter Vereinfachung der bei Gericht anhängigen Prozeduren — in billiger Weise abgefunden;
4. der Hauptbestandtheil des belgischen Hertogenwalbes — ca. 5000 ha — würde, von allen drückenden Fesseln befreit, der unbeschränkten Disposition der belgischen Forstverwaltung unterworfen.

Also Vortheile für alle Berechtigten auf Grundlage des Rechtes und der Billigkeit.

(Grenzregulierung aus beiliegender Planarte der Landesaufnahme ersichtlich.)

Vorgelegt und erläutert in Brüssel beim Minister für Landwirtschaft, Herrn de Bruyn, und bei der deutschen Gesandtschaft 17. November 1898.

Mooren,

Bürgermeister und Abgeordneter.

Nachtrag: Falls das Project wegen seiner Verbindung mit der Hertogenwalbsfrage Schwierigkeiten finden sollte, geht ein zweiter Vorschlag dahin:

„Die belgische Grenzgemeinde Membach — ca. 700 Einwohner — gibt bei Eupen, wird gegen das preussische Condominat Neutral-Moresnet ausgetauscht.“
(Nähere Begründung vorbehalten.)

rem berühmten Deutsch damals berichtete, von ,60-70% *verwachsenen Personen*' unterzeichnet war. Trotz dieser Petition gibt es in Neutral-Moresnet Leute genug, die gar nicht für Belgien schwärmen, und der größte Teil der etwa 3.400 Seelen betragenden Bevölkerung würde ebenso willig eine entgegengesetzte Petition unterschrieben haben, wenn man ihnen ihre wahren Interessen plausibel gemacht hätte. Schritte in dieser Richtung sind leider damals nicht getan worden, wohl schon deshalb, weil man kaum denken mochte, daß Preußen ganz auf das neutrale Gebiet verzichten würde.

Neutral-Moresnet, das heißt die etwa 3.000 Einwohner zählende Ortschaft, - der übrige Streifen ist fast unbewohnt und besteht aus Wald und Heideland - liegt dicht an der preußischen Grenze, nur durch die Aachen-Lütticher Landstraße von Deutschland getrennt, und ist in seinen Lebensinteressen ganz auf das zwei Stunden entfernte Aachen angewiesen, während die Beziehungen zu Belgien sehr untergeordneter Art sind. Zahlreiche Arbeiter aus dem neutralen Gebiet finden in Aachener Fabriken Arbeit und Brot, fast alle Wirtschaften und Geschäftsleute sind auf Fremdenbesuch von Aachen angewiesen, und die ganze Gegend wünscht seit langem nichts sehnlicher, als daß durch eine elektrische Bahn die Verbindung mit dieser Stadt verbessert werde. Man hofft nicht mit Unrecht, daß diese Bahn in mancher Beziehung zur Hebung des Ortes beitragen werde. Ohne Frage würde sie die Arbeitsgelegenheit vermehren und die Löhne verbessern, den Fremdenverkehr heben, vielleicht auch manche Aachener veranlassen, längeren Aufenthalt in der reizenden Gegend zu nehmen. Alles das, zumal die so dringend notwendige Bahnverbindung, würde durch den Anschluß an Belgien in Frage gestellt. Und warum das alles? Weil einige Welsche die ängstlichen Gemüter mit den ,*unerschwinglichen*' preußischen Steuern und einer allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel erschreckt haben. Das war's, was ihnen in die Glieder fuhr! Denn man denke sich die Neutralen beileibe nicht als Preußenfresser, wie so viele Luxemburger! Ein sehr großer Prozentsatz sind ja eingewanderte Deutsche, und Deutsch sprechen sie alle.

Soll denn wiederum ein Stück vom deutschen Bruderstamm abgesplittert und ein Wald von Bäumen dagegen eingetauscht werden aus Gefälligkeit gegen etliche Französlinge? Hoffentlich besinnt man sich noch rechtzeitig, daß es nicht nur in Brasilien, sondern auch da hinten bei Aachen Deutschlands Pflicht ist, einzutreten für deutsche Sprache und deutsches Wesen und ein Gebiet festzuhalten, das jetzt noch durch mancherlei Beziehungen mit Deutschland verbunden ist, das aber

durch Preisgabe an Belgien der Französisierung zum Opfer fiele, ein Los, das auch den übrigen deutschredenden Gemeinden Belgiens auf die Dauer kaum erspart bleiben wird."

Alles nur Presse-Enten?

Unter dem 17. Dezember 1898 wußte das *'Freie Wort'* zu berichten, daß Presseberichte des In- und Auslandes bezüglich einer bevorstehenden Regelung der Neutral-Moresnet-er Frage, *'eine aus der Luft gegriffene Neuigkeit'* seien, denn unter Berufung auf eine ihm aus dem Ministerium zugegangene Drahtmeldung könne es sagen, daß dieserhalb gar keine Verhandlungen zwischen Berlin und Brüssel gepflogen worden seien. Die Sache werde sich wohl, *'im Sinne der allgemeinen Sehnsucht der Neutralen erledigen'*; es bleibe nur abzuwarten, wann ...

Die unterschiedlichsten Teilungspläne beherrschten noch lange Jahre die Diskussionen um Neutral-Moresnet. Erst der Erste Weltkrieg setzte allen Spekulationen ein Ende.

(1) Theodor Mooren, geb. zu Oedt (b. Viersen) am 20.4.1833, wurde 1860 Bürgermeister seines Heimatortes sowie der Kreisstadt Kempen und der Landgemeinde Schmalbroich. 1867-1870 vertrat er als Zentrumsmitglied den Kreis Kempen-Geldern im Landtag. Als Bürgermeister wurde er 1876 aufgrund seiner kritischen Haltung zur preußischen Regierung (Kulturkampf) suspendiert und 1878 entlassen. Seit 1879 war er Landtagsabgeordneter für den Landkreis Köln und die Kreise Bergheim und Euskirchen. 1881 wurde Mooren Bürgermeister von Eupen und am Ende der ersten Amtsperiode (1893) einstimmig wiedergewählt. Am 14.6.1905 trat er in den Ruhestand. Er starb am 29.8.1906 und wurde in seinem Heimatort beigesetzt.

Bürgermeister Mooren hat Aachen im Berliner Reichstag von 1887 bis 1898 vertreten. (Quelle: Eupener Zeitung v. 29.8.1936)

De öchte Ball

"Fränz", hau der Pap van et Tinne jesaat
 en hau sie Jesech i Vauwe jelaat
 "do has mi Vertrowe en et es kaviet
 dat met dat Mätsche och nex passiet!"
 Dä Fränz, dä stroddelt, et Hat ijene Boom
 häje jöng och bestemmt neet över der Schroom.

Wat hau sech dat Tinneke fein jemackt
 Babelotte jedret en der Mond rue jelackt
 Et packt op en Stroot höm sujar ijene Ärm
 Vör alle Lüj. En Fränz woat et wärm.
 Sue Mätsche wi Tinne a Schip te haan
 dat mackt ut ene Nälles ene rechteje Maan.

Ijene Astoria hauw der Reitklub de Ball
 ajen Kass jript och Tinne ens heusch no sing Mall,
 mä Franz towde sech flott, vör stoot en verwäje
 hondert Frang vör höner Twei op en Döjsch te lääje.
 Ijene Saal do spelde Vanaschens Luike,
 no hosch et noch jau no twei Plaatsche te kicke.

Atena op en Bühn do hant se geseate
 Limo jedronke, de Welt verjeate
 jonge mär langsame Walzer danze
 woate en Koppel, twei Stöck van ee Janze
 Op der Heemwech blinkde at Mond en Stäär
 Ajen Husdör saat Tinne: "Ech han dech jäär."

Wi Fränz es heem kome, häje kann et neet sare,
 jejange, jevloore, jeloje, jevaare?
 Ije Bett soch häje noch twei Owe lüete
 schlop endlech ä töche lache en süete
 drömt van dä Mond, dä höm jlöcklech mackt
 va Levde wispelt en no Lippenstift schmackt.

Doröver sönt no de Joore jejange
 der Hussäje hat jrad en och scheef jehange
 de Kentschere koamte, et joof vööl te due
 bis dat di wer avonge nojen Ball te jue
 Di Twei hant no at ens hej Utsch en do Wije
 ijene Astoria wore se at lang neet mije,
 no jönt se jans stell en sonder Krawall
 jemüttelech nojen Flockeball!

Peter Noel

